Lügen- oder Lückenpresse?, S. 4

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Nr. 3 – 19. Januar 2018

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro

ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Ihr Rückhalt bröckelt: CDU-Chefin Angela Merkel und ihr SPD-Kollege Martin Schulz

Bild: pa

Irgendwie dranbleiben

Groko: Eine Regierung wie ein Rettungsschiff für Politiker der Vergangenheit

Die Parteichefs von Union und SPD reden von „Aufbruch“ statt „Weiter so“. In Wahrheit droht eine Regierung in Überlänge.

Bei der SPD bleibt es spannend. Die Widerstände bei Funktionären und Basis-Genossen gegen eine erneute Groko mit Angela Merkel sind weit ausgeprägter, als von der Führung um Parteichef Martin Schulz zunächst angenommen. Der Parteitag der Sozialdemokraten dieses Wochenende in Bonn verspricht aufregend zu werden.

Dass gleich nach dem Abschluss der Sondierungsgespräche mit der Union etliche SPD-Granden Änderungswünsche am gemeinsamen Papier angebracht haben, enthüllt deren Angst vor der Parteibasis. Kampfbereitschaft und Hoffnung auf noch mehr SPD-Inhalte sollen geweckt werden und zur Zustimmung für die neuerlichen Groko-Verhandlungen verlocken. Schulz weiß: Wenn der Parteitag ihm nicht folgt, ist seine politische Karriere beendet.

Das Getöse vermag den ziemlich tristen Kern einer weiteren schwarz-roten Zusammenarbeit aber nicht zu verdecken. Ein „Aufbruch“ solle es werden, kein „Weiter so“, so die drei Parteichefs Merkel, Schulz und Horst Seehofer bei der Vorstellung ihrer Sondierungsbeschlüsse. Auf die Frage, worin denn dieser „Aufbruch“ bestehe, geriet die Kanzlerin derart ins Schlingern, dass die Szene ins Komische fiel. Sinngemäß sagte sie, dass allein die Bildung dieser weiteren Groko an sich doch schon einen „Aufbruch“ darstelle.

> Merkels CDU hatte nichts Eigenes, Neues mehr beizusteuern

Es geht also nur ums nackte Weiterregieren. Die SPD hat ein paar Forderungen durchgesetzt, die Union einige weitere verhindert. In Sonderheit Merkels CDU hatte aus eigenem Antrieb praktisch nichts Eigenes, Neues mehr beizusteuern.

Stattdessen wurden soziale Wohltaten beschlossen, die vor allem aus der Angst vor dem Wähler, dem „kleinen Mann auf der Straße“ geboren wurden. Mit Geld möchte man die Menschen ruhigstellen, denen das Vertrauen in die großen etablierten Parteien verlorengeht.

Im Ergebnis gibt der Staat auf dem Höhepunkt der Konjunktur noch mehr Geld aus und geht langfristige Verpflichtungen ein, die er auch in schlechteren Tagen noch erfüllen muss. Verantwortungsvolle Staatsführung funktioniert genau umgekehrt: In guten Tagen hält sich der Staat mit dem Geldausgeben zurück, um für den nächsten Abschwung gerüstet und handlungsfähig zu bleiben.

Doch diese Koalition würde eine Regierung des ausschließlichen Hier und Jetzt, ohne an morgen zu denken. Die Akteure wollen politisch überleben und stellen dahinter alle anderen Interessen zurück – die des Landes ebenso wie die ihrer Parteien.

Die Medien-Reaktionen auf das Gewürge in Richtung Groko zeigen, dass diese mögliche weitere Koalition als Regierung in Überlänge empfunden wird. Die Geschichte zeigt indes: Wenn eine Zeitspanne zu lange dauert, gestaltet sich der Umbruch danach nur umso heftiger. *Hans Heckel*

Jan Heitmann:

Wehrhaft bleiben

Kein Staat kann seinen Bürgern völlige Sicherheit garantieren. Aber es ist seine verdammte Pflicht und Schuldigkeit, eine Sicherheitsarchitektur zu schaffen, mit der er auf eine Bedrohung bestmöglich reagieren kann. Eine Antwort auf den Terror der 70er Jahre war die Gründung der Grenzschutzgruppe 9 (GSG 9). Sie hat sich des Privilegs, ihren Namen auch nach der Umbenennung des Bundesgrenzschutzes in Bundespolizei behalten zu dürfen, mehr als würdig erwiesen. Seit ihrer Gründung 1972 hat die Elitetruppe rund 1900 Einsätze absolviert und viele Menschenleben gerettet. Während die Befreiung der entführten Lufthansa-Maschine „Landshut“ 1977 für Furore sorgte, spielen sich die meisten ihrer etwa 50 Einsätze im Jahr im Verborgenen ab. So ist die GSG 9 zum Symbol des wehrhaften Rechtsstaates geworden, der nach gründlicher Abwägung, aber dann entschlossen, von seinem Gewaltmonopol Gebrauch macht.

Seit ihrer Gründung haben sich die Aufgaben und Methoden der GSG 9 verändert. Neben die Bekämpfung des internationalen Terrorismus ist die Unterstützung der Polizei in besonders schweren Fällen von Gewaltkriminalität getreten. „Ich schätze, da wird noch einiges auf die GSG 9 zukommen“, erklärte deren berühmter Gründer, der vor wenigen Wochen verstorbene Ulrich Wegener, im vergangenen Jahr. Deshalb ist es richtig, dass die Einheit jetzt aufgestockt werden soll. In diesem Zusammenhang von einer schleichenden Militarisierung der Bundespolizei zu sprechen, wie einige Kritiker aus dem linken Spektrum es tun, liegt neben der Sache. Und es ist ebenso richtig, dass die GSG 9 zukünftig auch in der Hauptstadt präsent und damit nah bei der Regierung sein wird.

Öffentlich-rechtliche Kinderverführung

Unkritischer Beitrag im Kinderkanal über die Beziehung einer 14-jährigen Deutschen zu einem Syrer sorgt für Empörung

Der vom öffentlich-rechtlichen Kinderkanal (Kika) ausgestrahlte, als Dokumentation deklarierte Beitrag „Malvina, Diaa und die Liebe“ steht heftig in der Kritik. In dem Film wird über die Beziehung der heute 16 Jahre alten Schülerin Malvina aus Fulda und ihres Freundes Diaa aus Syrien berichtet. Der Sender hatte jedoch unterschiedliche Angaben zu dem Alter des jungen Mannes zum Zeitpunkt des Drehs vor zwei Jahren gemacht. Zunächst war das Alter des syrischen Vollbartträgers mit 17 angegeben worden, später musste der Sender nach Zuschauer-Protesten eingestehen, dass der Mann älter ist, als er und der Sender angegeben hatten. Malvina muss rein rechnerisch 14 Jahre alt gewesen sein, als sie die Beziehung zu dem syrischen Flüchtling begann, was der Sender jedoch nicht erwähnte, denn dann wäre die Beziehung strafbar gewesen. Ähnliche Verwirrung gab es um den Namen des Syrers, der einmal mit Diaa und dann mit Mohammed angegeben wurde.

Der Film, der im November vergangenen Jahres erstmals ausgestrahlt worden war und damals kaum Beachtung gefunden hatte, erregte erst durch die Wiederholung durch den Hessischen Rundfunk Aufmerksamkeit. Bei der zweiten Ausstrahlung war nämlich bekannt geworden, dass der syrische Freund laut „Bild“-Zeitung die offizielle Fan-Seite des deutschen Salafisten-Führers Pierre Vogel mit „gefällt mir“ markiert hatte. Inzwischen hat der Syrer behauptet, er habe die Seite wegen eines Preisausschreibens „gelikt“. Der Hauptpreis dieses Preisausschreibens sei eine Reise nach Mekka. Dorthin würde der syrische Asylsucher seine deutsche Freundin ohnehin nicht mitnehmen dürfen, wenn sie nicht vorher zum Islam konvertiert und die vorgeschriebene islamische Kleidung trägt, weil Mekka für Nichtmuslime verboten ist. Manche mögen sich auch gefragt haben, warum sich der angeblich in Syrien Verfolgte nicht direkt von dort aus nach Mekka begeben hat. Dann hätte er nur eine Grenze zu überwinden und einen Weg von wenigen 100 Kilometern zu bewältigen gehabt, anstatt die gefährliche Reise nach Deutschland auf sich zu nehmen.

Insbesondere in den sozialen Netzwerken wird der 25-minütige Film kritisiert, vor allem, dass die Äußerungen der beiden jungen Leute unkommentiert bleiben. Das Mädchen erzählt, dass sein syrischer Freund ihm das Tragen von kurzen Sachen verboten habe, dass es aufgehört habe, Schweinefleisch zu essen, dass sein Freund Homosexuelle nicht möge und dass er es gebeten habe, Kopftuch zu tragen. Der syrische Freund sagt, er könne nicht akzeptieren, dass seine Frau kurze Röcke trage, dies sei für ihn und „arabische Männer“ schwer. Ebenso schwer sei es für ihn, wenn sie männliche Freunde habe. Was der Syrer an seiner deutschen Freundin überhaupt gut findet – außer vermutlich ihren Pass – und warum er sich in sie verliebte, wird in der Sendung nicht deutlich. Und ob der Syrer außer seiner Propagierung des Islam und der arabischen Männlichkeit eine persönliche Meinung hat, bleibt ebenfalls unklar.

Laut einer Umfrage sahen 80 Prozent der Zuschauer, bei denen es sich zumeist um Kinder im Alter zwischen zehn und 14 Jahren handelte, die Angaben des Mädchens als Unterwerfung unter die Ideologie ihres Freundes an. Bei den verantwortlichen Erwachsenen beim Mitteldeutschen Rundfunk, der die Federführung für den Kika hat, kam das wohl anders rüber, denn diese hatten den Dreh genehmigt.

Wegen der Dokumentation sind beim MDR zahlreiche Beschwerden eingegangen. Sie thematisieren vor allem die unkritische Veröffentlichung der Aussagen der jungen Leute. „Was soll diese Kika-Doku meinen Kindern sagen?“, fragen sich viele kritische Zuschauer. Der MDR-Rundfunkrat ließ verlauten, er wisse noch nicht, ob er sich in seiner nächsten Sitzung am 29. Januar mit der Sendung befassen werde. *Bodo Bost*

(siehe auch Seite 3)

MELDUNGEN

Gegen Abzocke bei Kaffeefahrten

Berlin – Der Bundesrat hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, um gegen unseriöse Anbieter von sogenannten Kaffeefahrten vorzugehen. Die Anzeigepflicht soll auf grenzüberschreitende Veranstaltungen ausgedehnt, neue Vertriebsverbote sollen aufgestellt und Obergrenzen für Bußgelder empfindlich erhöht werden. Zudem sollen Nahrungsergänzungsmittel, Medizinprodukte, Heizdecken und Rotlichtlampen nicht mehr verkauft werden dürfen. Auch Finanzdienstleistungen dürfen nicht mehr angeboten werden, weil von ihnen besondere Lockreize und erhebliche finanzielle Gefahren ausgingen. Die Länderkammer schätzt, dass jährlich bis zu fünf Millionen Deutsche an derartigen Verkaufsveranstaltungen teilnehmen. Der Umsatz in der Branche soll bei 500 Millionen Euro im Jahr liegen. *J.H.*

Polizei bremst US-Armee aus

Dresden – Die sächsische Verkehrspolizei hat auf der Autobahn bei Bautzen einen Schwertransport mit US-Panzerhaubitzen gestoppt. Eine polnische Spedition sollte das Großgerät im Auftrag der US-Armee nach einem Manöver in Polen zurück nach Deutschland bringen. Doch bei der Kontrolle stellte sich heraus, dass die erforderlichen Transportdokumente und Ausnahmegenehmigungen fehlten, die Ladung zu breit und vor allem viel zu schwer war. Auch fehlten dem Konvoi die erforderlichen Begleitfahrzeuge, einige der Fernfahrer hatten zudem ihre Lenkzeiten überschritten. Die Verkehrspolizisten untersagten daraufhin die Weiterfahrt. Hätte die US-Armee nicht aus Kostengründen eine zivile Spedition beauftragt, sondern die Panzerfahrzeuge selbst transportiert, hätte der Verlegung nichts im Wege gestanden, denn die Vorschriften für zivile Transporte gelten nicht für Militärtransporte. *J.H.*

»Blut-Bischof« im Ruhestand

Warschau – Zum Jahreswechsel trat der ehemalige Kurienerzbischof und bisherige Bischof von Warschau-Praga, Henryk Hoser, altersbedingt in den Ruhestand. Der Warschauer wirkte von 1975 bis formal 1995 als Pallotiner-Missionar in Ruanda. Während des Genozids an den Tutsi 1994 fungierte er als Apostolischer Visitator, was für das stark katholisch geprägte Land eine erhebliche Bedeutung besaß. Zahlreiche Bischöfe, Priester und selbst Nonnen vom Volk der Hutu beteiligten sich mit eigenen Händen an den Morden. Nach der Niederwerfung der Hutu-Regierung durch Tutsi-Rebellen und dem Ende des Genozids förderte Hoser maßgeblich die Flucht der an den Taten beteiligten Kirchenvertreter sowie politischer Verantwortungsträger nach Europa. Das befreite Ruanda erklärte den „Blut-Bischof" zur persona non grata, woraufhin er sich nach Frankreich absetzte. 2004 begann er eine zweite Karriere und wurde Chefseelsorger der EU in Brüssel. 2005 ernannte ihn Johannes Paul II. sogar zum Erzbischof und Leiter der mächtigen Päpstlichen Missionswerke. 2008 beorderte ihn der durch diese Personalie beunruhigte deutsche Papst Benedikt XVI. als Bischof nach Warschau und speiste ihn in Afrikafragen mit eher symbolischen Posten ab, wodurch sein Einfluss auf die katholische Missionspolitik deutlich abnahm. *T.W.W.*

Mehr für Familien statt für Asylsucher

Österreichs Regierung will nach dem Wechsel von Rot-Schwarz zu Schwarz-Blau neue Akzente setzen

Drei Wochen nach der Angelobung der österreichischen Regierungskoalition aus der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) und der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) kündigte Innenminister Herbert Kickl (FPÖ) eine massive Verschärfung der Asylgesetze an.

Kickl hat raschere Asylverfahren und wesentlich schnellere Abschiebungen im Falle von negativen Bescheiden in Aussicht gestellt. Außerdem solle die Exekutive die Möglichkeit erhalten, auf die Handydaten der Asylsucher zuzugreifen, um mittels der Geodaten die Migrationswege zu eruieren. Darüber hinaus prüft der Innenminister die Möglichkeit der berittenen Polizei für Wien.

In diesem Zusammenhang hat Kickl eine hohe Kriminalität bei Asylsuchern beklagt. Die Zahl der fremden Tatverdächtigen sei 2016 um 13 Prozent gestiegen. Auf eine derartige Kriminalitätsentwicklung werde man mit einer „sehr, sehr strengen Asylpolitik" antworten, so der Minister.

Auch in der Sozialpolitik sind Verschärfungen geplant. So soll die Notstandshilfe für Menschen mit Langzeitarbeitslosigkeit abgeschafft werden. Diese könnten, sofern ihr Vermögen nicht 4200 Euro übersteigt, in eine „Bedarfsorientierte Mindestsicherung" ansuchen.

Familien hingegen sollen durch einen „Familienbonus" auf die Steuern um bis zu 1500 Euro pro Kind und Jahr entlastet werden. Die Steuerschuld von etwa 700 000 in Österreich lebenden Familien soll so reduziert werden. Dafür will die Regierung rund 1,2 Milliarden Euro zur Verfügung stellen.

Vize-Kanzler Heinz-Christian Strache (FPÖ) erklärte, mit dem Familienbonus ein „zentrales Wahlversprechen" einzulösen. „Wir wollen österreichische Familien entlasten und kein Förderprogramm für Groß-Zuwandererfamilien", so Strache. Das Modell orientiere sich deshalb an jenen Menschen, die in Österreich arbeiten: „Das ist fair und sozial gerecht."

Laut dem Finanzministerium verdienen allerdings von den rund 200 000 Alleinerziehenden in Österreich 60 000 so wenig, dass sie keine Steuer zahlen und somit auch nicht in den Genuss des Familienbonus kommen. Für diese Menschen soll im Rahmen des Alleinverdienerabsetzbetrags ein eigenes Modell implementiert werden.

Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) bat die Bevölkerung um Vertrauen für „diesen neuen Weg". Gleichzeitig versprach er: „Unseren Weg werden wir als Bundesregierung nicht beendet haben, bevor Österreich noch besser dasteht, als es heute dasteht." Kurz hob zentrale Vorhaben der schwarz-blauen Regierung hervor, wie die Senkung der Steuerquote von 43 auf 40 Prozent, mehr Treffsicherheit des Sozialsystems, „mehr Ordnung und Sicherheit", den Kampf gegen illegale Immigration oder Maßnahmen im Bildungsbereich.

In ihrer Präambel geben die beiden Koalitionspartner die politische Stoßrichtung der Regierung vor: „Mit unserer Politik fördern wir unternehmerische Initiative, belohnen die Fleißigen und sichern einen sozialen Ausgleich unter allen Gesellschaftsschichten. Wir schützen unseren Sozialstaat vor Missbrauch und werden die illegale Migration nach Österreich stoppen."

Zudem bekennt sich die Regierung zu einem neuen politischen Stil. Auch die Politik brauche ein neues Grundverständnis, erklärten Kurz und Strache vor ihrer Angelobung. „Wir müssen wegkommen vom falschen Stil des Streits und der Uneinigkeit und einen neuen Stil des positiven Miteinanders leben."

Die neue Bundesregierung der bei der Nationalratswahl im Oktober siegreichen ÖVP mit den Freiheitlichen war am 18. Dezember nach nur siebenwöchigen Koalitionsverhandlungen durch Bundespräsident Alexander Van der Bellen angelobt worden. Kurz, der mit 31 Jahren der jüngste Regierungschef innerhalb der EU ist, rang dabei seinen freiheitlichen Regierungsmitgliedern ein proeuropäisches Bekenntnis ab.

Im Gegensatz zum Regierungseintritt der Freiheitlichen im Jahr 2000 blieben wohl auch deshalb diesmal internationale Proteste weitgehend und Sanktionen seitens der EU vollständig aus. Damals war die ÖVP mit der FPÖ unter Jörg Haider in eine Koalition eingetreten. Zwar kam es im Dezember zu Protestkundgebungen gegen die Regierungsbeteiligung der FPÖ unter deren Parteichef und Vizekanzler Heinz-Christian Strache, diese fielen jedoch deutlich bescheidener aus als im Jahr 2000.

Demgegenüber hat Israel angekündigt, die Regierungsmitglieder der FPÖ vorerst zu boykottieren. Das israelische Außenministerium wolle den Umgang mit der neuen Regierung neu bewerten. Zunächst soll es bei den Ministerien, in denen ein FPÖ-Minister an der Spitze steht, nur Kontakte zu den Beamten geben. Damit bleibt Israel vorläufig bei seiner Linie, offizielle Kontakte zu FPÖ-Politikern abzulehnen. *Michael Link*



Vor allem von ihm als FPÖ-Innenminister wird erwartet, der neuen Regierung Profil zu geben: Herbert Kickl Bild: pa

»Den nehmt nicht auf in euer Haus«

Ex-Muslime werfen Papst Franziskus »Blauäugigkeit« gegenüber dem Islam vor

Papst Franziskus hat seit seinem Amtsantritt vor fast fünf Jahren das Thema Flucht zu seinem Lieblingsthema gemacht. Die Hälfte seiner Auslandsreisen waren Flüchtlingen gewidmet. Allerdings nicht christlichen Flüchtlingen, die weltweit wie mehrere Studien belegen, am meisten verfolgt werden, sondern muslimischen Flüchtlingen. Bei seinen Reisen nach Lampedusa, Lesbos oder Bangladesch hat das Oberhaupt der Katholiken nicht etwa christliche Flüchtlinge besucht, die es dort auch gab, sondern eher muslimische. Die Rohingya-Flüchtlinge in Bangladesch haben den Papst sogar zum Weinen gebracht, obwohl sie bereits nach wenigen Wochen Flucht von Myanmar das Angebot hatten, wieder in ihre Heimat zurückzukehren. Die Vertreibung von Christen, Hindus und Buddhisten aus Bangladesch hat der Papst dagegen nicht angesprochen.

Dies hat vor allem orientalische Christen im Nahen Osten verbittert sowie christliche Ex-Muslime. Diese bitten jetzt laut dem Magazin „Vatican History" den amtierenden Papst in einer internationalen Unterschriftenaktion, sein Verhältnis zum Islam klarzustellen. In dem Schreiben, das im Internet veröffentlicht wurde, wird dem Papst vorgeworfen, die Bedrohung durch den Islam und die muslimischen Immigranten für Europa zu verkennen. „Blauäugigkeit gegenüber dem Islam" sei „selbstmörderisch und sehr gefährlich", man könne nicht „von Frieden sprechen und den Islam unterstützen, wie Sie es zu tun scheinen", so der Vorwurf.

Zudem beschweren sich die Konvertiten beim katholischen Oberhaupt mit den Worten: „Viele von uns haben wiederholt und seit mehreren Jahren versucht, Sie zu kontaktieren, ohne dass wir je eine Empfangsbestätigung unserer Briefe oder Bitten um ein Treffen erhalten haben … Der Islam schreibt die Tötung von Abtrünnigen vor (Koran 4.89, 8.7-11) … Während das Evangelium die gute Nachricht Jesu verkündet …, hat Allah nichts anderes zu bieten als den Krieg und das Töten von ‚Ungläubigen' in Gegenleistung seines Paradieses: ‚Sie kämpfen auf Allahs Weg, sie töten und werden getötet' (Koran 9.111)." „Wie kann man von Frieden sprechen und den Islam unterstützen, wie Sie es zu tun scheinen? … Sollten wir zum Islam zurückkehren?", fragen die Ex-Muslime, die diesen Schritt in großer Gefahr für Leib und Leben und mit Hilfe der Kirchen getan haben.



Bild: Andy Mabbett

Magdi Cristiano Allam

„… wenn Präsident Erdogan seine Mitbürger auffordert, sich nicht in ihren Gastländern zu integrieren, … Saudi-Arabien und alle Petro-Monarchien keinen einzigen Flüchtling aufnehmen, … so sind dies Ausdrücke unter anderem des Projekts zur ‚Eroberung und Islamisierung Europas', zu dem seit Jahrzehnten offiziell von der OIC (Organisation für Islamische Zusammenarbeit) und anderen islamischen Organisationen ausgerufen wird", heißt es in dem Brief weiter. Die Konvertiten bezweifeln, dass es eine Pflicht zur Aufnahme von muslimischen Immigranten gibt, denn bei 2. Joh. 1,10–11 heißt es: „Wenn einer zu euch kommt und Irrlehren vertritt, den nehmt nicht auf in euer Haus." Der Koran bestehe zwar zu 60 Prozent aus von der Bibel übernommenen Texten, die für den interreligiösen Dialog hervorgehoben werden, aber die für den heutigen Islam eigentlich maßgeblichen Texte sind die restlichen 40 Prozent Spätschriften, die Gewalt und Terror im Namen Gottes verherrlichen. Das Überhandnehmen des politischen Islams und der damit verbundenen Terrorpropaganda hatte zu einem großen Vertrauensverlust vieler Muslime zu ihrer Religion und zu Millionen Konversionen vor allem zum Christentum geführt.

Der prominenteste Ex-Muslim ist wohl der aus Ägypten stammende ehemalige italienische EU-Abgeordnete Magdi Cristiano Allam. Der 63-Jährige kritisierte insbesondere die Aussage des Papstes Franziskus, Muslime beteten „den einen, lebendigen und barmherzigen Gott" an. Als Autor wurde Allam unter anderem dadurch bekannt, dass er den Islam nicht als eine Religion, sondern als eine gewaltbereite Ideologie, vergleichbar dem Faschismus und Kommunismus, einstufte. In der Osternacht des Jahres 2008 erhielt er von Papst Benedikt XVI., der dafür viel Kritik von muslimischer Seite geerntet hat, im Petersdom persönlich die Taufe. Allam erklärte seine Zugehörigkeit zur katholischen Kirche mit dem Ende des Pontifikats von Papst Benedikt als abgelaufen. Entgegen der Warnung Benedikts XVI. vor einer „Diktatur des Relativismus" sei die katholische Kirche selbst relativistisch geworden. In einer Art Gutmenschentum stelle sie das fremde Wohl auf die gleiche Stufe wie oder höher als das eigene. Allam erklärte, er bliebe zwar Christ, aber er könne sich nicht mehr länger mit der katholischen Kirche identifizieren. *Bodo Bost*

Gefährlich, exotisch, liebeshungrig

Unwiderstehlich scheinen viele arabisch-moslemische Asylsucher auf deutsche Frauen zu wirken

Ihr Liebesgeflüster weht allerorten durchs Internet. Zahllose Frauen haben sich, so scheint's, in einen Asylsucher verliebt. Dabei sind diese Beziehungen, auch wenn sie nicht, wie gerade in Kandel, mit einer schrecklichen Gewalttat enden, fast immer zum Scheitern verurteilt.



„Sie gehört mir": Die 16-jährige Schülerin Malvina und ihr moslemischer Freund, der angeblich erst 20-jährige Syrer Diaa – ein Schauerstück im Kinderkanal Bild: KiKa

Muss Liebe schön sein: „Total verknallt" ist die 19-jährige Sandra in ihren Karim aus Damaskus. Auf einem Internetportal beschreibt sie ihr junges Glück. Seit sechs Wochen sind sie jetzt zusammen, und einmal, als sie zufälligerweise nahe an seinem Flüchtlingsheim vorbeigefahren ist, muss er es irgendwie gespürt haben, denn er hat ihr beinahe zur selben Sekunde eine verliebte SMS geschickt!

Auf einer anderen Internetseite entdeckt die Österreicherin Daniela, wie klug die islamischen Verhaltensregeln sind. Ihr Freund Mahmoud, kennengelernt beim Hilfseinsatz im Flüchtlingslager Traiskirchen, hat es ihr erklärt. Sie kam sich anfangs ganz schön „plump" vor – so voller Vorurteile. Jetzt weiß sie zum Beispiel, wie vernünftig das Verbot ist, kein Schweinefleisch zu essen. Die Tiere können Viren übertragen, und es gibt sogar einen nichtmuslimischen Gesundheitsratgeber, der von ihrem Verzehr abrät. Auch der bewährte islamische Brauch, Dieben die Hand abzuhacken, ist weitaus weniger schlimm als gedacht. Schließlich muss der Langfinger zunächst einmal seine Tat gestehen oder er muss von zwei bis vier Zeugen gesehen worden sein. Nur wenn ein Richter dann zustimmt, wird er auf eine seiner Gliedmaßen demnächst verzichten müssen.

Im Traumland der Liebe scheint alles irgendwie gut und richtig, sogar das Schwert, dass die Hand vom Körper eines Menschen trennt. Wie viele Frauen und Mädchen in Deutschland oder Österreich sich gerade in derlei phantastische Gefilde verirrt haben, weiß niemand genau. Wer dem multikulturellen Liebesgeflüster im Internet nachlauscht, trifft die Damen mit Schmetterlingen im Bauch, rosaroten Brillen auf der Nase und einem Lover im nächsten Flüchtlingsheim allerorten. Wie eine solche Beziehung aussehen kann, hat jüngst eine Reportage im Kinderkanal von ARD und ZDF (siehe Seite 1) gezeigt. Was wohl eigentlich naive Multi-Kulti-Rührseligkeit verbreiten sollte, wurde zum Schauerstück: Der vollbärtige Syrer Diaa – er nennt sich auch Mohammed, ist angeblich 20, sieht aber deutlich älter aus – hat die 16-jährige deutsche Schülerin Malvina bereits so weit umgedreht, dass sie auf kurze Kleider und Schweinefleisch verzichtet. Die gutbürgerlichen Eltern befürchten ihr Abgleiten in den moslemischen Fundamentalismus. „Sie gehört jetzt mir und ich gehöre ihr", sagt Diaa an einer Stelle des Films. Es klingt mehr wie eine Drohung als alles andere.

> Alpha-Araber statt deutsche Beta-Männchen

Wie schlimmstenfalls das Ende einer solchen Beziehung aussehen kann, zeigte Ende Dezember die Mordtat in rheinland-pfälzischen Kandel. Der Afghane Abdul D., ein minderjähriger unbegleiteter Flüchtling, der auf Fotos wieder einmal verdächtig alt aussieht, erstach die 15-jährige Schülerin Mia V., nachdem sie es gewagte, sich nach mehrmonatiger Beziehung von ihm zu trennen.

In einer anderen, einer urtümlicheren Welt, hätten Deutschlands Männer all diese dreisten und potenziell tödlichen Nebenbuhler wohl längst in die Wüste (zurück-)gejagt. Natürlich geschieht nichts dergleichen. Alice Schwarzer, Manuela Schwesig und andere Frauen-Lobbyistinnen haben ihre Platzhirsche viel zu gründlich indoktriniert, dressiert und feminisiert. Nun mag Frau diese windelweichen Geschöpfe anscheinend selbst nicht mehr. Die deutschen Beta-Männchen werden gegen den Alpha-Araber ausgetauscht. Der ist gefährlich, exotisch, offensiv und sooo liebeshungrig. Möglicherweise ist er aber auch nur der Nutznießer einer weiblichen Fluchtbewegung vor einer kruden Ideologie namens Feminismus, die den Frauen tatsächlich alles Feminine raubt und sie als geschlechtslose Wesen ins freudlose Hamsterrad des Berufslebens schickt. Der Internet-Blogger Hadmut Danisch spricht vom Sieg des Migrantismus über den Feminismus.

> Am Ende wird stets das muslimische Mädchen bevorzugt

Als Kollateralschaden endet dabei allerdings zumeist das weibliche Glück. Die Aussichten einer erfolgreichen Paarbeziehung zwischen Orient und Okzident sind mäßig. Das zeigte zum Beispiel eine gemeinsame Studie des Rostocker „Zentrums zur Erforschung des demografischen Wandels" und der englischen Universität Liverpool. Fast 6000 Ehen in Deutschland wurden untersucht. Das Ergebnis: Schon wenn sich Personen unterschiedlicher Nationalitäten das Ja-Wort gaben, stieg das Scheidungsrisiko um 64 Prozent gegenüber Paaren, in denen Mann und Frau beide aus Deutschland stammten. War nicht nur die Länderherkunft unterschiedlich sondern auch die Religion, klettert das Risiko noch einmal um 60 Prozent in die Höhe.

Die im Nahen Osten geborene Bloggerin und Frauenrechtlerin Brunette Gal erklärt, warum muslemische Männer bei ihren westlichen Freundinnen meist ohnehin keinen Antrag über die Lippen bringen. Gal schreibt: „Sie mögen denken, dass Ihr muslimischer Freund nicht mal religiös ist. Er ist im Westen geboren und aufgewachsen. Er trinkt und hat eine Tätowierung, aber sie ändern sich oft, wenn es Zeit ist, zu heiraten. Dann bevorzugen sie das muslimische Mädchen, die Jungfrau, die nicht trinkt, kein Schweinefleisch isst oder keine Parties feiert." Gal weiter: „Ich fragte einen kanadischen Muslim, warum er nicht seine langjährige weiße Freundin heirate. Er sagte, er könnte nicht mit einer Frau zusammen sein, die nicht rein ist. Eine Frau, die seine Kinder gebärt, muss rein sein."

Frank Horns

MELDUNGEN

Zwangsarbeiter: Geld reicht nicht

Berlin – Am 31. Dezember 2017 endete die Frist zur Antragstellung für die Zahlung einer Anerkennungsleistung an ehemalige deutsche Zwangsarbeiter, die als Zivilpersonen aufgrund ihrer deutschen Staatsangehörigkeit oder Volkszugehörigkeit kriegs- oder kriegsfolgenbedingt von einer ausländischen Macht zur Zwangsarbeit herangezogen wurden. Bis dahin haben 46 336 Personen einen Antrag auf Zahlung dieser einmaligen symbolischen Leistung in Höhe von 2500 Euro gestellt. Mit über 24 000 Anträgen ist die ehemalige Sowjetunion das am stärksten vertretene Herkunftsland der Antragsteller, gefolgt von Rumänien mit über 4000 und den deutschen Ostgebieten inklusive Polen mit rund 1900 gestellten Anträgen. Auch wenn bisher nur über einen geringen Teil der Anträge entschieden wurde, ist abzusehen, dass die vom Bund bereitgestellten 50 Millionen Euro nicht zur Befriedigung aller berechtigten Ansprüche ausreichen werden. *J.H.*

Drei Millionen Spätaussiedler

Berlin – Seit 1988 sind im Rahmen der Aufnahme von Aussiedlern rund drei Millionen Menschen in die Bundesrepublik gekommen. Davon kamen zirka 800 000 aus den Ländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas und rund 2,2 Millionen aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Wie aus dem jetzt vorgelegten „Tätigkeitsbericht Januar bis Oktober 2017" des im Oktober des vergangenen Jahres aus dem Amt geschiedenen Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Hartmut Koschyk (CSU), weiter hervorgeht, dürften sich die Aufnahmezahlen für die nächsten Jahre in einer Größenordnung von jährlich rund 7000 ankommenden Spätaussiedlern einpendeln. *J.H.*

Wird Özdemir Kretschmanns Nachfolger in Stuttgart?

Rätselraten über die politische Zukunft des Grünen-Voritzenden nach dem Verzicht des 52-jährigen Realos auf eine erneute Kandidatur

Es ist eine Tradition der Grünen, dass es keine jahrzehntelangen Funktionärskarrieren gibt. Der Verzicht von Cem Özdemir auf den Parteivorsitz kam dennoch überraschend. Ist die Karriere des Ober-Realos wirklich zu Ende?

Bei der ersten Vorstandsklausur des neuen Jahres herrschte Abschiedsstimmung: Die Chefs Cem Özdemir und Simone Peter waren das letzte Mal dabei. Beide sind noch bis zum letzten Januarwochenende im Amt – dann wählt der Parteitag in Hannover eine neue Spitze. Weder Özdemir noch Peter treten an. Bei der Saarländerin Peter, einer Vertreterin des linken Flügels, kam dies wenig überraschend. Zu blass war ihr Auftritt in der Vergangenheit, zu wenig bekannt wurde sie an der Spitze der Bundespartei. Ihren Rückzug begründete sie damit, dass sich die niedersächsische Grünen-Fraktionschefin Anja Piel, die wie Peter dem linken Flügel zugeordnet wird, um den Parteivorsitz bewerben will. Die Statuten der Partei sehen eine Doppelspitze vor, eine Frau muss auf jeden Fall dabei sein. Das macht die Sache kompliziert.

> Zur Überbrückung ließe sich eine Übernahme des Vorsitzes im Auswärtigen Ausschuss des Bundestages vorstellen

Annalena Baerbock, Fraktionsvorsitzende in Brandenburg, würde mit 37 Jahren für eine Verjüngung stehen. Tritt sie gegen die 52-jährige Piel an, könnte sie das Machtgefüge der Partei ins Wanken bringen. Denn Baerbock gehört dem Realo-Flügel der Partei an. Aber Wunschkandidat für die Özdemir-Nachfolge ist eigentlich der Umweltminister von Schleswig-Holstein, Robert Harbeck. Ob der überhaupt antritt, ist allerdings noch gar nicht sicher. Dafür müsste nämlich der Parteitag einer Satzungsänderung zustimmen, die es möglich macht, dass der Kieler für eine Übergangszeit sowohl Minister als auch Parteichef sein darf, denn vor einer Wahl zum Parteivorsitzenden will er auf sein Ministeramt nicht verzichten.

Auf der Strecke bleibt auf jeden Fall Özdemir. Mit 52 Jahren ist der Diplom-Sozialpädagoge aus Baden-Württemberg im besten Politikeralter. Er gilt neben dem einzigen Ministerpräsidenten der Grünen, Winfried Kretschmann, als bekanntester Politiker der Grünen. Einer der beliebtesten der Republik ist er obendrein. Sein Netzwerk reicht tief bis ins Bürgertum. Özdemir gilt als Musterbeispiel einer gelungenen Integration, selbst Christsoziale loben ihn in höchsten Tönen. Er ist ein Brückenbauer, kein Scharfmacher. Er war es, der die Grünen stramm auf ein „Jamaika"-Bündnis trimmte, er galt als sicherer Ministerkandidat, möglicherweise sogar für das Auswärtige Amt. Doch daraus ist bekanntermaßen nichts geworden. und so bleibt die Frage: Was wird aus Özdemir?

Vorerst wird er als einfacher Abgeordneter im Bundestag sitzen. Der Weg an die Fraktionsspitze war von vorneherein verbaut, Katrin Göring-Eckardt und Toni Hofreiter galten stets als gesetzt. „Die Fraktion entscheidet nach anderen Kriterien über den Vorsitz, als es die Parteimitglieder oder die Wähler tun würden. Es gibt bei uns aber auch keine Erbhöfe. Es ist, wie es ist. Ich hadere nicht. Ich will nach vorne schauen", sagte Özdemir der „Stuttgarter Zeitung". Die interessanten Posten in Berlin sind aber begrenzt. Möglichweise könnte er den Vorsitz im Auswärtigen Ausschuss übernehmen, er wäre dann quasi Außenminister der Opposition. „Wenn Putin oder Erdogan versuchen, Parallelstrukturen in Deutschland zu errichten, darf man dazu nicht schweigen – von der großen Koalition kommt da allerdings viel zu wenig. Das SPD-geführte Außenministerium ist sogar in ständiger Gefahr, zu sehr auf einen Kuschelkurs mit autoritären Regimen zu setzen", erklärte Özdemir kürzlich, und es klang wie eine Bewerbungsrede.

Doch es gibt noch eine andere Option. Kretschmann ist in Baden-Württemberg bis 2021 gewählt, allerdings wird der grüne Ministerpräsident im Mai 70 Jahre alt. „Er macht seinen Job hervorragend und wird das hoffentlich noch sehr lange – ich unterstütze ihn von Berlin aus jedenfalls nach Kräften", sagt Özdemir brav, doch hinter vorgehaltener Hand wird längst davon gesprochen, dass er Nachfolgekandidat Nummer Eins sei. Özdemirs derzeitige Situation sei kein Abschied aus der Politik, sagte Kretschmann der „Heilbronner Stimme". „Cem ist einer der Besten bei den Grünen. Und Qualität setzt sich immer durch, das ist meine langjährige Erfahrung. Es werden andere Aufgaben kommen. Die Berliner Bühne wird regelmäßig neu bespielt, und einer wie Özdemir ist immer prädestiniert für eine Hauptrolle." Und wie sieht es mit der landespolitischen Bühne in Stuttgart aus? Ministerpräsident Kretschmann hat unlängst eine mögliche Kandidatur für eine dritte Amtszeit angedeutet, sich aber noch nicht festgelegt. „Sie müssen damit rechnen, dass ich noch mal antrete", sagte er. Zugleich machte er klar, dass er sich noch nicht entschieden habe. Er wisse heute nicht, wie es ihm in zwei Jahren gehe, was dann mit der Bundespartei sei und wie ihn dann seine Enkel faszinierten. „Das Leben ist voller innerer und äußerer Reize." Möglicherweise gibt es aber doch noch eine kurzfristige bundespolitische Option für Özdemir. Sollten die Koalitionsverhandlungen von Union und SPD scheitern, wäre er der Top-Kandidat für die Spitzenkandidatur. „Das wird dann Cem machen", sagte Kretschmann in Stuttgart. Und Widerspruch blieb aus.



Ein 69- und ein 52-Jähriger: Kretschmann und Özdemir (v.l.) Bild: Imago

Peter Entinger

Zeitzeugen


Bild: Lumu

Harald Martenstein, Kolumnist von „Tagesspiegel“ und „Zeit“: „Früher habe ich immer gern ‚Tagesschau‘, ‚Heute‘ und ‚Tagesthemen‘ angeschaut. Heute bin ich fast weg davon. Diese Sendungen erinnern mich wegen ihrer Regierungsnähe zunehmend ans DDR-Fernsehen. Wobei das ZDF um einiges schlimmer ist als die gute alte ARD.

Andreas Unterberger, österreichischer Publizist: „Wahrheitsgetreue, objektive Berichterstattung ist in einer Demokratie nie durch die Obrigkeit durchsetzbar. Entscheidend kann immer nur das Vertrauen der Bürger in die Verlässlichkeit und Sorgfalt jedes einzelnen Mediums sein. Dieses aber haben viele alte und neue Medien in einem hohen Maße verspielt.“


Bild: Ralf Roletschek-14 (cropped)

Ulrich Wickert, ehemaliger „Mister Tagesthemen“ der ARD: „Wir Deutschen tabuisieren, weil wir in unserem Kopf das ‚Dritte Reich‘, die Konzentrationslager und die Vernichtung der Juden haben. Deswegen sagen wir: Wir müssen uns besonders human zeigen. Darum halten es manche für human, wenn sie gewisse Dinge nicht aussprechen. Das ist ein falsches Verständnis von Toleranz.“

Bernhard Pörksen, Professor und Medienwissenschaftler an der Universität Tübingen: „Der gegenwärtige Journalismus leidet auch an den Spätfolgen einer Intransparenz, die er selbst mit befördert hat. Fatal wird es, wenn einzelne Journalisten dann auch noch schlimmste Vorurteile bestätigen, wie der RTL-Journalist, der sich vor der Kamera des NDR fälschlich als Pegida-Demonstrant ausgab, weil er wohl meinte, sich nur so in das Milieu einschleichen zu können.“


Bild: Imago

Carsten Reinemann, Professor für Kommunikationswissenschaften an der Universität München: „Ich halte die Beschleunigung des Nachrichtengeschäfts für gefährlich. Hier ist der Journalismus in einem Dilemma, weil Nachrichten sich gerade im Netz schnell verbreiten. Die Sorgfalt darf auf keinen Fall unter der Schnelligkeit leiden. Es ist gerade in diesen Zeiten wichtiger denn je klarzumachen, was die Faktenbasis ist und was die Meinung.“

Lügen- oder Lückenpresse?

Was dran ist an den Vorwürfen gegenüber den sogenannten Leitmedien

Es war das (medienpolitische) Debattenthema des Jahres 2016, und seitdem wird der „Lügenpresse“-Vorwurf mit immer neuer Schlagzahl wiederholt. Doch die mitunter emotional geführte Diskussion verdeckt mehr als sie zur Aufhellung des Begriffs beiträgt.

„Den Vorwurf der ‚Lügenpresse‘ halte ich für falsch und irreführend“, sagt der renommierte Professor für Empirische Kommunikationsforschung Hans Mathias Kepplinger (Mainz). „Journalisten sind keine Lügner, die die Wahrheit kennen und in übler Absicht das Gegenteil verbreiten. Viele sind aber Gläubige, die bei kontroversen Themen ihre berufstypische Sichtweise irrtümlich für die Wahrheit halten.“ Für Kepplinger grenzt das zuweilen an intellektuellen Hochmut. Seine dringende Empfehlung: Werdet bescheidener und kritischer, selbstkritischer und kollegenkritischer!

Der Wissenschaftler hat den Begriff der „Ko-Orientierung“ geprägt. Gemeint ist, dass Journalisten sich vor allen Dingen für das interessieren, was die Kollegenschaft umtreibt. Für sein Buch „Totschweigen und Skandalisieren. Was Journalisten über ihre eigenen Fehler denken“ hat er 332 repräsentativ ausgewählte Redakteure von Tageszeitungen befragt. Der niederschmetternde Befund: 70 Prozent halten Übertreibungen bei der Anprangerung vermuteter oder tatsächlicher Missstände für vertretbar. Eine Verletzung der Berufsregeln? Kepplinger: „Sagen wir mal so: Es verletzt die Forderung, das Geschehen so darzustellen, wie es erkennbar ist.“

Darüber hinaus sei diese Haltung naiv oder unredlich, weil Übertreibungen negative Folgen haben könnten, für die kaum ein Journalist die Verantwortung übernehmen würde – „obwohl er es müsste, weil er mit Absicht die falsche Realität dargestellt hat“.

Was mediale Einseitigkeiten in der Bevölkerung auslösen können, das zeigt eine Studie aus dem Oktober 2015: 43 Prozent der Befragten hatten den „Eindruck, dass man seine Meinung zu der Flüchtlingssituation nicht frei äußern darf oder sehr vorsichtig sein muss, was man sagt“. Eine tendenziöse Berichterstattung ist nicht weniger gefährlich als eine glatte Lüge. Beispiele gibt es genug. Es lässt sich auch mit Sprache lügen, wenn pauschal von „Flüchtlingen“ geschrieben oder gesprochen wird, obwohl diese Bezeichnung nur auf einen kleinen Teil der Zuwanderer zutrifft. Oder wenn die AfD permanent (und penetrant) mit dem Zusatz „rechtspopulistisch“ erwähnt wird, bei der Linken jedoch nie von „linkspopulistisch“ die Rede ist.

> Wie kommt man aus alldem heraus?

Wie kommt man aus alldem heraus? Indem man, das mag altmodisch erscheinen, Informationen ganz ohne zensurähnliche pädagogische Überlegungen („Was ist gut für das Publikum, was darf es wissen?“) und Anpassungen an eine politische Korrektheit übermittelt. Journalisten verraten ihren Beruf, wenn sie sich als Volkspädagogen gerieren. Sie müssen sagen, was ist. Medienkonsumenten wollen das. Rund zwei Drittel aller Erwachsenen, darauf weist Professor Michael Haller (ehemals Universität Leipzig) hin, wünschen sich „umfassende Informationen“, also auch Nachrichten über abweichende Positionen. Und etwa drei Viertel fordern etwas, wogegen immer öfter verstoßen wird: eine klare Trennung von Nachricht und Meinung.

15 Jahre lang haben Medienforscher untersucht, wie sich so genannte Leitmedien bei Megathemen, von Umweltschutz und Atompolitik bis zur Ukrainekrise, verhalten. Im Magazin „Cicero“: schreibt Haller von spezifischen Informationsleistungen, aber auch von Verzerrungen. Doch eine Tendenz wiesen alle diese Studien nach: „Die Journalisten der Leitmedien suchen die Nähe zu den Eliten in Wort, Ton und Bild. ... Aufschlussreich der Befund, dass die für die Beurteilung der Außenpolitik zuständigen Redakteure die Politik der Nato gegenüber Russland oder den Truppeneinsatz in Afghanistan wortreich befürworteten – und zugleich in einschlägigen Think Tanks aktiv waren, etwa in der Münchener Sicherheitskonferenz, dem Aspen Institute, der Atlantik-Brücke. In den fraglichen Medien war von Vielfalt der Positionen keine Spur; abweichende Meinungen kamen praktisch nicht zu Wort.“ Wenn man so will: „Lückenpresse“. *Gernot Facius*


Sind viele Redaktionen zu ähnlich zusammengesetzt? Redaktionskonferenz bei der „Bild“-Zeitung Bild: Imago

»Lügenpresse« – ein Wort und seine Karriere

„Lügenpresse“: Nazi-Jargon? So einfach ist die Sache nicht. Das Schmähwort ist viel älter, es hat eine wechselvolle Karriere hinter sich. Im 19. Jahrhundert von prononciert konservativen Katholiken gegen die liberale und freisinnige Publizistik ins Feld geführt und auch von der aufkommenden Arbeiterbewegung in ihrer Auseinandersetzung mit den monarchistischen und großbürgerlichen Zeitungen benutzt, hat es zu Beginn der 20. Jahrhunderts erstmals ein Konjunkturhoch erlebt – durch völkisch-nationalistische Ideologen. Der Historiker Alfred von Harnack wetterte im Weltkriegsjahr 1914 gegen ausländische Blätter, nannte sie das „Tier aus dem Abgrund“: „Als vierte Großmacht hat sich gegen Deutschland die internationale Lügenpresse erhoben ...“ Zwei Jahre später erschien das Pamphlet „Die Lügenpresse. Der Lügenfeldzug unserer Feinde“.

Nach dem Ersten Weltkrieg diente der Schmähbegriff zur Stigmatisierung der Zeitungen als unpatriotisch, die auf dem Boden der Weimarer Republik standen.

> Benutzt von Links wie Rechts

Bei Joseph Goebbels lässt sich „Lügenpresse“ in seinen Tagebucheintragungen 1930 und 1939 nachweisen, bezogen auf die Auslandspresse.

Doch die Schmähungen kamen nicht nur von rechts außen, wie sich nach dem Zweiten Weltkrieg zeigen sollte: Die Propagandisten der DDR, von denen einige ihr Handwerk im Dritten Reich gelernt hatten, ereiferten sich über die „westliche Lügenpresse“; „kapitalistische Lügenpresse“ war ein Topos der Agitation Karl-Eduard von Schnitzlers gegen die NATO-Staaten. Umgekehrt bezogen Journalisten in der Bundesrepublik das Wort auf die Medien der SED und der Blockparteien. „Der Schmähbegriff wird immer dann aus der Mottenkiste geholt, wenn es darum geht, der jeweils anderen Seite die Legitimation zu entziehen“, kommentierte die „Frankfurter Allgemeine“. Im Januar 2015 wurde „Lügenpresse“ von deutschen Sprachwissenschaftlern zum Unwort des Jahres 2014 erklärt – eine Reaktion auf Vorwürfe von Pegida-Anhängern in mitteldeutschen Städten. *G.F.*

»Tendenz zum Gleichklang«

Rainer Zitelmann konstatiert linken »Konformitätsdruck«

Der „Lügenpresse“-Vorwurf ist hart und manchmal ungerecht. Aber er hat auch etwas Gutes: In der Branche belebt er die Debatte über Medienethik. So empfahl „Zeit“-Chefredakteur Giovanni di Lorenzo seinen Kollegen mehr Mut zur Selbstkritik, um dem Vertrauensverlust in Teilen der Bevölkerung zu begegnen. Die Art mancher Skandalberichterstattung, zum Beispiel im Fall des ehemaligen Bundespräsidenten Christian Wulff, setzte er mit einer „Neuauflage des mittelalterlichen Prangers“ gleich. Misstrauen und Häme, die Medien gesät hätten, fielen auf sie selbst zurück. Der „Zeit“-Chef beklagte eine „Tendenz zum Gleichklang“ im Journalismus. Und er scheute sich auch nicht, nach den Ursachen zu forschen: Viele Redaktionen seien zu ähnlich zusammengesetzt. Neue Mitarbeiter würden oft danach ausgesucht, ob sie zur vorhandenen Redaktionsmannschaft passten. Damit bestätigte di Lorenzo, was von Kommunikationswissenschaftlern seit Längerem beklagt wird: einen problematischen Trend zur personellen

> Viele Journalisten seien durch die Unis gleichförmig geprägt

„Selbstergänzung“. Di Lorenzo rät den Kollegen, das „Verhältnis zum verunsicherten und skeptischen Teil der Bevölkerung dauerhaft zu verbessern, indem wir mit den Skeptikern sprechen“. Die Zweifler mit „Transparenz zu überzeugen“, das könnte ein „erster Schritt“ zu neuer Vertrauensbildung sein. Die Gleichförmigkeit im Denken vieler Journalisten als Ergebnis von Zensur oder „Gleichschaltung“ zu deuten, wäre gewiss verfehlt.

Die Gleichförmigkeit resultiere aus einer bestimmten universitären Prägung und habe vor allem etwas mit „Konformitätsdruck“ zu tun, schrieb der Publizist Rainer Zitelmann, der sich in einem Buch mit journalistischen Fehlleistungen auseinandergesetzt hat: „Wer rechts steht, ist Außenseiter in der Medienzunft – wer links ist, steht in Übereinstimmung mit der Meinung der übergroßen Mehrheit. Wer mag es schon, Außenseiter in einer Gruppe zu sein.“ Da bleibt eben oft die tiefgründige Recherche auf der Strecke. Zitelmanns Urteil im Debattenmagazin „The European“: „Es wird selten gelogen, aber oft einseitig berichtet.“ *G.F.*

Preußische Allgemeine Zeitung

Wochenzeitung für Deutschland
Das Ostpreussenblatt

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Mensch & Zeit, Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

»Die denken, sie sind im Zoo«

Grüne Woche: Deutsche Bauern wehren sich gegen überzogene Kritik von Tierschützern



„Grundlegende landwirtschaftliche Zusammenhänge verstehen“: Öko-Aktivisten demonstrierten auch vergangenes Jahr anlässlich der Grünen Woche in Berlin

Bild: Imago

Dieses Wochenende startet in Berlin die weltweit wichtigste Ernährungsmesse. 2018 sind auch Länder wieder dabei, die in den vergangenen Jahren gefehlt haben.

Wieder zurück auf der Grünen Woche sind in diesem Jahr russische Aussteller. Russland war wegen der EU-Sanktionen und russischer Gegenaktionen zwei Jahre nicht mehr in Berlin vertreten.

Angemeldet haben sich Nahrungsmittelproduzenten aus den sibirischen, zentralen und südlichen Regionen des größten flächenmäßig größten Staates der Erde. Punkten wollen russische Exporteure auf den Auslandsmärkten unter anderem mit naturbelassenen Lebensmitteln und hochwertigen Produkten. So präsentieren die Aussteller in diesem Jahr Spezialitäten wie Zedernkernbonbons oder Wilddelikatessen und seltene Fischarten. Angekündigt sind ebenso Weinproduzenten und ein Hersteller von Holzhäusern.

Mit dabei sind auch wieder Schweden, Japan und Kasachstan. Diese Länder hatten in den vergangenen Jahren auf der Grünen Woche ebenfalls gefehlt. Nach Angaben der Messe Berlin werden auf der diesjährigen Grünen Woche fast 70 Länder präsent sein. „Viel internationaler geht nicht“, freut sich Grüne-Woche-Projektleiter Lars Jaeger. Für eine Reihe brandenburgischer Unternehmen gehört die Grüne Woche mittlerweile zu den wichtigsten Terminen im Jahr. Vertreter der märkischen Landwirtschaft sehen die diesjährige Ausstellung allerdings mit gemischten Gefühlen. Sie befürchten Anfeindungen gegen den Berufsstand wegen angeblich nicht artgerechter Tierhaltung oder gar eine generelle Stimmungsmache gegen die Haltung von Tieren in der Landwirtschaft.

Tino Erstling, Pressesprecher des Landesbauernverbandes Brandenburg, erklärte vor der Grünen Woche: „Wir müssen in den nächsten Tagen einmal mehr damit rechnen, in der Öffentlichkeit als schlimme Tierquäler diskreditiert zu werden. Leider fallen diese radikalen Ideen mitunter bei urbanen Bevölkerungsgruppen auf fruchtbaren Boden.“

> Russland kehrt nach zwei Jahren Pause zurück

Auch der Bauernbund Brandenburg mahnte bereits im vergangenen Jahr eine faire Diskussion an: „Es kann nicht angehen, dass immer nur wir Landwirte mit angeblichen gesellschaftlichen Ansprüchen konfrontiert werden“, so Bauernbund-Vorstand Marco Hintze. Vielmehr müsse auch die Gesellschaft sich ändern: „Wer immer etwas von uns will, sollte sich zumindest bemühen, grundlegende landwirtschaftliche Zusammenhänge zu verstehen. Nur dann kommen wir weiter.“

Der Hinweis vom Bauernbund auf den mangelnden Änderungswillen in der gesamten Gesellschaft scheint berechtigt. So ist die Ablehnung von Massentierhaltung zwar weit verbreitet, die Bereitschaft, höhere Preise für Fleischprodukte zu bezahlen, fällt jedoch vergleichsweise gering aus.

Noch seltener ist die Bereitschaft zum generellen Verzicht auf Fleisch. Pro Kopf und Jahr konsumieren die Deutschen im Schnitt 59 Kilogramm Fleisch. Dieser Wert ist in den vergangenen Jahren kaum gesunken.

Deutschlands Landwirte sehen sich nicht allein immer öfter kampagnenartigen Anfeindungen ausgesetzt, sie bekommen im Alltag auch zunehmend die Auswirkungen des urban geprägten Zeitgeistes zu spüren. Kleine, aber meinungsstarke Gruppen mit ihren in den Augen vieler Bauern romantisierenden Vorstellungen von Natur und Tierschutz haben in den vergangenen Jahren die öffentliche Diskussion stark beeinflussen können. Geht es um die Konsequenzen, dann werden die Landwirte allerdings oftmals allein gelassen.

So wachsen nicht nur in Brandenburg in der Landwirtschaft die Probleme mit Tierarten wie Wölfen, Biebern, Kormoranen, Kranichen und Kolkraben, die unter strengem Schutz stehen und massive Schäden verursachen. Ein Bürgermeister aus Mecklenburg-Vorpommern sprach die Frage der auf den ländlichen Raum abgewälzten Belastung sehr offen an: „Es gibt da ja Fundamentalisten, denen ist das alles ganz egal. Das muss der Eigentümer in Kauf nehmen sozusagen als Soziallast ... Das sind die Leute, die aus den Großstädten kommen und dann mit ganz blanken Augen durch die Landschaft laufen und denken, sie sind im Zoo.“

Die Problematik eines naiven Naturschutzverständnisses könnte schon bald neue Aktualität bekommen. Die Afrikanische Schweinepest (ASP), die Hausschweine und Wildschweine befällt, hat sich über Georgien und Russland mittlerweile bis ins Baltikum und nach Polen ausgebreitet. Für Seuchenexperten ist es keine Frage, ob, sondern nur noch wann die ASP Deutschland erreicht. Zwar ist die ASP für Menschen nicht ansteckend, der widerstandsfähige Virus ist allerdings für Haus- und Wildschweine sehr ansteckend, zudem besteht keine Impfmöglichkeit.

Bauernverbands-Vizepräsident Werner Schwarz hat vor diesem Hintergrund zur Prävention gefordert, den Wildschweinbestand in Deutschland um 70 Prozent zu reduzieren. Doch schon die bereits angelaufenen Bemühungen, die stark angewachsene Wildschweinpopulation wieder zu verringern, stoßen bei einigen Tierschutzgruppen auf scharfe Reaktionen.

Norman Hanert

(mehr zur „Grünen Woche“ auf S. 21)

Das Ende einer Farce

Von Vera Lengsfeld

An dieser Stelle ist schon mehrmals von der Besetzung der Berliner Gerhart-Hauptmann-Schule in Berlin-Kreuzberg durch „Flüchtlinge“ die Rede gewesen, die sich insgesamt über fünf Jahre hinzog. Während dieser Zeit war der Ort ein Symbol für die Unwilligkeit der Berliner Politiker, Entscheidungen zu treffen, um den schreienden Missstand zu beenden – angefangen von der grünen Friedrichshain-Kreuzberger Bezirksbürgermeisterin Monika Herrmann über den früheren CDU-Innensenator Frank Henkel bis hin zu dessen SPD-Nachfolger Andreas Geisel.

Selbst, als es zu Mord und Totschlag kam, weil sich die Besetzer nicht über die Reihenfolge beim Duschen einigen konnten, wurde das Gebäude nicht geräumt. Als die Zustände buchstäblich zum Himmel stanken und die Ratten ins Freie flüchteten, wurde nur eine Reinigungsfirma zum Einsatz gebracht und mit den Besetzern verhandelt. Am Ende war der größte Teil der Insassen bereit, in andere Unterkünfte zu ziehen.

Ein kleiner harter Kern aber blieb, angetrieben und ermuntert von linksradikalen „Flüchtlingshelfern“, die den „Kampf“ um die Hauptmann-Schule zum Kampf gegen das „System“ erklärten. Selbst nach einem Brand, der die Evakuierung der Besetzer erzwang, wurden sie nach erfolgter Renovierung wieder brav in der Schule abgesetzt. Fünf Jahre lang ließ sich die Politik am Nasenring durch die öffentliche Arena führen und beschädigte dabei das Ansehen der Polizei und anderer staatlicher Institutionen.

Ein gerichtlicher Antrag auf Räumung wurde von den Juristen abgelehnt, ein zweiter dann endlich genehmigt. Aber es dauerte danach noch einmal mehrere Wochen, ehe die Verantwortlichen zur Tat schritten.

Am Morgen des Räumungstages rückten mehrere Hundertschaften Polizei an, nur um festzustellen, dass die Besetzer nicht mehr da waren. Klammheimlich war mit den Besetzern „verhandelt“ worden. In der „Welt“ war zu lesen, der Senat habe eine sogenannte „Kooperationsvereinbarung“ mit den Männern unterzeichnet. Sie erklärten sich darin bereit, in ein neu errichtetes Flüchtlingsheim in bester Innenstadtlage zu ziehen.

Nach ein paar Wochen dürften sie ins „heimatliche“ Kreuzberg zurückziehen. Außerdem würden die Asylverfahren der Männer noch einmal gesondert geprüft, im Rahmen einer Härtefallprüfung würde jeder einzelne Asylantrag noch einmal „durchgecheckt“. So großzügig belohnt der Senat „Geflüchtete“, die sich an keine Regel halten und die Gesetze missachten.

Brisante Fragen

NSU: Der Verfassungsschutz und die Rolle von V-Mann »Piatto«

Relativ spät hat sich auch der brandenburgische Landtag entschlossen, ein mögliches Versagen der Behörden im NSU-Komplex zu untersuchen. Erst im Frühjahr 2016 wurde die Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses (PUA) beschlossen.

Als Zeuge geladen war am 11. Januar nun ein Berliner Anwalt, der einen nigerianischen Asylbewerber vertreten hat. Dieser war in der Nacht vom 8. zum 9. Mai 1992 von fast 20 Personen ins Koma geprügelt und im Scharmützelsee beinahe ertränkt worden. Als Rädelsführer wurde Carsten Sz., ein Berliner Skinhead, später zu acht Jahren verurteilt.

Nach offizieller Darstellung ist Sz. im Sommer 1994 als sogenannter „Selbstanbieter“ während seiner U-Haft zunächst als Informant, ab 1997 dann als V-Mann (Deckname „Piatto“), für den brandenburgischen Verfassungsschutz verpflichtet worden. Vor dem PUA schilderte der Anwalt des Nigerianers nun Erkenntnisse, die darauf hindeuten, eine Zusammenarbeit von Carsten Sz. mit Sicherheitsbehörden könnte womöglich schon im Februar 1992 begonnen haben. Das Datum ist brisant. Brandenburgs Verfassungsschutz war bis Mitte 1993 laut Gesetz die Anwerbung von V-Leuten untersagt.

> War der Informant an einem schweren Verbrechen beteiligt?

Auch der im Raum stehende Verdacht, Carsten Sz. sei im Februar 1992 von einem anderen Dienst, etwa dem Bundesamt für Verfassungsschutz, angeworben worden, ist heikel: Die rechtskräftige Verurteilung von Sz. wegen Mittäterschaft bei dem Mordversuch am 8./9. Mai 1992 könnte bedeuten, dass Sz. als V-Mann eines Nachrichtendienstes an einer schweren Gewalttat beteiligt war.

Durch eine parlamentarische Anfrage der Grünen im Landtag wurde inzwischen auch bekannt, dass das Schmerzensgeld für das Opfer durch das Land Brandenburg bezahlt wurde. Als Zeuge im NSU-Prozess hatte Sz. vor dem Münchner Oberlandesgericht ausgesagt, er sei bereits im Jahr 1991 als V-Mann angeworben worden.

Abzuwarten bleibt, ob weitere Hinweise zum Beginn der Verpflichtung von „Piatto“ erbracht werden können. Wie inzwischen aus Deckblattmeldungen des brandenburgischen Verfassungsschutzes bekannt ist, hat „Piatto“ 1998 seinen V-Mannführern mehrere Hinweise auf das seit Januar 1998 untergetauchte NSU-Trio geliefert. Diese Hinweise scheinen allerdings die Zielfahnder der Thüringer LKA seinerzeit nicht erreicht zu haben.

N.H.

Ringen um Asylkosten

Berliner Bezirk Mitte fühlt sich benachteiligt

Der Regierung des Landes Berlin sind Asylbewerber und „Geduldete“ jährlich fast eine Milliarde Euro wert. Dabei trägt der Bund schon die Wohnkosten. Im Haushalt 2018 hat der Senat 920 Millionen und für das Folgejahr 900 Millionen Euro eingestellt. Der Vergleich mit anderen Haushaltsposten macht die Dimensionen sichtbar. Die Hochschulen in Berlin erhalten 1,2 Milliarden, der Kulturetat beträgt 725 Millionen Euro. Mehr als drei Viertel der Asylsucher genießen nur ein Bleiberecht, sind also nicht Verfolgte im Sinne der Asylgesetzgebung. Das Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten bezeichnet diese 37000 Personen als „statusgewandelt“.

Die Belastung der Bezirke durch untergebrachte Asylanten besteht vornehmlich darin, dass Anwohner die Neuankömmlinge in ihrer Nähe oft nicht dulden wollen. Weitere Kosten entstehen den Bezirken im Bereich Schule und Jugendfürsorge. Inzwischen wird gestritten, wer für welche Hereingelassenen zuständig ist. Laut dem Plan der Landesregierung soll jeder der zwölf Berliner Bezirke je einen Geburtsmonat der Asylsucher zur Betreuung zugeteilt bekommen. Wer gescheiterte Staaten kennt, in denen es keine Standesämter im herkömmlichen Sinne gibt, wundert sich nicht, dass der Bezirk Mitte – zuständig für Januar – nun allein für 6700 „Flüchtlinge“ zu sorgen hat. Bei diesem Personenkreis gilt der Neujahrstag oft pauschal als Geburtsdatum.

> CDU-Politikerin will medizinische Altersüberprüfung

Mitte-Bezirksbürgermeister Stephan von Dassel (Grüne) will daher eine Neuaufteilung durchsetzen. Der Senat zeigt jedoch wenig Neigung dazu. Sozialsenatorin Elke Breitenbach (Linkspartei) erwartet von den Bezirken, dass sie sich einigen.

Eine weitere finanzielle Belastung erwächst durch die 1240 unbegleiteten „Flüchtlingskinder“ unter 18 Jahren und rund 5000 schulpflichtige Kinder in den Asylunterkünften. Seit dem Mord in Kandel ist die Frage der Altersüberprüfung dieses Personenkreises ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt. Die Berliner CDU-Landtagsabgeordnete Cornelia Seibeld fordert eine medizinische Untersuchung des betreffenden Personenkreises als Regelfall. Dazu soll der Senat eine Bundesratsinitiative unternehmen. Zurzeit erfolgt die Überprüfung der Altersangaben von „unbegleiteten Jugendlichen“ durch Inaugenscheinnahme durch das zuständige Amt. Jugendsenatorin Sandra Scheeres (SPD) wies Seibelds Ansinnen als „Unsinn“ zurück.

Hans Lody

MELDUNGEN

Libyer setzen auf Gaddafi junior

Tripolis – Saif ad Din Gaddafi, der zweitälteste Sohn des gestürzten libyschen Diktators, will in diesem Jahr im Präsidentschaftswahlkampf antreten. Ihm werden durchaus Chancen eingeräumt, denn er könnte die Integrationsfigur sein, die für die Einigung und die Stabilität des Landes gebraucht wird. Das Chaos und der anhaltende Staatszerfall, die Aktivitäten des IS und die Auseinandersetzungen zwischen den Milizen haben viele Libyer desillusioniert bezüglich der angeblichen Revolution von 2011, die Gaddafi senior mit westlicher Hilfe zu Fall brachte. Saif, der in London studiert hat, galt schon zu Lebzeiten seines Vaters als moderates Element in der Familie. *B.B.*

Peking gefährdet Flugsicherheit

Taipeh/Peking – Die Regierung der Volksrepublik China hat ohne Absprache mit den Nachbarländern vier Flugrouten über der Taiwanstraße eingerichtet, die sich negativ auf die Flugsicherheit in der gesamten Region auswirken könnten. Damit verstößt sie gegen Vereinbarungen, die im März 2015 in Verhandlungen zwischen den Regierungen in Peking und Taipeh erzielt wurden. Die taiwanesische Regierung bezeichnete Pekings Vorgehen als Provokation, welche den Frieden und die Stabilität in der asiatisch-pazifischen Region gefährde. Staatspräsidentin Tsai Ing-wen erklärte sich jedoch bereit, mit Peking in „verantwortlicher Weise“ zusammenzuarbeiten, um den Konflikt beizulegen und die Beziehungen zwischen beiden Staaten zu verbessern. Auch die US-Regierung kritisiert Peking für die einseitige Einrichtung der Flugrouten und betont, dass Angelegenheiten wie Zivilflugrouten und Sicherheitsfragen gemeinsam von beiden Seiten diskutiert und entschieden werden sollten. *J.H.*

Stabwechsel in Südafrika

Als ANC-Vorsitzenden hat Cyril Ramaphosa Staatspräsident Jacob Zuma bereits abgelöst

Nachdem Cyril Ramaphosa Jacob Zuma am 18. Dezember vergangenen Jahres bereits als Vorsitzender des seit 1994 Südafrika regierenden African National Congress (ANC, Afrikanischer Nationalkongress) abgelöst hat, scheint es nur eine Frage der Zeit zu sein, bis er ihn auch als Präsident der Republik Südafrika ablöst.

Südafrika geht einer neuen Ära entgegen, und der seit 1994 regierende African National Congress (ANC, Afrikanischer Nationalkongress) tut das paradoxerweise, indem er einen alten Kämpen aus den 80er Jahren zurück in die Arena holt. Es handelt sich um den 65-jährigen Ramaphosa, der im Dezember zum Vorsitzenden des ANC gewählt wurde und damit den Anspruch in Händen hält, Jacob Zuma wie im Amt des Parteichefs, so auch in dessen Funktion als Staatspräsident zu beerben. Nach dem Zulu Zuma ist der Venda Ramaphosa der zweite ANC-Chef in Folge, der nicht den Xhosa angehört, dem zweitgrößten Volk Südafrikas, das den ANC maßgeblich trägt.

Ramaphosa verbrachte die Jugend und die Jahre als junger Volljähriger abwechselnd als politischer Aktivist im Gefängnis und mit dem Studium der Rechtswissenschaften. Er hat die Befähigung zum Rechtsanwalt erworben. Im Jahre 1981, als er sein Studium abgeschlossen hatte, wurde er Rechtsberater des Gewerkschaftsdachverbandes Council of Unions of South Africa (Cusa), dem in großem Umfang Kommunisten angehörten. Zugleich war er Generalsekretär des ANC. Als im Jahre 1994 der große Umbruch kam und Nelson Mandela Staatspräsident wurde, stand Ramaphosa hinter ihm in der zweiten Reihe, bereit, in Mandelas Fußstapfen zu treten. Zwar war er dafür wahrscheinlich bestens befähigt, aber er stand in dieser zweiten Reihe nicht allein.

Geraume Zeit vor Mandelas Demission war die Entscheidung über dessen Nachfolge schon gefallen, und zwar zugunsten des Xhosa Thabo Mbeki, der in den Augen der Entscheidungsträger drei Vorteile gegenüber Ramaphosa besaß: Er stammte aus einer bewährten, radikalen ANC-Familie, er gehörte dem richtigen Volk an, und – ein Vorteil für die Männer seiner Umgebung – er hatte eine unübersehbare Neigung zu Rauschmitteln verschiedener Art, was ihn für seine Entourage leicht lenkbar machte.

Ramaphosa musste Mbeki den Vortritt lassen, wurde aber fürstlich abgefunden. Man machte ihn zum Geschäftsführer von Anglo American Südafrika, einem internationalen Großkonzern, der recht diversifiziert aufgestellt ist, vom Bergbau bis zur Lebensmittelproduktion. So hat beispielsweise, wer immer in Südafrika ein Bier trinken möchte, die Wahl zwischen einer großen Anzahl von Marken, die indes bis auf zwei Ausnahmen – das Windhoeker aus Namibia und das Bier des bayerischen königlichen Prinzen Luitpold von Wittelsbach – zu Anglo American gehören.

Allerdings setzte die internationale Hochfinanz, die Südafrikas Wende zum schwarz-regierten Land aus dem Hintergrund gelenkt und geleitet hatte, in Ramaphosas unternehmerische Fähigkeiten offenbar nicht allzu viel Vertrauen. Kaum war er nämlich Geschäftsführer von Anglo American in Südafrika, flaggte das Unternehmen bei der Börse Johannesburg aus und begab sich nach London, jedenfalls schwerpunktmäßig und mit der letztentscheidenden Zuständigkeit. In Johannesburg blieb der Fuß in der Tür, mehr nicht.

Doch während Ramaphosa bei Mandelas Nachfolge hinter Mbeki hatte zurückstehen müssen, weil die Genossen vom ANC seine Führungseigenschaften allzu gut kannten und befürchteten, er könnte zu viel Macht an sich reißen, wurde er von Anglo American und den anderen Großinvestoren, den heimlichen Herrn in Südafrika, unterschätzt. Neben seiner Funktion als Anglo-American-Frühstücksdirektor zog er nämlich ein eigenes Großunternehmen auf, wobei ihm nicht nur der Geldfluss von Anglo American, sondern auch seine politischen Verbindungen zugutekamen. Diese nutzte er aus bis auf den letzten Cent. Er wirkte als Aufsichtsrat in verschiedenen Unternehmen sowie als Manager in der Minenindustrie und bei zwei Großbanken. Heute gehört Ramaphosa zu den zehn reichsten Schwarzen in Südafrika. Das will etwas heißen, denn im Zuge des Umbruchs 1994 wurde die ganze Führungsgilde des ANC mit Millionen überschüttet, Mandela eingeschlossen, hauptsächlich vom Council on Foreign Relations in New York und anderen finanziellen Schwergewichten, soweit diese nicht ohnehin zum Council gehören.

Neben den Millionen wird Cyril Ramaphosa nun auch die Macht zufallen, und die ist in Südafrika entgegen allen westlichen Jubelchören von Freiheit und Demokratie ungeteilt und absolut. So wenig wie der ANC je von seinem Anspruch auf die Führung abstehen wird, so wenig wird sich ein Mann wie Ramaphosa geneigt zeigen, anders zu regieren als es in Afrika üblich ist: autoritär und paternalistisch.

Das muss nicht unbedingt zum Schaden eines Landes sein, in Südafrika jedoch waren die Jahre seit 1994 Jahre des Niedergangs. Das Land, das einst die Spitze unter den afrikanischen Ländern südlich des Äquators eingenommen hatte, wurde in entscheidenden wirtschaftlichen Kennzahlen von anderen, wie beispielsweise Nigeria, überholt. Und wie immer, wenn es abwärts geht, bekommen das die Armen als Erste zu spüren. Südafrika hat 20 Jahre in erheblichem Umfang von seiner früheren Substanz gelebt, die riesengroß war, aber auch sie ist irgendwann aufgebraucht.

Was das Land unter anderem ausbluten lässt, ist der Umstand, dass junge, gut ausgebildete Weiße in Scharen ihre Heimat verlassen, denn dort gibt es ein Gesetz, den Affirmative Action Act, gemäß dem eine berufliche Position, unabhängig von Ausbildung, Eignung und Erfahrung, einem schwarzen Bewerber gegeben werden muss, bevor ein weißer zum Zuge kommt.

Ramaphosa kennt selbstverständlich die Schwierigkeiten in seinem Land, für manche trägt er eine Mitverantwortung. Jetzt kommt es darauf an, ob er weiterhin ihr Nutznießer sein will, ein Kriegsgewinnler in Friedenszeiten, oder ob er die Dinge wandelt; das Zeug dazu hätte er. *Florian Stumfall*



Vorgänger und Nachfolger: Der ANC-Vorsitzende von 2007 bis 2017 und Präsident Südafrikas seit 2009 Jacob Zuma sowie der Vizepräsident Südafrikas von 1999 bis 2005, ANC-Vorsitzende seit 2017 und voraussichtlich nächste Präsident Südafrikas Cyril Ramaphosa (von links) Bild: pa

Syrien nach Russen-Abzug

Angriff auf russische Basen – Erneut Kämpfe in Hama und Idlib

Wir wissen, wer das war. Wir wissen, wie viel und wem sie für diese Provokation gezahlt haben“, teilte Wladimir Putin nebulös mit, nachdem die russische Armee den Angriff von 13 Kampfdrohnen mit Ziel auf die russischen Stützpunkte im syrischen Hmeimim und Tartus erfolgreich abgewehrt hatte. Laut russischem Verteidigungsministerium ist es gelungen, das Betriebssystem von sechs Drohnen zu kapern und drei davon zur Landung zu bringen.

Unmittelbar danach folgten Spekulationen über die Herkunft der Drohnen, die äußerlich zwar wie stümperhaft zusammengezimmerte Eigenbauten aussahen, aber über hochmoderne Technologie wie Satellitennavigation und die Fernsteuerung von Feuerkörpern verfügten. Stimmt zudem noch der von den Russen angenommene Ausgangspunkt, wurden die Fluggeräte rund 70 Kilometer von Hmeimim und zirka 100 Kilometer von Tartus entfernt gestartet. Das erfordert ein gewisses Maß an Kenntnissen und Übung. Hier müsse ein hochentwickeltes Land im Westen geholfen haben.

Der Verdacht fiel daher auf den US-Geheimdienst als Urheber hinter den versuchten Angriffen. Der Beschuldigte beteuerte hingegen, nichts damit zu tun zu haben. Die Drohnen müssten in die Hände von Terroristen gelangt sein. Außerdem seien sie inzwischen auf dem Markt erhältlich.

Laut „Kommersant“ war Ahrar al-Scham, eine salafistische Rebellenmiliz, für den Angriff verantwortlich. Während des Angriffs der Terroristen soll ein US-amerikanisches Aufklärungsflugzeug vier Stunden lang in 7000 Meter Höhe zwischen Tartus und Hmeimim geflogen sein, was Putins Verdacht zusätzliche Nahrung gab. Der russische General Alexander Nowikow erklärte, der in Syrien gefundene Sprengstoff werde unter anderem in der ukrainischen Fabrik Schostka im Nordosten von Kiew hergestellt.

Zahl der Flüchtlinge im Januar wieder gestiegen

Putin sieht darin eine Provokation, mit der die Verhandlungen nach dem Rückzug der russischen Armee aus Syrien torpediert werden sollen. Für Ende Januar hatte Moskau eine Konferenz in Sotschi geplant, auf der man einer Nachkriegsordnung in Syrien näherkommen wollte. Es sollte dabei auch um den umfassenden Wiederaufbau des geschundenen Landes gehen.

Ungewöhnlich ist der überraschende und offenbar als konzertierte Aktion geplante Angriff mit einer solch hohen Zahl von Kampfdrohnen. Es sei der erste bekannte Fall, bei dem so viele Drohnen gleichzeitig ein Ziel attackieren, befand selbst Nick Waters, Analyst bei der britischen Rechercheplattform „Bellingcat“.

Syrien kommt so schnell nicht zur Ruhe. Nachdem der IS aus einer Reihe von Städten zurückgedrängt wurde, scheinen die Terroristen sich in den Untergrund geflüchtet zu haben. Baschar al-Assads Armee hat Ziele in der eigens eingerichteten Deeskalationszone, auf die sich Moskau mit der Türkei und dem Iran im Spätsommer geeinigt hatten und in welcher der Konflikt ruhen sollte, angegriffen. Idlib liegt in dieser Zone. Weil Assad die Stadt angegriffen hat, sagten die Rebellen ihre Teilnahme in Sotschi ab.

Auch Israel ist in Syrien aktiv: Anfang Januar griffen Israelis ein von der Hisbollah-Miliz genutztes Waffenlager an. Nach Gewalteskalation steigt die Zahl der Flüchtlinge wieder. Im Januar wurden 100 000 Menschen aus der Provinz Hama im Norden vertrieben, im Süden flüchten sie aus der Provinz Idlib. *M. Rosenthal-Kappi*

Der lange Arm Hanois

Der vietnamesische Geheimdienst ist auch in Berlin sehr aktiv

Der ehemalige Funktionär der kommunistischen Partei und Manager des staatlichen Öl- und Gaskonzerns PetroVietnam, Trinh Xuan Thanh (51), hatte in Berlin Asyl beantragt. Danach wurde er am 23. Juli 2017 mitten in Berlin am helllichten Tag vom vietnamesischen Geheimdienst gekidnappt. Trinh Xuan Thanh wurde mit einer vietnamesischen Begleiterin in ein Auto gezerrt und wohl über Prag nach Hanoi ausgeflogen. Das Auswärtige Amt erklärte: „Bei der Entführung handelte es sich um einen eklatanten Verstoß gegen deutsches Recht und gegen das Völkerrecht. Dies dulden wir unter keinen Umständen.“ Da Hanoi dreist behauptet, der Ex-Manager sei freiwillig nach Vietnam zurückgekehrt, erklärte ein Sprecher des Auswärtigen Amtes auch: „Für die Entführung gibt es klare Belege.“ Unter anderem wurden Passanten am Berliner Tiergarten Zeugen der Entführung. Berlin wies den nachrichtendienstlichen Leiter der vietnamesischen Botschaft und einen weiteren Botschaftsmitarbeiter aus.

Der scharfe Protest der Bundesregierung hat nicht zu einer Freilassung Trinh Xuan Thanhs geführt. In Hanoi steht er jetzt vor Gericht und ist unter anderem wegen Korruption angeklagt. Schlimmstenfalls droht ihm die Todesstrafe. Seiner deutschen Rechtsanwältin Petra Schlagenhauf wurde die Einreise nach Hanoi verwehrt. Sie hat in einem Interview mit der linken Tageszeitung „Taz“ erklärt: „Diplomaten hatten ein Entführungsflugzeug gechartert. Es ist nachweisbar, dass das Entführungsauto unmittelbar vom Tiergarten in die vietnamesische Botschaft in Berlin fuhr.“



Blogger Bui Thanh Hieu Bild: Leh

„Reporter ohne Grenzen“ hat jetzt gemeinsam mit der „Taz“ in Berlin die Podiumsdiskussion „Der lange Arm von Hanoi? Vietnamesische Journalisten im Berliner Exil“ veranstaltet. Der vietnamesische Blogger und Schriftsteller Bui Thanh Hieu, ein anerkannter Asylant, und der in Berlin lebende Journalist und Unternehmer Khoa Le Trung berichteten über ihre Erfahrungen und die Drohungen, denen sie auch in Deutschland ausgesetzt sind. Der Entführungsfall Trinh Xuan Thanh spielte dabei im Hintergrund auch eine Rolle.

Wie Khoa Le Trung erläuterte, wird er ständig im Internet attackiert und erhält auch Morddrohungen, seit er auf seiner Internetseite „Thoibao.de“ offen über den Entführungsfall auch auf Vietnamesisch berichtet hat. Frühere Anzeigenkunden staatlicher Firmen aus Vietnam wollen nicht mehr auf seiner Webseite geworben werden. „Wir müssen sehr gut aufpassen, wenn wir das Haus oder die Redaktion verlassen“, erklärte Khoa Le Trung. Im Internet wird er unter anderem als „Hund“ und „Volksverräter“ beschimpft. Es wurden Fotos von ihm und seine Privatadresse ins Internet gestellt sowie biographische Angaben über seine noch kleinen Kinder veröffentlicht. „Die Geheimpolizei ist sehr aktiv hier in Berlin“, sagte Khoa Le Trung.

Die Vorsitzende des Bundes vietnamesischer Flüchtlinge in Deutschland, die Ärztin Hoang Thi My Lam, erklärte, wie stark der Entführungsfall die hiesigen Vietnamesen verunsichert hat. Die Facebook-Seite des Bloggers Bui Thanh Hieu wurde zeitweise gesperrt. *Michael Leh*

Ins Elektronetz gegangen

Nordseefische unter Strom gesetzt – EU-Kommission überlegt, die Fischerei mit Elektronetzen zuzulassen

Das offizielle Verbot der sogenannten Elektrofischerei in der EU steht auf dem Prüfstand. Fürsprecher behaupten, dass das Einfangen der Fische mittels Aufschreckens durch Gleichstrom auf dem Meeresboden schonender sei als die Schleppnetzfischerei.

Momentan bestimmt ein bisher kaum bekanntes Thema die Diskussion über die europäische Fischereipolitik. Es geht um die Fischerei mit Elektronetzen. Offiziell ist die Elektro- beziehungsweise E-Fischerei in der Europäischen Union seit 1998 verboten. Dementsprechend hat die Meldung, dass in jedem EU-Staat trotzdem bereits seit 2007 bis zu fünf Prozent der Schleppnetz-Fangschiffe mit Elektronetzen fischen dürfen, für einige Überraschung gesorgt. Am 16. Januar beschäftigte sich das EU-Parlament mit dieser Fangpraxis. Anlass ist die vorgesehene Ausweitung der umstrittenen E-Fischerei oder Pulsfischerei. Ob das Ergebnis der Parlamentsabstimmung Einfluss auf die Entscheidung der EU-Kommission und des Ministerrats hat, wird sich zeigen. Beide Gremien hatten sich schon vor zwei Jahren dafür ausgesprochen.

Bevor die E-Fischerei für weitere negative Schlagzeilen sorgt und der Bürgerprotest zunimmt, könnte die EU-Kommission bereits Tatsachen geschaffen haben. Ursprünglich stand die Entscheidung über die erweiterte Zulassung erst für die Jahresmitte an. Doch offenbar haben es die Brüsseler Beamten jetzt eilig. Man spekuliert vermutlich darauf, dass sich die hitzige Diskussion über das Für und Wider der Fangmethode nach der gemeldeten Freigabe der neuen Fangpraxis bald wieder beruhigen wird. Das könnte sich aber als Irrtum erweisen.

Besonders unter den Nordseeanrainern sorgt das Vorhaben, die E-Fischerei als „konventionell“ zu deklarieren, für erhebliche Unruhe. Was die Niederländer als modernes Verfahren zum schnellen und schonenden Fischfang loben, wird von den Franzosen und Briten sowie unter anderem von einer Gruppe von 17 internationalen Umweltorganisationen als zerstörerisch, unmoralisch und unrechtmäßig gegeißelt.



Hat bald ausgedient, wenn die E-Fischerei erlaubt wird: Krabbenkutter mit herkömmlichem Schleppnetz Bild: Imago

Bei der Schleppnetzfischerei mit Elektronetzen ziehen die Fangschiffe mit Elektroden gespickte Netze in geringer Höhe über den Meeresboden. Durch die in den Meeresboden ausgesendeten elektrischen Impulse werden Krabben und Plattfische wie Schollen, die sich am Meeresboden verstecken, hochgescheucht. Mit verkrümmter Muskulatur landen sie unweigerlich im Netz, und zwar in viel größerer Zahl als bei der üblichen Fangmethode mit Grundschleppnetzen. Die Rede ist von der fünffachen Menge an Krabben, aber auch bis zu 20 Prozent mehr Seezungen und Schollen.

Britische und französische Fischer, die diese Methode ablehnen, verweisen auf die Gefahr der Überfischung und Konsequenzen für die Unterwasserfauna und Flora. Auch kursieren immer mehr Berichte von Fischern über verstümmelte, verkrüppelte und tote Fische in ihren Netzen, was sie auf die Pulsfischerei zurückführen. Deren erklärte Gegner führen die Chinesen als warnendes Beispiel an. Sie hatten diese Praxis schon vor Jahren erlaubt und dann wieder verboten, weil immer größere Teile des Chinesischen Meeres mit dieser Fangmethode leergefischt wurden.

Die Meeresschutzorganisation „Bloom“ mit Sitz in Paris hat in einem Brandbrief an Fischereikommissar Karmenu Vella appelliert, dem Beispiel Frankreichs zu folgen und diese „zerstörerische, unrechtmäßige und unmoralische“ Fangmethode vollständig zu verbieten. Die E-Fischerei sei wegen ihrer „Über-Effizienz“ und starker negativer Auswirkungen extrem gefährlich. Bloom weist die Behauptung der EU-Kommission zurück, die neue Methode sei für den Meeresboden schonender als die bisher in der Bodenfischerei angewandte Schleppnetzfischerei, wobei der Meeresboden aufgerissen wird.

Man dürfe die Stromschlag-Praxis nicht als nachhaltig deklarieren, nur weil sie im Vergleich mit der verheerendsten Methode im Hinblick auf den Meeresboden besser abschneidet. In dem Brief wird der EU-Kommission ferner Betrug und Manipulation im Zusammenhang mit der seit 2007 geltenden Teilgenehmigung vorgeworfen. Nur durch ihre starke Lobby hätten die Niederländer seinerzeit dieses Ziel erreicht. Die EU-Kommission habe sich über seriöse wissenschaftliche Expertisen, unter anderem des eigenen Gutachtergremiums, hinweggesetzt. Darin steht vermerkt, dass erst eine Reihe von Problemen gelöst werden müssen, bevor irgendeine Ausnahmeregelung genehmigt werden kann.

Bloom hat vor der europäischen Union Klage gegen die Niederlande eingereicht, weil sich das Land nicht an die Fünf-Prozent-Abmachung hält. Insgesamt sind 84 holländische Fangboote und damit 28 Prozent der Schleppnetzflotte mit Elektronetzen unterwegs anstatt der erlaubten 15. Diese Lizenzen seien illegal, sie seien unter dem Vorwand der „wissenschaftlichen Forschung“ als „Pilotprojekt“ erschlichen. Ein anderer Klagepunkt bezieht sich auf die gesetzliche Vorgabe der maximalen elektrischen Spannung von 15 Volt an den Elektroden. Die niederländischen E-Fischereischiffe seien mit Schleppnetzen unterwegs, die mit einer Spannung von 40 bis 60 Volt ausgestattet sind. In Deutschland sind zwölf Fangschiffe mit E-Netzen im Einsatz. *D. Jestrzemski*

MELDUNGEN

USA importieren russisches Gas

Boston – Anhaltende Polarkälte an der Ostküste der USA hat dort zu einem eklatanten Anstieg des Gaspreises geführt. Offenbar müssen sich die USA wegen der Kältewelle auf dem Weltmarkt mit Flüssiggas (LNG) versorgen. Wie bekannt wurde, sind mehrere russische LNG-Tanker von der Halbinsel Jamal nach Großbritannien gestartet, von wo aus das Flüssiggas nach Boston weiterverschifft wird. Das Kuriosum: Der russische Lieferant Nowatek steht auf der US-amerikanischen Sanktionsliste, weil einer der Hauptaktionäre, Gennadij Timtschenko, aus Wladimir Putins innerem Machtzirkel kommen soll. *MRK*

Russland-Handel eingebrochen

Berlin –Seit Beginn der EU-Wirtschaftssanktionen gegen Russland ist der Außenhandel zwischen Deutschland und Russland drastisch eingebrochen. Nach Angaben der Bundesregierung gingen die deutschen Ausfuhren nach Russland von 29,3 Milliarden Euro 2014 auf 19,5 Milliarden Euro zwischen Januar und September 2017 zurück. Auch die Einfuhren aus Russland nach Deutschland sanken von 38,4 Milliarden Euro 2014 auf 23,3 Milliarden Euro bis September 2017. *J.H.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
1.972.800.257.904 €
Vorwoche: 1.972.846.010.950 €

Verschuldung pro Kopf:
23.826 €
Vorwoche: 23.827 €

(Dienstag, 16. Januar 2018, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Tesla in der Defensive

US-Multis und Chinesen greifen den Branchenführer an

Über eine halbe Million Vorbestellungen sollen für das „Model 3“ des Elektroautoherstellers Tesla vorliegen. Diese hohe Zahl ist nicht nur mit einer großen Nachfrage, sondern auch mit einem geringen Angebot zu erklären. Angepeilt hatte der US-Autobauer, pro Woche 5000 Fahrzeuge des begehrten Modells auf den Markt zu bringen, aber das Unternehmen verfehlt seine Produktionsziele deutlich. Wie aus einem Investorenbrief vom 3. Januar hervorgeht, konnten im letzten Quartal des vergangenen Jahres insgesamt nur 1550 Stück des neuen Modells ausgeliefert werden.

Der Grundpreis des Fahrzeugs liegt bei 35 000 US-Dollar, Teslas bisheriges Erfolgsprodukt „Model S“ schlägt mit rund dem dreifachen Preis zu Buche. Die Erwartungen bei Tesla, aber auch bei den Investoren sind hoch: Der neue Mittelklassewagen „Model 3“ sollte dem kalifornischen Unternehmen den Durchbruch in den Massenmarkt und schwarze Zahlen bringen. Die Firma führt die Schwierigkeiten auf Produktionsengpässe in der Batteriefabrik in Nevada zurück.

Allerdings wird auch von Problemen bei der Endfertigung berichtet. Firmenchef Elon Musk selbst hatte vergangenes Jahr sogar von einer „Produktionshölle“ im Zusammenhang mit dem neuen Automodell gesprochen.

Teslas Probleme, eine Massenfertigung aufzubauen, könnten jenen Autobauern eine Chance geben, die über jahrzehntelange Massenproduktionserfahrungen verfügen. Mit über 100 000 verkauften E-Autos im Gesamtjahr 2017 ist Tesla in diesem Segment zwar immer noch der führende Hersteller, allerdings holen traditionelle Kraftfahrzeugmultis wie General Motors oder Nissan auf. Sieht man vom Berg an Vorbestellungen ab, liegt etwa der Chevrolet „Bolt“ bei den tatsächlichen Verkaufszahlen vor dem „Model 3“. Zudem haben mehrere etablierte Autobauer angekündigt, ab 2020 eine ganze Palette von E-Autos auf den Markt bringen zu wollen.

> Der E-Auto-Hersteller hat Probleme mit der Massenfertigung

Auch in China wächst dem Pionier der Elektromobilität neue Konkurrenz heran. Das Land ist weltweit der größte Absatzmarkt für Autos, zudem setzt die politische Führung in Peking darauf, China zum Vorreiter bei der Elektromobilität zu machen. Gleich mehrere chinesische Unternehmen versuchen, mit potenten Geldgebern im Rücken und eingekauften westlichen Experten dem US-Autobauer Tesla Konkurrenz zu machen. Gute Chancen werden dabei dem chinesischen Hersteller Nio eingeräumt, der auf der Shanghaier Automesse im April vergangenen Jahres gleich elf Elektromodelle vorgestellt hat.

Nio hat westliche Spitzenkräfte aus der Automobilbranche verpflichtet und bei Kapitalgebern rund 1,7 Milliarden US-Dollar eingesammelt. Zudem hat Nio eine Zusammenarbeit mit etablierten chinesischen Autoherstellern wie JAC und Changan vereinbart und setzt auf renommierte Zulieferer wie Magna.

Branchenexperten sehen auch für das chinesische Start-up-Unternehmen „Byton“ (Bytes on Wheels) gute Chancen. Das Unternehmen hat sehr ambitionierte Pläne für ein hochwertiges batteriebetriebenes SUV-Fahrzeug, das ab 2019 zunächst in China und ab 2020 dann weltweit auf den Markt kommen soll. Byton soll zur Umsetzung seiner Ziele sogar einen erfahrenen Manager verpflichtet haben, der früher für BMW gearbeitet hat. *Norman Hanert*

Irans Freisler

Von Bodo Bost

Der Iran ist nach der Volksrepublik China das Land, in dem die meisten Todesurteile ausgesprochen werden. Derjenige, der für die meisten dieser Todesurteile verantwortlich ist, der Oberster Richter und damit Vorsitzender der Justiz des Iran vom 14. August 1999 bis zum 15. August 2009 Ajatollah Sejjed Mahmud Haschemi Schahrudi, hatte sich am 21. Dezember mit einem von der deutschen Botschaft in Teheran ausgestellten Visum nach Deutschland begeben, um sich in Hannover unter der Regie eines iranischen Arztes einer Gehirntumor-Operation zu unterziehen.

Schahrudi, einer der engsten Vertrauten von Staatsoberhaupt Ajatollah Sejjed Ali Khamenei, gilt als potenzieller Nachfolger an der Spitze des Iran. Ein Sprecher des Auswärtigen Amtes hatte bestätigt, dass sich der einflussreiche Ajatollah seit mehreren Wochen in Hannover aufhält. Der Iraner habe um eine medizinische Behandlung in Deutschland gebeten. Die Bundesregierung sei dem Wunsch nachgekommen, „nachdem gesundheitliche Gründe glaubhaft gemacht worden“ seien.

Obwohl das Auswärtige Amt als Aufsichtsbehörde über die deutsche Botschaft wusste, mit wem man es zu tun hatte, wurden keine Ermittlungen aufgenommen. Erst nachdem durch die Medien durchgesickert war, wer sich da in Hannover behandeln ließ, erfolgten die ersten Strafanzeigen gegen den Blutrichter. Diese wurden jedoch dann so langsam bearbeitet, dass dem Blutrichter genügend Zeit blieb, mit seiner Begleitung Deutschland wieder ungeschoren zu verlassen.

In einer auf der Homepage der iranischen Oppositionsbewegung „Nationaler Widerstandsrat des Iran“ (NWRI) veröffentlichten Erklärung hieß es, mehrere ehemals politisch verfolgte Iraner hätten Strafanzeige gegen Schahrudi gestellt und am Flughafen gegen dessen Ausreise protestiert. Der Grünen-Politiker Volker Beck, der selbst auch eine Strafanzeige eingereicht hatte, verlangte eine Untersuchung des Falles im Bundestag. Dieser müsse klären, wer seit wann von Schahrudis Aufenthalt gewusst habe und warum keiner der Eingeweihten eine Strafanzeige gestellt habe. "Die Ausreise Schahrudis ist beschämend", erklärte Beck weiter. Beck hatte zuvor den Druck auf die Bundesregierung erhöht. „Wir dürfen kein Sanatorium für Menschenrechtsverbrecher sein, sondern müssen sie zur Verantwortung ziehen“, sagte Beck der „Bild“. „Wenn die Bundesregierung hier dem Organisator der massenhaften Ermordung durch die iranische Justiz diplomatische Immunität gewährt hätte, wäre das ein großer Fehler“, so der ehemalige Vorsitzende der deutsch-israelischen Parlamentariergemeinde weiter.

Blutrichter Schahrudi, der Zehntausende von Iranern in die Flucht getrieben hat, spielte im Iran die Rolle, die Roland Freisler mit seinem Volksgerichtshof in NS-Deutschland gespielt hat. Ihn zu verhaften wäre deshalb auch eine Maßnahme zur Fluchtursachenbekämpfung gewesen, die von allen Parteien gefordert wird. Dass er ungestraft davonkommen konnte, entlarvt auch die Bundesregierung, die vehement Vergangenheitsbewältigung von den eigenen Bürgern einfordert, aber mit ihrem Agieren in diesem Fall bewiesen hat, dass sie selbst wohl nichts aus der Vergangenheit gelernt hat.

Bodo Bost

Cheblis doppelter Irrtum

Von Hans Heckel

Der oftmals offen und aggressiv vorgetragene Judenhass islamischer Asylsucher bringt die Multikulti-Fraktion in Erklärungsnöte. Statt Deutschland „bunter und toleranter“ zu machen, kehrt mit vielen orientalischen Zuwanderern ein Ungeist in voller Blüte zurück, den die Deutschen in sieben Jahrzehnten mühsamer Arbeit aus ihrem Land getilgt zu haben meinten.

Kleinreden oder einfach ignorieren kann man das Phänomen nicht mehr. Daher scheint nun die Zeit für hochtönende Ablenkungsmanöver gekommen zu sein. Sawsan Chebli, Staatssekretärin der rot-rot-grünen Berliner Landesregierung, sagte, sie „fände es sinnvoll, wenn jeder, der in diesem Land lebt, verpflichtet würde, mindestens einmal in seinem Leben eine KZ-Gedenkstätte besucht zu haben. Das gilt auch für jene, die neu zu uns gekommen sind“.

Sie versucht damit gezielt, die alteingesessenen Deutschen auf eine Stufe mit jenen muslimischen Asylsuchern zu stellen, die nichts dabei finden, „Jude“ als Schimpfwort zu benutzen und die mit Hetzparolen wie „Juden ins Gas!“ bereits durch deutsche Straßen marschiert sind – eine Dreistigkeit sondergleichen, die nur dem Zweck dient, den importierten Antisemitismus zu relativieren, indem man etwaige Restbestände deutscher Judenfeindlichkeit auf die gleiche (und daher gleichermaßen zu therapierende) Stufe stellt.

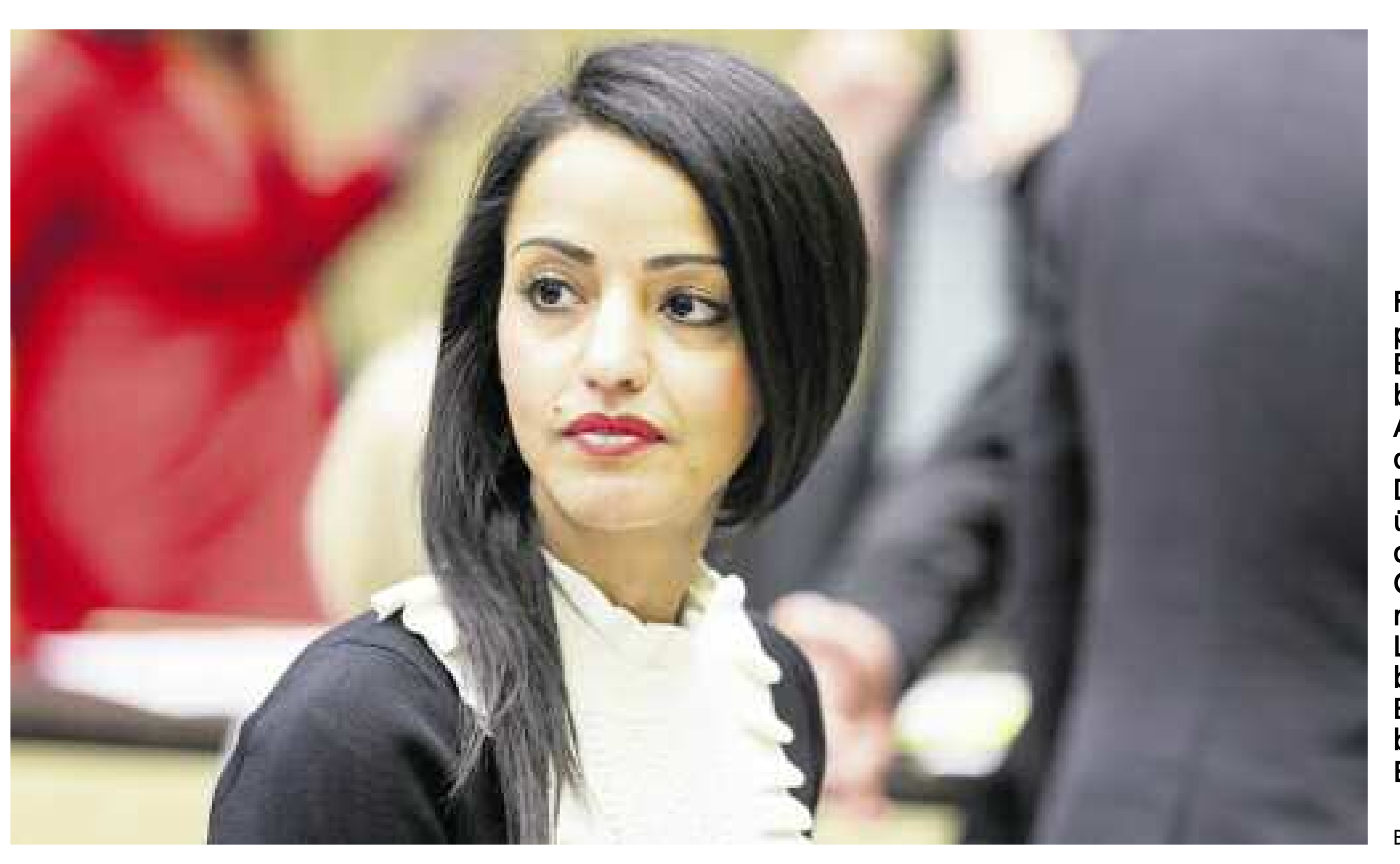
Wer Integration will, muss Deutschlands helle Seiten betonen

Auf die Frage der *PAZ*, wie Chebli solch eine „Verpflichtung“ durchsetzen will, ob die Nichteinhaltung derselben geahndet werden solle und wenn ja, wie, hat die Behörde der Staatssekretärin bis Redaktionsschluss nicht geantwortet.

Und dient so eine Maßnahme bei Zuwanderern wirklich der „Integration“? Eingefleischte Judenhasser unter ihnen lassen sich von einem KZ-Besuch gewiss kaum umstimmen. Schlimmstenfalls fühlen sie sich von dem Gesehenen gar noch in zynischer Weise „angeregt“.

Bei den Zugänglichen unter den Zuwanderern stellt sich die Frage, ob es deren Integration wirklich zuträglich ist, wenn sich Deutschland ihnen schwerpunktmäßig ausgerechnet mit dem schwärzesten Punkt seiner Geschichte vorstellt. Um jemandem die eigene Stadt, die Region oder das Land näherzubringen, stellen andere Nationen ihre Vorzüge in den Vordergrund, nicht ihre Abgründe.

Die Abgründe sollen nicht verschwiegen werden. Aber wer will, dass sich ein Zuwanderer mit unserem Land und dem Gedanken der Zugehörigkeit zu Deutschland anfreundet, der sollte die zahlreichen lichten Seiten unserer Nation in den Mittelpunkt stellen, auf dass der Neue das Hineinwachsen in dieses Volk als attraktiv empfindet. Eine positive Identität lässt sich nun einmal nicht aus negativen Bezügen herleiten.



Fordert verpflichtende KZ-Besuche für alle, bleibt aber die Antwort schuldig, wie die Durchführung überprüft werden soll: Sawsan Chebli, Bevollmächtigte des Landes Berlin beim Bund und Beauftragte für bürgerliches Engagement

Bild: Imago

Gegenwind



»Österreich-Ungarn ist wieder da«

Von Florian Stumfall

Dass die schwarz-blaue Regierungsbildung in Österreich bei allen politisch korrekten Beobachtern und Kommentatoren Empörung und Entsetzen auslöste, hat nicht überraschen können. Ein SPD-Würdenträger im Deutschen Bundestag bemühte sogar eine Kategorie, die ansonsten nicht nur seiner Partei fremd ist, wenn es über das Bemühen der Nazi-Keule hinausgeht: „Österreich-Ungarn ist wieder da. Mit Kanzler Kurz, Burschenschafter Strache und Brandstifter Orbán geht's im Dreivierteltakt nach rechts. Ade, felix Austria!“

In der Tat hat dieser Genosse in seinem dumpfen, gehässigen Ahnen erkannt, dass wir sind, was die Geschichte aus uns gemacht hat, und, zweitens, dass es eine Welt gibt, die über das Herrschaftsgebiet der bundesdeutschen Systemmedien hinausreicht. Das wurde nicht erst seit der Konstitution der Visegrád-Gruppe offenbar.

Diese bildete sich als, wie es genannt wird, „halboffizielles Binnen-Bündnis“ der Länder Polen, Tschechische Republik, Slowakei und Ungarn innerhalb der EU, und zwar ohne rechtliche Form oder Struktur. Es geht dabei einfach um eine erleichterte regionale Zusammenarbeit – im Grunde nichts als eine natürliche Reaktion auf den gleichmacherischen Zentralismus der Brüsseler Behörden.

Diesen und den Systemmedien ist die Visegrád-Gruppe spätestens dann unangenehm aufgefallen, als ihre Mitglieder, allen voran Polen und Ungarn, zu verstehen gaben, dass sie die Gäste der Kanzlerin Angela Merkel, die diese aus der halben Welt unkontrolliert nach Deutschland eingeladen hatte, ihrerseits nicht beherbergen wollen. Das ist die eine Sünde wider den Geist von Brüssel. Die andere erscheint womöglich noch unverzeihlicher: Hauptsächlich in Prag und Budapest bemüht man sich darum, den Gesprächsfaden mit Russland, von der EU und maßgeblichen ihrer Mitgliedsstaaten, allen voran Deutschland, über Gebühr gespannt und beansprucht, nicht völlig abreißen zu lassen. Im Gegensatz zu offiziellen EU-Linie, vorgegeben von den USA, ist man bei Visegrád der Meinung, gute Beziehungen zu benachbarten und dabei wichtigen Ländern seien besser als schlechte. So eine Auffassung gehört zwar eigentlich zum unverzichtbaren Vademecum der diplomatischen Grundausstattung, hat aber vor allem in Berlin und Brüssel ihre Gültigkeit längst verloren. Dort spricht man lieber vorwurfsvoll von „Putin-Verstehern.“

Die Kolumne: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Soweit die Lage vor der Wiener Regierungsbildung. Dass sie durch eine rechtsbürgerliche Koalition nicht an Delikatesse verloren hat, liegt auf der Hand. Tatsächlich hat auch sofort Ungarn, ganz im Gegensatz zu den westlichen Nachbarn Österreichs, offen auf die Regierung Kurz in Wien reagiert und wissen lassen, dass man mit einer engeren Zusammenarbeit rechnet, vor allem auf den Feldern „Migration und die Rolle Mitteleuropas in der EU“.

Österreichs Vize-Kanzler Heinz-Christian Strache von der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) äußerte seinerseits die Bereitschaft, mit der Visegrád-Gruppe gute Nachbarschaft zu halten: „Österreich sollte mit diesen Staaten vermehrt zusammenarbeiten, vielleicht sogar Mitglied der Visegrád-Gruppe werden.“

An dieser Stelle lohnt sich ein Blick auf die westliche Nachbarschaft Österreichs, nämlich nach Bayern. Erst vor einigen Tagen hatte die dort regierende CSU zu einer Klausurtagung den ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán eingeladen, wohl wissend, welche Empörung sie dadurch bei allen deutschen Linken und Korrekten auslösen würde, und ohne jede Bereitschaft, solcher Empörung irgendwelches Gewicht beizumessen. Auch hier wird die Geschichte wirksam. Zwischen Ungarn und Bayern gibt es seit 1000 Jahren, also noch vor der Gründung Österreichs, enge Beziehungen, und beide Seiten sind sich bis heute dessen bewusst, was sich bis in die konkrete Politik auswirkt.

Was nun Österreich und die Visegrád-Gruppe angeht, so widmete vor wenigen Wochen die große Wiener Tageszeitung „Die Presse“ dem Thema eine ganze Seite 1. Angesichts dessen, dass Österreich in der zweiten Jahreshälfte 2018 den EU-Vorsitz übernehmen wird, gewinnen Wiens Beziehungen zu Visegrád erheblich an Bedeutung. „Denn das von der Regierung in Wien favorisierte Reformszenario einer EU, die sich im Sinne der Subsidiarität auf die wesentlichen, für gemeinsame Lösungen geeignete Themen fokussiert, findet auch in der Region Anklang – wobei die in Ungarn, Tschechien, Polen und der Slowakei mit Abstand beliebteste Lösung ‚weitermachen wie bisher‘ lautet.“

Es fällt nicht schwer festzustellen, dass dies die perfekte Kontra-Position zu den Vorschlägen des französischen Präsidenten Emmanuel Macron darstellt, die, in alter Tradition seines Landes, auf immer mehr Zentralismus hinauslaufen. Wer ratlos in der Mitte zwischen diesen beiden Auffassungen steht, ist Kanzlerin Merkel und mit ihr die ganze deutsche Politik. Dazu kommt laut einer Untersuchung, dass die Visegrád-Staaten Deutschland zwar als sehr wichtig in der EU ansehen, seine Beliebtheit aber seit einer Vergleichsstudie aus dem Jahr 2015 deutlich abgenommen hat. „Besonders auffällig“, so schreibt „Die Presse“ in Wien, „ist die Verschlechterung in Ungarn und Polen – also jenen Ländern, die gegen die von Deutschland und der EU-Kommission forcierte Umverteilung von Flüchtlingen auf alle EU-Mitgliedsstaaten opponiert haben“. Umgekehrt hat Österreich bei den betroffenen Ländern sein Ansehen wegen seiner Rolle bei der Sperrung der Westbalkanroute für Immigranten Anfang 2016 deutlich erhöht. Deutschland verliert, Österreich gewinnt – zu glauben, es komme nur auf die Größe an, ist ein Irrtum, einer der Grundirrtümer der EU.

Mit Visegrád also wird man rechnen müssen, auch wenn die Länder untereinander nicht in allen Belangen einig sind. So muss Polen von Brüssel mit einem Artikel-7-Verfahren rechnen wegen der Gerichtsreform, die Warschau durchgeführt hat. Ungarn hat bereits zugesichert, sich in dieser Sache an die Seite Polens zu stellen, die Tschechische Republik und die Slowakei tun das nicht. Es gibt also nicht nur innerhalb der EU Bruchstellen, sondern auch bei der Visegrád-Gruppe. Ein untrügliches Zeichen der Solidarität indes gab der neue polnische Premier Mateusz Morawiecki, der seine erste Auslandsreise im Amt nicht nach Brüssel oder Berlin oder meinetwegen Paris, sondern nach Budapest unternahm.

Bei dieser Gelegenheit kamen Gastgeber Orbán und Morawiecki ausführlich auf das Problem der Immigration zu sprechen. Die Politik der EU sei „spektakulär gescheitert“, so Orbán, aber man müsse damit rechnen, dass es 2018 zu großen Konfrontationen kommen werde, wenn eine große Zahl von EU-Staaten eine für alle gültige Asylpolitik zu „erzwingen“ suche. Ungarn aber wolle nicht in einem „Imperium“ leben, sondern in einem „Bündnis freier Länder“.

Der Autor: Florian Stumfall ist ein christsoziales Urgestein. Unter anderem war der 1943 geborene promovierte Politikwissenschaftler ein Vierteljahrhundert lang Redakteur beim „Bayernkurier“. In mehreren Büchern hat er das Zeitgeschehen aus konservativer Weltsicht aufs Korn genommen.

Es ist also nicht nur die Nachbarschaft, welche die vier Visegrád-Staaten zusammengeführt hat, sondern eine grundlegend andere Auffassung vom eigenen Staat und seiner Zukunft, als sie von der EU propagiert wird. In dieser Lage kommt dem jungen österreichischen Kanzler Sebastian Kurz eine wichtige Rolle zu, nicht nur während des halben Jahres, in dem Österreich den EU-Vorsitz innehaben wird. Es geht um Subsidiarität oder Zentralismus, um ein liberales System oder ein gelenktes, und dass die EU den Ländern, die mehr Liberalität wollen, diese abspricht, zeigt, wie verworren die Lage der EU in ist.

Von Black auf Weiß

Die kontrastreiche Karriere eines der größten Schlageridole – Vor 75 Jahren kam Roy Black zur Welt

Mit seinem Hit „Ganz in Weiß“ gelang Roy Black 1966 der Durchbruch in der Schlagerbranche. Auch als Schauspieler in Ulkfilmen wie „Immer Ärger mit den Paukern“ gefiel er einem großen Publikum. Anfang der 1970er Jahre blieben die großen kommerziellen Erfolge aus, doch dank seiner treuen Fangemeinde konnte er weiterhin im Showbusiness mitmischen. Schließlich wurde er zur Schlagerlegende.

Es war seine Bestimmung, in der ersten Blütezeit des deutschen Schlagers berühmt zu werden, als diese Musikrichtung noch keinen Kultstatus hatte wie heute. „Progressive“ Kritiker und ein Großteil der Jugendlichen taten Schlagermusik damals im Wettbewerb mit anderen musikalischen Trends wie dem Beat als altbacken und geschmacklos ab. Gerade gegen ihn, den Frauenschwarm mit dem betörenden Schmelz in der Stimme, führten einzelne Medien eine Schmähkampagne. Das belastete den sensiblen Künstler, der selbst dem Rock 'n' Roll zugetan war, schon am Beginn seiner Karriere.

Gerhard Höllerich, wie Roy Black mit bürgerlichem Namen hieß, wurde am 25. Januar 1943 in Straßberg bei Augsburg geboren. Er wuchs in Göggingen auf, dem heutigen Stadtteil von Augsburg. Als Primaner des Augsburger Holbein-Gymnasiums trat er seit 1963 mit seiner Rock 'n' Roll-Band „Roy Black & his Cannons“ in Diskotheken und in den Kasernen der GIs auf. Den Künstlernamen Roy Black hatte er selbst erfunden, indem er den Vornamen des von ihm bewunderten amerikanischen Sängers Roy Orbinson mit seinem Spitznamen „Blacky“ verband, den ihm sein schwarzes Haar eingetragen hatte.

Bei einem Talentwettbewerb in Augsburg im Juni 1964 waren unter den 1200 Zuschauern auch Talentsucher der Plattenfirmen Telefunken, Philips und Polydor, so auch der Produzent Hans Bertram, der schon Bernd Spier unter Vertrag hatte. Er interessierte sich nur für Roy Black, der aber ohne seine Cannons erst einmal nicht zu haben war. Zusammen spielten sie einige Songs ein und gingen damit auf Werbetournee durch Süddeutschland. Bekannt wurde Roy Black jedoch erst als Solo-Sänger mit dem Rolf Arland-Titel „Du bist nicht allein“.

Von Arland und dem versierten Schlagertexter Kurt Hertha stammt auch der Evergreen „Ganz in Weiß“, Roy Blacks größter Erfolg. Das Schmusestück hielt sich 14 Wochen auf Platz 1 in Deutschland, in Österreich sogar 20 Wochen, und wurde inmitten der Beat-Welle erfolgreichster Musiktitel des Jahres. Im Hintergrund steuerte Elisabeth Bertram, die Ehefrau seines Managers, Roy Blacks kometenhafte Karriere. Als Moderatorin bei Radio Luxemburg hatte sie großen Einfluss auf das Musikprogramm. „Ganz in Weiß“ verkaufte sich 1966 rund 2,5 Millionen Mal. Immer noch ist der Song eine beliebte Eröffnungstanzmusik auf Hochzeitsfeiern.

Insgesamt komponierte Rolf Arland 39 Titel für Roy Black. Bis 1969 erreichten alle seine Singles die Top Ten der deutschen Hitparade. Seine meistverkauften Studioalben waren „Roy Black“, „Roy Black 2“ (1966/67), „Ich hab dich lieb“ (1969) und die von Dieter Bohlen produzierte LP „Rosenzeit“ (1991).

Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre übernahm Roy Black Hauptrollen in zahlreichen deutschen Filmkomödien, oftmals an der Seite von Uschi Glas. Er war Stammgast in der Hitparade mit Dieter Thomas Heck und wurde wie kaum ein anderer Sänger der Branche mit Medien-Auszeichnungen überhäuft, darunter der „Bravo Otto in Gold“ und der „Goldene Löwe“ von Radio Luxemburg. Seinen letzten Nummer-Eins-Titel „Schön ist es auf der Welt zu sein“ sang Roy Black 1971 mit der damals zehnjährigen Norwegerin Anita Hegerland. 1,2 Millionen Exemplare wurden davon verkauft. Danach wurde es stiller um ihn. Seine Singles erreichten kaum noch die oberen Plätze der deutschen Hitparade, seine Konzerte waren nicht mehr ausverkauft. Roy Black war aus der Mode gekommen.



Frauenschwarm mit Schmelzstimme: Roy Black am Bodensee im Jahr 1973 Bild: pa

Zunehmend fühlte er sich unwohl in seiner Rolle als Strahlemann, der immer nur die heile Welt besang. Geldsorgen stellten sich ein und Ärger mit dem Finanzamt. Um über die Runden zu kommen, absolvierte er jährlich Hunderte von Live-Auftritten.

Privat erlebte Roy Black ebenfalls Höhen und Tiefen. 1974 heiratete er seine langjährige Freundin Silke Vagts, 1976 kam Sohn Torsten zur Welt. Die Ehe litt wegen seiner persönlichen Probleme und wurde 1985 geschieden. Depressionen und Selbstzweifel versuchte er mit Alkohol und Tabletten zu betäuben. Häufig berichtete die Klatschpresse über die schwierige Situation des ehemaligen Schlageridols. Nach einem Konzert in der Royal Albert Hall in London und einer Tournee durch die DDR – als erster westdeutscher Schlagersänger – startete er Mitte der 1980er Jahre ein Comeback. Mit neuen Liedern und Adaptionen von Welthits feierte er wieder Erfolge, wenngleich auf bescheidenerem Niveau. Im Mai 1986 musste er sich einer Herzoperation unterziehen.

1990/91 sah man Roy Black wieder als Schauspieler an der Seite von Uschi Glas in der TV-Serie „Ein Schloss am Wörthersee“. Angeblich plante er, Chansons von Jacques Brel und eigene Lieder zu singen, es hätte sein Spätwerk werden sollen. Doch dazu sollte es nicht kommen. Er starb am 9. Oktober 1991 in seiner Fischerhütte im oberbayerischen Heldenstein am Inn. Wahrscheinliche Todesursache war Herzversagen durch Alkoholvergiftung. Roy Black hinterließ seine Lebensgefährtin Carmen Böhnung und die gemeinsame, erst vier Wochen alte Tochter Nathalie.

Zur Erinnerung an ihren Freund bildeten die Augsburger „Cannons“ nach seinem Tod wieder eine Band. Von Zeit zu Zeit treten sie noch mit alten und neuen Songs auf. *D. Jestrzemski*

MELDUNGEN

Einmal »Blowin' in the Wind«

Frankfurt am Main – Dass ein Literaturnobelpreisträger zu Konzerten nach Deutschland reist, kommt nicht alle Tage vor. Daher sollte man nicht die Gelegenheit verpassen, wenn der Sänger Bob Dylan, der 2016 für seine lyrischen Gesangstexte die Auszeichnung erhielt, im April mit seiner Band nach Ulm (12.4.), Leipzig (18.4.), Krefeld (19.4.), Bielefeld (21.4.), Nürnberg (22.4.) und Baden-Baden (23.4.) kommt. Eintrittskarten sind ab sofort über www.ticketmaster.de, kostenpflichtiges Kartentelefon 01806/9990000, sowie www.eventim.de, kostenpflichtiges Kartentelefon 01806/570000, erhältlich. *tws*

Herbert Reinoß gestorben

Gütersloh – „Märchenland der Kindheit“ nannte Herbert Reinoß seine Heimat Ostpreußen, die er in vielen Buchtiteln zum Thema machte. Der aus Schwarzberge bei Lyck stammende Autor und Verlagslektor veröffentlichte Romane, Erinnerungsbücher und humoristische Werke. Am 29. Dezember starb er kurz vor seinem 83. Geburtstag in Gütersloh. *tws*

Bachs Ankunft in Köthen

Köthen – Die Köthener Bachfesttage finden zwar erst vom 26. August bis 2. September statt, doch schon jetzt ist der Vorverkauf für die begehrten Eintrittskarten gestartet. Da Bach vor genau 300 Jahren erstmals in Köthen ankam und die Hofkapelle leitete, feiert das Festival dieses Jubiläum mit einer ganzen Reihe von Veranstaltungen. Programm und Karten unter: www.bachfesttage.de *tws*

Viel Neues im Osten

Ostdeutsche Galerie in Regensburg mit neuer Schausammlung

Zwar dauert die Sanierung und Umgestaltung des Regensburger Kunstforums Ostdeutsche Galerie noch einige Zeit, das heißt, ein paar Bauabschnitte stehen noch an. Dennoch gibt es Neuigkeiten: In Anlehnung an die am Eingang angebrachte markante rote Säuleninstallation der tschechischen Künstlerin Magdalena Jetelová wurde ein neues Logo entwickelt. Und inzwischen ist auch die neue Schausammlung zum Thema „Woher kommen wir, wohin gehen wir“ zu besichtigen, die – so Direktorin Agnes Tieze – für die nächsten Jahre Bestand haben wird.

Als „Visitenkarte der Direktorin“ bezeichnete der Vorsitzende des Stiftungsvorstands, Wolfgang Schörnig, die neue Schausammlung. Er freute sich, dass zur Realisierung besonders Sponsoren aus der lokalen Privatwirtschaft sowie der Verein der Freunde und Förderer des Kunstforums beigetragen haben. Sie würdigten das Kunstform als „herausragende Institution für Kunst“ beziehungsweise als „lebendiges, pulsierendes Museum“, in dem es nun auch „Neues zu sehen gibt – unzählige Bilder, die man noch nicht kannte“.

Die neue Schausammlung lädt unter ihrem Motto „Woher kommen wir, wohin gehen wir?“ zu einer kunstgeschichtlichen Reise ein: durch über 200 Jahre Kunst und Geschichte und zugleich an verschiedene Orte. So zu Stätten historischer Ereignisse, Städten des künstlerischen Austauschs wie Danzig, Königsberg, Prag oder Breslau, die Künstler inspirierenden Reiseziele, aber auch zu imaginären Orten ihrer inneren Welt. Zur Präsentation gehört der Dialog zwischen Kunstwerken – sei es über Stile oder auch über geografische und politische Grenzen hinweg. So werden 130 Gemälde von Künstlern wie Max Klinger, Käthe Kollwitz, Max Pechstein, Oskar Kokoschka oder Anselm Kiefer zusammengeführt.



Vormärz-Revolte in Breslau: Phillip Hoyolls „Zerstörung eines Bäckerladens“ von 1846 Bild: Wolfram Schmidt, Regensburg

Einige der Werke befanden sich bereits in der bisherigen Schausammlung, ein Teil war im Depot des Kunstforums. Ein paar Kunstwerke hat der Verein der Freunde und Förderer angekauft. Und natürlich finden sich auch Leihgaben anderer Museen oder von Privatpersonen in der Präsentation. Mit ein Spezifikum dieser Schausammlung sind vier doppelseitige Kunstwerke, also Gemälde des gleichen Künstlers auf der Vorder- und Rückseite.

Ihre ersten konzeptionellen Ideen zu dieser Schausammlung hatte Direktorin Tieze schon bei ihrem Amtsantritt vor fünf Jahren unter dem Aspekt „Entwicklung und Dialog“. Daraus entstand die jetzige Schausammlung, die neben dem kunstgeschichtlichen Überblick auch den Austausch und die gegenseitige Beeinflussung von Künstlern aufzeigt. Und der Auftrag der Galerie, die 2016 ihr 50-jähriges Bestehen gefeiert hat, kommt mit entsprechenden Kunstwerken ebenfalls zur Geltung. *Markus Bauer*

Geöffnet Dienstag bis Sonntag 10 bis 17 Uhr, Donnerstag bis 20 Uhr. Infos: www.kunstforum.net

Ötzi und Konsorten

»Expo Dolomiti« mit Ausstellung über Steinzeitmenschen eröffnet

Bis vor wenigen Wochen standen noch die Baukräne an einem der Dolomitengipfel in der Nähe des Wintersportorts Cortina d'Ampezzo. Am Lagazuoi baute man an einem der höchstgelegenen Ausstellungs- und Konferenzgebäude der Alpen. Pünktlich zur Wintersaison wurde alles fertig, sodass am 10. Januar die Besucher im „Lagazuoi Expo Dolomiti“ in 2778 Metern Höhe sehen konnten, wie die Steinzeitmenschen das Leben in den Alpen gemeistert haben.

Bis zum 2. April bietet die Sonderausstellung „Ötzi und Valmo – die ersten Menschen in den Alpen“ einen Einblick in das Leben der Urmenschen in den Hochgebirgsregionen. In den vier auf drei Etagen verteilten Ausstellungsräumen präsentieren sich die wichtigsten archäologischen Funde, die man in dieser Region über die ersten Bewohner der Alpen zusammengetragen hat.

Im Fokus stehen dabei Ötzi, der Mann von Similaun, und Valmo, der Mann von Mondeval. Ötzi ist der Mann aus dem Eis, der vor wenigen Jahren auf einem Gletscher an der österreichischen Grenze aufgefunden wurde und der inzwischen in einem Museum in Bozen tiefgefroren wird. Er lebte vor 5300 Jahren im Schnalstal. Neben seiner Mumie, die auf dem Similaungletscher in 3200 Metern Höhe, 85 Kilometer Luftlinie vom Lagazuoi entfernt, gefunden wurde, förderte der Fund zahlreiche bedeutende Gegenstände ans Tageslicht und bereicherte so unser Wissen über die Kupferzeit. Valmo ist der Mann von Mondeval. Er wurde vor 8000 Jahren in der Nähe vom Giau-Pass beigesetzt, in 2150 Meter Höhe und nur acht Kilometer Luftlinie vom Lagazuoi entfernt. Seine einzigartige und wertvolle Grabstätte veranschaulicht das Leben eines mittelsteinzeitlichen Jägers in den Dolomiten.



Tödliche Waffen: Steinzeitliche Pfeilspitzen Bild: Expo Lagazuoi

Die unter anderem mit dem Neanderthal-Museum in Mettmann realisierte Ausstellung veranschaulicht anhand von rekonstruiertem Schuhwerk, Beilen oder originalen Pfeilspitzen, wie die Urahnen ihre Überlebenstechniken für das Hochgebirge perfektioniert haben. Valmo verwendete Feuerstein, Ötzi auch Kupfer. Beide mussten der Kälte in hochalpinen Lagen erfinderisch entgegentreten und sich trickreich Nahrung beschaffen.

Auch wenn die Ausstellung bereits angelaufen ist, so wird das „Lagazuoi Expo Dolomiti“ erst am 2. Februar offiziell eröffnet. Der Komplex mit Lobby, Café- und Terrassenbar ist mit der Seilbahn in wenigen Minuten von Tal aus zu erreichen. Wer darüber hinaus noch etwas Zeit mitbringt, sollte auf keinen Fall versäumen, sich die Kriegsstollen anzusehen, welche italienische und österreichische Gebirgsjäger hier im Berg für ihren Stellungskrieg vor 100 Jahren angelegt haben und die als offenes Museum jederzeit begehbar sind. *Harald Tews*

Die Ausstellung ist bis 2. April täglich von 9.30 bis 16.30 Uhr geöffnet. Eintritt: 5 Euro. Internet: expo.lagazuoi.it

Seine Erfindung läutete die Neuzeit ein

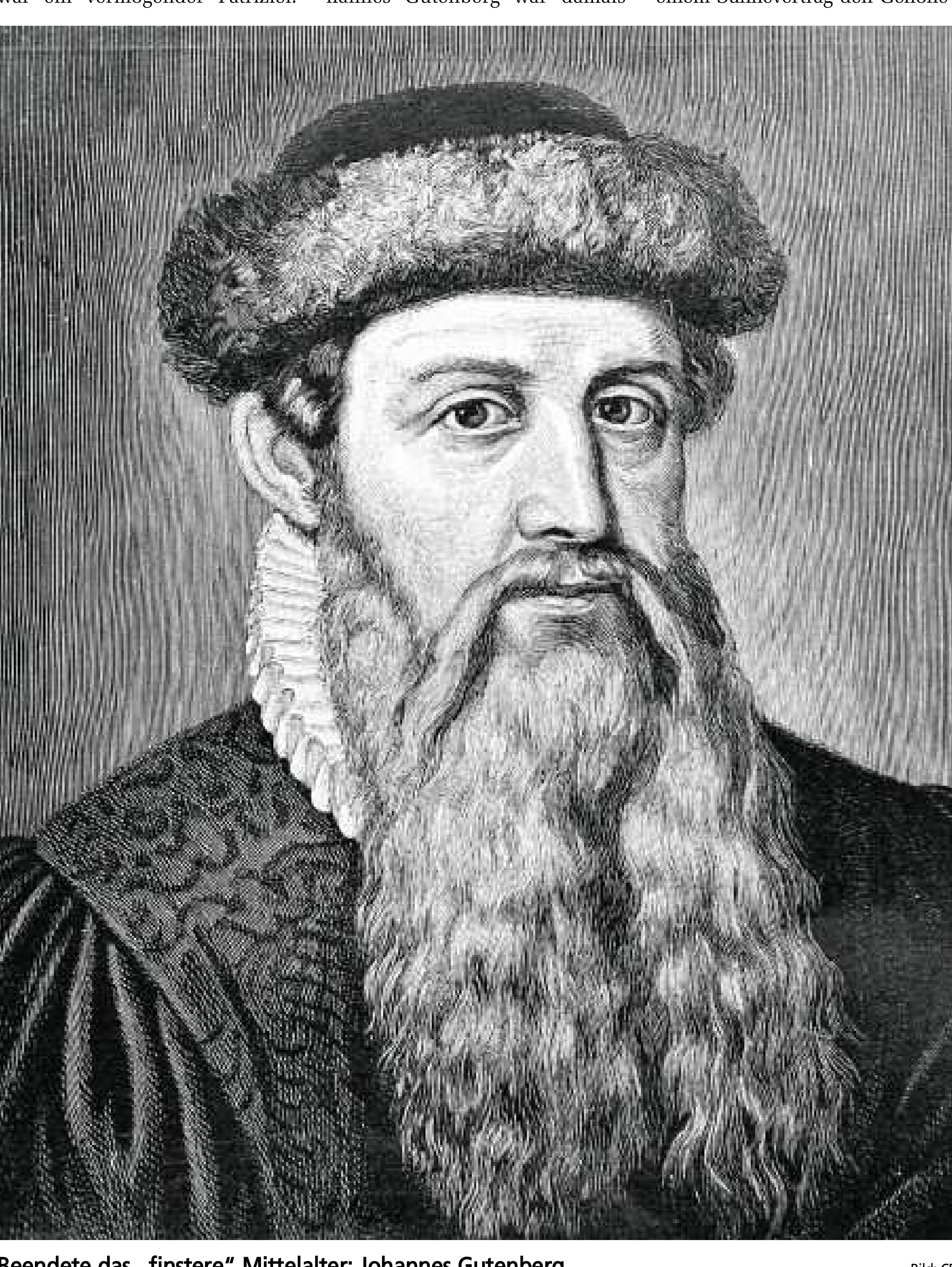
Vor 550 Jahren wurde mit Johannes Gutenberg der »Mann des Jahrtausends« geboren

Es gibt diverse Ereignisse, an denen der Wechsel vom „finsteren“ Mittelalter zu unserer Neuzeit festgemacht wird. Genannt seien hier das Ende Ostroms, die Reformation oder die Entdeckung Amerikas. Unter diesen Ereignissen gibt es aber nur eine Erfindung: den Buchdruck mittels beweglicher Metallettern und der Druckerpresse. Als sein Erfinder gilt Johannes Gutenberg.

Dieser Johannes Gensfleisch, genannt Gutenberg, war ein Tüftler. Er erprobte verschiedene Handwerke, ehe ihm um 1450 ein revolutionärer Gedanke kam: die Verwendung beweglicher Lettern für den Buchdruck. Zu ihrer Herstellung entwickelte er eine Legierung aus Zinn, Blei, Antimon und Wismut. Die daraus gegossenen Lettern erwiesen sich als haltbarer denn jene aus Holz und ermöglichten dadurch mehr Drucke. Hergestellt wurden die einzelnen Buchstaben mit einem Gerät für den Handguss, das Gutenberg verfeinert hatte. Zudem setzte er eine Druckfarbe an, die sich als sehr dauerhaft erwies. Und schließlich wird ihm der Einsatz der Druckerpresse zugeschrieben, die als Spindelpresse schon länger bei der Herstellung von Papier oder zum Pressen des Weines genutzt wurde. Die besondere Leistung Gutenbergs war es, bekannte Verfahren zu kombinieren und zu verfeinern. Zum ersten Mal konnten Bücher in großer Zahl mit identischem Inhalt hergestellt werden.

Drucke waren weit vor Gutenberg bekannt. Bereits 400 Jahre vor ihm waren in China Serien von Schriftzeichen aus Ton produziert worden, die man zu Druckstöcken zusammensetze. Bis Johannes Gutenberg den Buchdruck entwickelte, wurde mit festen Holzblöcken gedruckt oder Bücher wurden mit der Hand abgeschrieben.

Wann der „Mann des Jahrtausends“, zu dem nicht nur das „Time“-Magazin den Ausnahmeerfinder kürte, geboren wurde, ist nicht bekannt. Vermutlich um 1400, wahrscheinlich in Mainz und unter dem Namen Johannes Gensfleisch kam er zur Welt. Den Namen Gutenberg legte sich die Familie erst später zu. Der Vater war ein vermögender Patrizier. Über die Schulzeit und ein wahrscheinliches Studium ist nichts bekannt. Erst 1420 taucht der Name Johannes Gutenberg in einer Urkunde auf. Dabei ging es um das Erbe des Vaters. Sicher ist: Johannes Gutenberg war damals nicht in Mainz. Mehrfach hatte die Familie die Stadt verlassen, weil es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Zünften und den Patriziern gekommen war. Als 1430 der Erzbischof von Mainz in einem Sühnevertrag den Geflohenen straffreie Rückkehr anbot, stand der Name des Johannes Gutenberg auf der Liste. Der aber zog es vor, in Straßburg zu bleiben. Jedenfalls lässt sich sein Aufenthalt dort in den Jahren 1434 und 1444 belegen.



Beendete das „finstere“ Mittelalter: Johannes Gutenberg Bild: CF

Kennzeichnend für das Verhältnis zu seiner vermutlichen Heimatstadt war ein Vorfall mit dem Mainzer Stadtschreiber Nikolaus Wörstadt. Der machte den Fehler, durch Straßburg zu reisen. Da Mainz Gutenberg noch Rentenzahlungen schuldete, ließ er den armen Stadtschreiber für kurze Zeit in Schuldhaft setzen. Zwei Jahre später bezahlte Mainz seine Schulden. Das Verhältnis zum Sohn der Stadt, auf den die Mainzer mächtig stolz sind, war ziemlich schlecht.

Zielstrebig war Gutenbergs beruflicher Werdegang nicht. Vielmehr experimentierte er in Straßburg auf verschiedenen handwerklichen Feldern. Er polierte Edelsteine, produzierte Wallfahrtsandenken aus einer Legierung von Blei und Zinn. Um die Mittel für einzelne Vorhaben aufzubringen, gründete er Finanzierungsgesellschaften. Beim Geld hört bekanntlich die Freundschaft auf, es gab mit den Gesellschaftern immer wieder Ärger. Da die Streitereien vor Gericht ausgetragen wurden, hinterließen sie Spuren, die Auskunft über das Leben Gutenbergs in Straßburg geben. Bereits in dieser Zeit kaufte Gutenberg größere Mengen Blei und ließ eine Presse bauen. Möglicherweise machte er erste Versuche für den späteren Buchdruck.

1448 war Gutenberg dann wieder in Mainz. Er nahm Kredite auf, unter anderem bei dem Anwalt und Goldschmiedemeister Johannes Fust. Der steuerte 800 Gulden zinslos bei, dafür wurden ihm die von dem Geld gekauften Gerätschaften verpfändet. Dazu gehörte auch eine Druckpresse, die Gutenberg von dem Mainzer Drechsler Konrad Sasbach bauen ließ.

Ab 1450 begann Johann Gutenberg zu produzieren. Mit kleinen Einblattdrucken fing er an, wagte sich bald darauf auch an Kleindrucke wie Ablassbriefe und Wörterbücher. Zugleich aber bereitete er den Druck einer Bibel vor. Das gewaltige Werk, das später unter dem Namen „Gutenberg-Bibel“ bekannt wurde, hat 1282 Seiten. Gesetzt wurde es mit 350 000 Buchstaben. Gutenberg goss dazu 47 verschiedene Groß- und 243 unterschiedliche Kleinbuchstaben. Farbige Illustrationen wurden von Hand zugefügt.

Der Weg dahin war lang und mühsam. Für jeden Buchstaben musste er einen Stahlstempel anfertigen. Dieser wurde in weiches Material gedrückt, so entstand eine Gießform. Die gegossenen Buchstaben stellte er zu Zeilen, dann zu Spalten und schließlich zu kompletten Seiten zusammen. Nach diesem Grundprinzip wurden noch bis in die 1960er Jahre ganze Zeitungsseiten gebaut. Gutenberg legte die komplette Seite in die Druckerpresse, färbte sie ein mit einer Mixtur aus Kienspan, Galläpfeln und Ruß, legte ein Blatt Papier darauf und drückte mit der Spindel das Papier an.

Das Werk kam gut voran. Partner Fust schoss noch einmal 800 Gulden nach. Das Geld sollte ausschließlich für den Druck der Bibeln verwendet werden. Daran hielt sich Gutenberg offenbar nicht. 1455 kam es zum Streit mit Fust, der Gutenberg vorwarf, das Geld auch für andere Drucke verwendet zu haben. Vor Gericht unterlag Gutenberg, die Werkstatt und die vorhandenen Bibeln gingen an Fust. Der druckte weiter, während sich Gutenberg auf das elterliche Anwesen zurückzog. Dort gründete er zwar eine neue Druckerei, ließ sich aber 1465 als Hofedelmann in die Hofhaltung des Mainzer Erzbischofs Adolf II. von Nassau aufnehmen. Als Morgengabe erhielt er ein Hofkleid, 2180 Liter Korn und 2000 Liter Wein. 1468 starb Johannes Gutenberg. Wo er sein Grab fand, ist nicht bekannt. *Klaus J. Groth*

Als Südpreußen preußisch wurde

Vor 225 Jahren einigten sich König Friedrich Wilhelm II. und Zarin Katharina II. auf die sogenannte zweite polnische Teilung

Nach der vom Aufklärer Voltaire bezeichnenderweise als Fortschritt begrüßten sogenannten ersten polnischen Teilung von 1772 waren sich der König und ein Großteil des Adels Polens darin einig, dass diese maßgeblich auf die Rückständigkeit ihres Landes zurückzuführen sei. Nach westlichem Vorbild versuchten sie deshalb, ihr Land zu reformieren.

Den reformfreudigen Polen war dabei durchaus bewusst, dass ihr Reformeifer dem großen Nachbarn im Osten missfiel. Das autokratisch regierte Zarenreich war konservativ und die Autokratin Katharina die Große hasste die Revolution wie die Pest. In Polen glaubte man jedoch, darauf keine Rücksicht nehmen zu müssen, denn Russland schien beschäftigt. 1787 war einmal wieder ein Krieg zwischen Russland und dem Osmanischen Reich ausgebrochen. Zum unangenehmen Zweifrontenkrieg wurde dieses Kräftemessen für das Zarenreich, als es am 28. Juni des darauffolgenden Jahres von Schweden angegriffen wurde. Kaum, dass die Zarin derart in die Bredouille geraten war, nahm das polnische Reformprogramm richtig Fahrt auf.

Am 6. Oktober 1788, also nur wenige Monate nachdem der Krieg für Russland zum Zweifrontenkrieg geworden war, trat in Polen der sogenannte Große oder Vierjährige Sejm zusammen. Dieser Reichstag katapultierte Polen von einem rückständigen Land zumindest partiell an die Spitze des Fortschritts, in gewisser Hinsicht sogar noch vor das revolutionäre Frankreich, mit dem es einen regen Gedankenaustausch gab. Er gab dem Land nämlich 1791 eine Verfassung, die erste geschriebene überhaupt in Europa.

Allerdings war die Bredouille der russischen Zarin zeitlich begrenzt. Der russisch-schwedische Krieg endete 1790 und am 9. Januar 1792 schloss Russland auch mit dem Osmanischen Reich Frieden. Nun wieder voll handlungsfähig holte Katharina die Große nach, woran sie das Osmanische Reich und Schweden bis zu den Friedensschlüssen bislang gehindert hatten. Nachdem sie in einer Deklaration am 18. Mai 1792 Polen unter anderem die Verfolgung von russischen Staatsangehörigen und Orthodoxen sowie Bündnisgespräche mit dem Osmanischen Reich vorgeworfen hatte, intervenierte sie mit 100 000 Mann in dem Nachbarland, das nur 30 000 Mann zu seiner Verteidigung aufbringen konnte. Der russische Vormarsch endete mit der polnischen Kapitulation im Juli 1792.

Österreich konnte dem wenig entgegensetzen, denn es war vollends damit beschäftigt, seine Österreichischen Niederlande im ersten Koalitionskrieg gegen Frankreich zu verteidigen. Preußen nahm auch an diesem Krieg gegen Frankreich teil, hatte in ihm aber relativ wenig zu gewinnen oder zu verlieren, und kämpfte deshalb nur mit gebremstem Schaum. Russland war in seiner territorialen Integrität zwar noch weniger durch die Frankreich bedroht als Preußen, aber im Gegensatz zu Friedrich Wilhelm II war Katharina der Großen der Kampf gegen die „französische Pest“ ein Herzensanliegen. Sie war deshalb auch bereit, für Preußens Verbleiben in der Koalition einen Preis zu bezahlen. Katharina schlug Friedrich Wilhelm vor, ihn für die Kosten, die ihm durch den Krieg gegen die „französischen Rebellen“ entstand, durch polnisches Territorium zu entschädigen. Preußens König ging darauf ein, und am 23. Januar 1793 beschlossen beide Seiten die sogenannte zweite polnische Teilung.

Von preußischer Seite war es nach der sogenannten ersten polnischen Teilung sehr bedauert worden, dass Danzig und Posen nicht zusammen mit Westpreußen zu Preußen gekommen waren. Das wurde nun nachgeholt. Des Weiteren bekam Preußen das nun „Südpreußen“ genannte Gebiet zwischen Westpreußen im Norden und Schlesien im Süden, sprich Großpolen und das westliche Masowien. Hatte Preußen in der sogenannten ersten polnischen Teilung noch überwiegend von Deutschsprachigen bewohnte Gebiete gewonnen, besaß es fortan nun auch einen größeren polnischsprachigen Bevölkerungsteil. 58 400 Quadratkilometer mit 1,136 Millionen Bewohnern gestand Katharina Friedrich Wilhelm als Kriegskostenersatz zu.

Die Interventionsmacht Russland nahm sich mit 228 600 Quadratkilometern und 3,056 Millionen Seelen ein Mehrfaches des Preußen Zugestandenen. Sie annektierte den (weiß-)ruthenischen Teil Polens und verschob ihre Westgrenze bis zu einer Linie, die von Dünaburg (Daugavpils) im Norden bis nach Chotyn im Süden reichte. In diesem Gebiet waren die Polen bei Weitem in der Minderzahl. Dem polnischen Reichstag verblieb es dann, die territorialen Veränderungen einige Monate später abzunicken und damit völkerrechtlich zu besiegeln. *Manuel Ruoff*

Preußisch-polnische Defensivallianz vom 29. März 1790

Bestärkt fühlten sich die reformfreudigen Polen in ihrem Glauben, notfalls auch gegen den russischen Nachbarn ihr Land verändern zu können, durch eine mit Preußen am 29. März 1790 geschlossene Defensivallianz. Diese erfüllte jedoch weder die preußischen noch die polnischen Erwartungen.

Friedrichs des Großen Nachfolger Friedrich Wilhelm II. hatte gehofft, sich im Gütlichen mit Polen auf den Erwerb der deutschsprachigen Städte Danzig und Thorn einigen zu können, den sein Oheim schon bei der Ersten Teilung erstrebt hatte. Anfang September 1790 beschloss der Sejm aber die absolute Integrität des Staatsgebietes.

Seinen Wert als möglicher Bündnispartner gegen Österreich, das sich nur schwer mit dem Verlust Schlesiens an Preußen in den Schlesischen Kriegen abfand, verlor Polen für den Preußenkönig, als dieser am 27. Juli 1790 mit Kaiser Leopold II. in der Reichenbacher Konvention zu einem Übereinkommen fand.

Friedrich Wilhelm musste sich nun fragen, warum er sich durch Polen in einen Konflikt mit Russland hineinziehen lassen sollte, wo mittlerweile auch noch der traditionell polenfreundliche potenzielle Kriegsverbündete England sein Interesse an dem ostmitteleuropäischen Raum verlor. London widmete seine Aufmerksamkeit nämlich nun verstärkt der Destabilisierung des europäischen Gleichgewichts durch das revolutionäre Frankreich. Ein den Kontinent dominierendes Frankreich war England ein ebensolcher Alb wie die kontinentale Gegenküste der Themsemündung in der Hand einer seefahrenden Großmacht, wie sie Frankreich – im Gegensatz zu Österreich – war.

Angesichts dieses Verhaltens Polens, Österreichs und Großbritanniens nahm Friedrich Wilhelm die polnische Verfassung von 1791 zum Anlass, die preußisch-polnische Defensivallianz vom 29. März 1790 zu kündigen. *M.R.*

Opfer einer Revolution oder eines Komplotts?

Vor 100 Jahren wurde mit Nicolae Ceausescu der einzige Machthaber geboren, den die »Wende« von 1989 das Leben kostete

Der rumänische „Conducator" (Führer) Nicolae Ceausescu galt als „Genie der Karpaten", „Titan der Titanen" sowie „irdischer Gott" – und gehörte zu den brutalsten kommunistischen Diktatoren nach Mao Tse-tung und Josef Stalin. Allerdings endete er im Gegensatz zu diesen beiden vor einem Erschießungskommando.

Der am 26. Januar 1918 im Dorf Scornicesti in der Walachei geborene Spross einer kinderreichen Bauernfamilie begann nach nur vierjährigem Schulbesuch eine Lehre als Schumacher. 1932 trat er der illegalen Rumänischen Kommunistischen Partei (PCR) bei. Wegen seines intensiven Engagements für sie verbrachte Ceausescu zwischen 1933 und 1944 insgesamt sechs Jahre in Haft. Nach dem Sturz des deutschfreundlichen Militärdiktators Ion Antonescu avancierte er zum Mitglied des Zentralkomitees der PCR.

In den nächsten zwei Jahrzehnten bekleidete Ceausescu zahlreiche höhere Posten in der rumänischen Staats- und Parteiführung, darunter den des Ersten Stellvertretenden Verteidigungsministers, bis er schließlich im Juli 1965 zum Chef der PCR gewählt wurde. Wenig später wurde er Vorsitzender des Staatsrates und Oberbefehlshaber der Streitkräfte. Ebenso firmierte Ceausescu ab 1974 noch als Staatspräsident und Conducator Rumäniens. Diese enorme Machtkonzentration verdankte er seiner anfänglichen Popularität in der Bevölkerung des Balkanlandes.

Letztere resultierte nicht zuletzt aus Ceausescus Politik der außenpolitischen Eigenständigkeit und demonstrativen Distanz zu Moskau. So pflegte er ausnehmend gute Beziehungen zu den sowjetfeindlichen chinesischen Kommunisten und düpierte den Kreml und dessen osteuropäische Satelliten durch eine scharfe Verurteilung der Niederschlagung des Prager Frühlings 1968. Das honorierte der Westen durch die Aufnahme in den Internationalen Währungsfonds und die Weltbank sowie ähnliche Konzessionen.

Allerdings führten die Kontakte nach China sowie Nordkorea ab 1971 dazu, dass der rumänische Machthaber, den die PCR-Führungsriege irrtümlicherweise für leicht lenkbar gehalten hatte, Geschmack am Personenkult fand. Und der nahm bald bizarre Züge an – insbesondere, als die Schranzen in Bukarest nicht mehr nur ihrem „Gott" huldigten, sondern gleichermaßen dessen Frau Elena – der angeblichen „Mutter der Nation" – und dem Hund des Paares, genannt „Genosse Corbu".

Außerdem setzte ab Ende der 1970er Jahre ein deutlicher wirtschaftlicher Niedergang in Rumänien ein. Das lag unter anderem an der mangelnden Konkurrenzfähigkeit der Industrie des Balkanlandes und dessen dramatischer Auslandsverschuldung sowie der Flucht des Stellvertretenden Auslandsspionagechefs und Präsidentenberaters Ion Mihai Pacepa in die USA. Pacepa verriet nämlich, in welch starkem Maße Rumänien arabische Terrororganisationen unterstützte und Wirtschaftsspionage im Westen betrieb, was zum Verlust wichtiger Handelsprivilegien führte. Ruinös waren darüber hinaus die völlig überdimensionierten Bauvorhaben von der Art des Parlamentspalastes in der Hauptstadt. Dem nach dem Pentagon in den USA zweitgrößten Verwaltungsgebäude der Welt mussten rund 40000 Wohnungen, ein Dutzend Kirchen und drei Synagogen weichen.

Aus all dem resultierten gravierende Versorgungsengpässe und eine wachsende Verelendung der Bevölkerung, die immer häufiger zu spontanen lokalen Aufständen führte. Die ließ der Diktator von seiner äußerst brutal agierenden Geheimpolizei Securitate niederschlagen, auf deren Konto schließlich wohl um die 200000 Tote gingen. Dann kam der Dezember 1989, in dem eine weitere Rebellion in Temeswar, dem historischen, wirtschaftlichen und kulturellen Zentrum des Banats, auf das ganze Land überschwappte und den Sturz des Diktators bewirkte.

Der war so leichtsinnig gewesen, trotz der bürgerkriegsähnlichen Zustände in der drittgrößten Stadt seines Landes zum Staatsbesuch in den Iran zu reisen, von dort zurückzukehren, statt ins Exil zu gehen, und dann am 21. Dezember vor die eilends zusammengetrommelten Volksmassen in Bukarest zu treten, um sich ein weiteres Mal feiern zu lassen und diverse soziale Verbesserungen zu versprechen. Bei dieser live im Fernsehen übertragenen Ansprache an sein Volk kippte die Stimmung, und es kam zu Gewaltausbrüchen in der Menge. Wer genau dafür verantwortlich war, ist bis heute ungeklärt. In Verdacht stehen neben Regimegegnern auch Provokateure der Securitate und sowjetische Agenten, denn der Kreml wollte Ceausescus Sturz. Jedenfalls solidarisierten sich in der Folge zahlreiche Militärangehörige mit den Aufständischen.

Am darauffolgenden Tag floh das Ehepaar Ceausescu in Panik aus Bukarest. Die Flucht scheiterte jedoch, und am Abend befanden sich beide nicht nur in Tergowiste, der ehemaligen Hauptstadt der Walachei, sondern auch in der Gewalt des neugebildeten Rates der Front zur Nationalen Rettung. Dieser Rat erteilte Heiligabend die Weisung, mit dem Paar kurzen Prozess zu machen. Damit war die Hoffnung auf ein Zusammenbrechen des bewaffneten Widerstandes gegen Ceausescus Sturz verbunden. Weisungsgemäß trat am 1. Weihnachtstag ein Militärgericht in der Kaserne von Tergowiste unter dem Vorsitz von Oberst Gica Popa zusammen und verurteilte Elena und Nicolae Ceausescu nach lediglich anderthalb Stunden Verhandlung wegen des Genozids durch Hunger, Kälte und fehlende medizinische Versorgung an 64000 rumänischen Bürgern sowie der Unterminierung von Staat und Wirtschaft des Landes zum Tode durch Erschießen.



Starker Auftritt: Nicolae Ceausescu zwei Jahre vor seinem Ende vor Parteigenossen

Bild: Imago

Das Urteil wurde zehn Minuten später auf dem Hof des Armeegebäudes vollstreckt. Dort mähten Hauptmann Ionel Boeru sowie die Feldwebel Octavian Gheorghiu und Dorin Cârlan vom 64. Fallschirmjäger-Regiment die Delinquenten mit rund 100 Schuss Dauerfeuer nieder. Am 27. Dezember strahlte das rumänische Fernsehen gleich mehrere Fassungen eines Videos von der Hinrichtung aus. Am selben Tag endeten die Kämpfe. 1104 Tote waren zu beklagen.

Wenn die fast unverzügliche Tötung der Ceausescus auch durchaus plausibel damit begründet werden kann, dass deren Anhänger demotiviert und deren Befreiung verhindert werden sollten, nährt sie doch auch den Verdacht, dass die neuen Machthaber Ceausescu zum Schweigen bringen wollten. Immerhin ist bis heute umstritten, ob der neostalinistische Diktator vor nunmehr gut 28 Jahren wirklich einer Revolution oder nicht vielmehr einem Komplott zum Opfer gefallen ist.

Wolfgang Kaufmann

Erfolgreich, aber angreifbar

Polens Geheimdienste instrumentalisierten bei der Agentenwerbung den polnischen Opferstatus und den deutschen Schuldkomplex

Bei dem Versuch, Bundesbürger zum Verrat zu bewegen, bediente sich Polen im Kalten Krieg des Zuckerbrotes und der Peitsche. Westdeutsche wurden mit Geld gelockt, aber auch mit Ereignissen aus dem vorangegangenen Zweiten Weltkrieg erpresst, die sie in der Bundesrepublik kompromittiert hätten. Speziell gegenüber jungen Deutschen, bei denen die Umerziehung der Alliierten besonders wirkungsvoll gewesen war, war der Hinweis auf den deutschen Einmarsch in Polen 1939 oft erfolgreich. Ihnen wurde suggeriert, sie könnten durch die Lieferung interessanter Informationen an Nachkriegspolen „Wiedergutmachung" leisten.

Es dürfte Geldnot gewesen sein, was die einst gefeierte, aber nach dem Krieg in wirtschaftlichen Schwierigkeiten lebende Schauspielerin Maria Knuth dazu brachte, dass sie das Wissen, die Pläne und insbesondere die Schwächen der Oberschicht in Frankfurt am Main auszuhorchen versuchte, um sie den Polen zu übermitteln. 1953 lief gegen sie der erste Spionageprozess in der Bundesrepublik. Die 45-Jährige, die im polnischen Auftrag eine „Spionagegruppe Kolberg" aufgebaut hatte, wurde zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt.

Erpressbar hatte sich Günter Kosch gemacht. Bald nach Kriegsende hatte er eine polnische Stelle in Frankfurt am Main um Mithilfe bei der Suche nach seinen deutschen Angehörigen im Osten gebeten. Rund ein Jahrzehnt später entdeckte der polnische Geheimdienst Z II, dass der Deutsche mittlerweile nicht nur eine höhere Position im Bundeswehr-Beschaffungsamt bekleidete, sondern auch widerrechtlich einen Doktortitel führte. Da die polnische Militärspionage ihn längerfristig nutzen und deshalb vor einer Entdeckung seitens des bundesdeutschen Militärischen Abschirmdienstes (MAD) schützen wollte, fertigte sie für ihn eine gefälschte Promotionsurkunde an. Als Aussteller wurde dort eine „Friedrichs-Wilhelms-Universität" in Bonn genannt. Das falsche „s" hinter „Friedrich" fiel schließlich dem MAD auf. Die Folge waren acht Jahre Zuchthaus für den Spion.

> Die jüdische Herkunft polnischer Geheimdienstmitarbeiter bot dem Mossad und damit der CIA einen Anknüpfungspunkt

Der engste Mitarbeiter und Persönliche Referent der von 1989 bis 1992 amtierenden christsozialen Bundesministerin Gerda Hasselfeldt, Ministerialrat Reinhard Hoppe, war Jahre zuvor in einer Kneipe Ost-Berlins mit der Wiedergutmachungs-Masche angeworben worden. Aus seinem Ministerium konnte er seinen Auftraggebern nicht viele Informationen liefern, wohl aber über die Monatstreffen der Persönlichen Referenten der einzelnen Bundesminister. Seine auffallend starke Neugier führte schließlich zur Verhaftung. Da der Prozess allerlei Delikates zutage brachte, wurde der Fall faktisch totgeschwiegen. Hasselfeldt trat 1992 als Gesundheitsministerin zurück. Als Gründe für den Rücktritt wurden neben dem Vorwurf, dass Hoppe als Agent für den polnischen Geheimdienst arbeite, Auseinandersetzungen mit dem damaligen Bundeskanzler Helmuth Kohl genannt.

Ungeachtet derartiger Erfolge besaßen die Nachrichtendienste der Volksrepublik Polen auch einige große Schwachstellen. Ihr Personal bestand aus Juden und starken Antisemiten, Alt-Kommunisten und reinen Aparatschiks. Vielen war gemein, dass sie den Einmarsch der Sowjets in Polen im September 1939, deren Verweigerung von Hilfe beim Warschauer Aufstand 1944 und vor allem das Massaker von Katyn nicht vergessen hatten. Die Anwerbungsversuche westlicher Geheimdienste waren daher ziemlich erfolgreich, besonders seitens des israelischen Mossad, der als Vorhut der CIA fungierte.

> Auch nichtjüdische Geheimdienstmitarbeiter hatten nicht vergessen, was die UdSSR ihrem Land im Weltkrieg angetan hatte

Deren erster Helfershelfer war Oberst Józef Swiatło. Der 1915 im seinerzeit österreich-ungarischen und heute ukrainischen Medyn bei Sbarasch als Isaak Fleischfarb geborene Stellvertretende Leiter der Abteilung 10 des Inlandsgeheimdienstes UB war spätestens ab 1948 einer der gefürchtetsten Männer in Nachkriegspolen. Im direkten Auftrag des US-Dienstes denunzierte er manche besonders fanatische Kommunisten als Spione des Westens, die dann als „Agenten des Imperialismus" zu hohen Strafen verurteilt und damit ausgeschaltet wurden. Nach sieben Jahren floh er nach West-Berlin.

Vom militärischen Nachrichtendienst GZI WP arbeitete Oberst Władysław Tykocinski für die Amerikaner. Der 1921 in Warschau geborene Pole jüdischer Herkunft leitete von 1957 bis 1961 die Militärmission seines Landes in West-Berlin und fiel 1967 in Washington einem Mordanschlag zum Opfer.

Der Stellvertretende Leiter der militärischen Gegenspionage, Oberstleutnant Michael Goleniewski, bot selber seine Mitarbeit an. 1961 lief er in die USA über und gab die Personalien von Hunderten Geheimdienstoffizieren seines Landes und etlicher seiner Agenten preis.

„Kein anderer Mensch auf der Welt hat in den letzten 40 Jahren dem Kommunismus so geschadet wie dieser Pole", schrieb William Joseph Casey in einem Brief an Ronald Reagan. Das Lob des 1987 verstorbenen CIA-Direktors von 1981 bis 1987 galt nicht Papst Johannes Paul II. oder Lech Walesa, sondern Ryszard Kuklinski. Der 1930 in Warschau geborene und 2016 posthum zum General beförderte Stellvertretende Leiter einer Generalstabsgruppe für die Zusammenarbeit mit den sowjetischen Streitkräften erstrebte „ein Polen, frei von sowjetischer Herrschaft". Ausgestattet mit den modernsten technischen Mitteln spielte er den Amerikanern innerhalb von neun Jahren Mikrofilme mit 40265 Seiten geheimer Dokumente zu, darunter die Pläne des Kreml zur Eroberung Westeuropas unter Einsatz von Atombomben. Es soll eine undichte Stelle in der US-Regierung gewesen sein, die den KGB auf ihn aufmerksam werden ließ. In einer Novembernacht des Jahres 1981, kurz vor der Verhängung des Kriegsrechts in Polen im Folgemonat, von der er durch Informationen des Divisionsgenerals Tadeusz Hupałowski vorab wusste, wurden er und seine Familie aus Warschau mit einem Postwagen der US-Botschaft nach West-Berlin geschmuggelt, um dann in den Vereinigten Staaten neue Identitäten zu bekommen.

Die Führungsspitze in Warschau ahnte, dass ihre Geheimdienste vom Westen zersetzt wurden und man dort vieles wusste. Dies bestätigte der Leiter des Büros des polnischen Ministerpräsidenten Robert Nowak 2006 in einem Vortrag vor der Akademie für Politische Bildung in Tutzing. Genützt hat es wenig. Im Frühjahr des „Wende"-Jahres 1989 stellte die polnische Spionage ihre Tätigkeit gegen die Bundesrepublik ein.

Friedrich-Wilhelm Schlomann

Moment der Woche

Foto: Mauritius

Blitzgeschwind und vorbehaltlos gut rollen Elektroautos (hier der Chevrolet Volt) durch die Köpfe vieler Mitbürger. Schließlich werden sie allseits wärmstens empfohlen. Die winterliche Wirklichkeit macht allerdings frösteln. Wer bei kalter Außentemperatur die Heizung anstellt, entzieht den Batterien jede Menge Strom. Die Reichweite sinkt je nach Modell zwischen 30 und 50 Prozent. Die Tester des Fachmagazins „firmenauto.de" wunderten sich zudem, warum ihr 170 PS starker BMW i3 bei Minusgraden „lahm wie ein Ackergaul" wurde. „Das liegt am Elektrolyt", wusste Maximilian Fichtner, Direktor des Helmholtz-Instituts Ulm für Elektrochemische Energiespeicherung. Diese Flüssigkeit transportiert in der Batterie die Lithium-Ionen zwischen den Elektroden hin und her. Bei Kälte wird sie zäh. Fichtner sekptisch: „Das wird selbst bei optimierten oder anderen Elektrolyten nie ganz verschwinden." *FH*

Auf den Hund gekommen

Die bellenden Vierbeiner sind einfach die besseren Menschen – ein paar tierische Gedanken

Etwas Merkwürdiges geschieht seit einigen Jahren in Deutschland: Die Zahl der Neugeborenen und Kinder wird immer geringer, die von Haustieren, Hunden wie Katzen, steigt. Und zwar drastisch. Hundefachzeitschriften, Hundesalons, Hundeschulen, Hundeführerschein, Hundeshows im Fernsehen, hundepsychologische Institute – die Prioritäten des kollektiven Bewusstseins sind auf den Hund gekommen.

Der Dog-Channel wird sicher bald den Kinderkanal ablösen. Früher gab es einen Muttertag, heute gibt es einen Dog-Day. Wer sich attestieren lässt, dass er ohne seinen Therapiehund das Haus nicht mehr verlassen kann, braucht keine Hundesteuer mehr zu bezahlen. In Zeiten der Ehe für alle haben sich solche Atteste allerdings wohl bald erledigt. Ab sofort führt die Ehe mit dem Hund zur Steuerbefreiung. Die Politik ist auf den Hund gekommen, und die sozialverträgliche Einrichtung von Hundekotzonen im Stadtgebiet ist mindestens so wichtig wie Bildungspolitik.

An dieser Stelle aber wollen wir auch kurz der schnurrenden Vierbeiner gedenken. Sie sollen sich nicht benachteiligt fühlen. Schließlich ist das Schicksal der nichtkastrierten Katzen von Hartz-IV-Empfängern ebenso tragisch wie sexueller Missbrauch in der Kindheit. Überdies haben Katzen etwas gegen neue Familienmitglieder. Das sollte bei der Familienplanung unbedingt berücksichtigt werden. Besser erst das Baby und dann die Katze als umgekehrt. Vermutlich jedoch sollte man Katzenhaltern sowieso keine Kinder zumuten. Allerdings gibt es zwölf Millionen Katzen in Deutschland. Mehr als Kinder!

Aber das ist alles vollkommen in Ordnung. Jeder braucht sie, die lebende, atmende und bellende vierbeinige Schnullerprothese. Beispiel Arbeitsplatz: Mehr als eine Studie hat wissenschaftlich nachgewiesen, dass Hunde am Arbeitsplatz ein Wohlfühlklima erzeugen und den Blutdruck senken. Außerdem muss man sie regelmäßig Gassi führen, wodurch das Immunsystem stimuliert und die Fettverbrennung gefördert wird. Das senkt die Blutfette. Blutdruck-medikament und Fettsenker eingespart. Vermutlich zahlen die Krankenkassen demnächst die Hundesteuer. Vielleicht bezuschussen sie sogar ein paar der leckeren Dinge vom Vierbeiner-Speiseplan – natürlich nur, wenn sie Fitness, Fellglanz und tierisches Wohlbefinden fördern. Hundefutter ist nicht gleich Hundefutter. Und Truthahn nicht gleich Truthahn. Da gibt es Truthahn mit Reis, Truthahn mit Kartoffel oder Truthahn mit Erbsen. Natürlich aus freilaufender Haltung bis kurz vor der Dose. Für die optimale Gebisspflege ist regelmäßig Zähneputzen angesagt, die Hundezahnbürste macht's möglich. Mit der Zahnseide will es irgendwie noch nicht so richtig klappen.

Aber ist das nicht ein herrliches Thema für die Kaffeepause im Kreise der Kollegen? Tierfernen Kritikern, die meinen, Hunde am Arbeitsplatz störten die Abläufe, sei gesagt: Das genaue Gegenteil ist der Fall. Die Auseinandersetzung darüber, wer mit welchem Hund Gassi gehen, wie hoch der Anteil von rohem Fleisch bei der Fütterung maximal sein und ob die Azubine Mandy mit dem Jack-Russel-Terrier des Chefs im Sozialraum Frisbee spielen darf, fördert eindeutig das kommunikative Repertoire der Arbeitnehmer.

Hunde rein und Glückshormone rauf

So gelang es der Ladenkette Fressnapf durch die Einführung des Kollegen Hund ihre Produktivität um über 80 Prozent zu erhöhen und den Gang an die Börse zu wagen. Was Fressnapf kann, können auch Kitas: Hund rein in die Kita, Glückshormone rauf, Schwererziehbarkeit runter, Ritalin absetzen. Vielleicht sollte das Modell auf das deutsche Schulsystem angewendet werden. Außerdem bekommen Hunde kein Burnout. Wenn das so weitergeht, wird der Hund zum ärgsten Feind von Lehrersippe und Pharmaindustrie.

Auch woanders machen sich Hunde zunehmend nützlich, beispielsweise bei Banken und Sparkassen. Bevorzugte Rasse: Golden Retriever. Kein Hund hat feinere Antennen für das komplexe Innenleben des Homo sapiens. Betritt ein Kunde die Bank und sträuben sich beim Golden Retriever die Nackenhaare, merkt der Bankangestellte sofort: Etwas stimmt nicht, Kreditwürdigkeit ist nicht gegeben. Was den Banken ihr Golden Retriever, wäre den Sozialämtern der deutsche Schäferhund. Mit ihm kann auch eine aggressionsgehemmte und zierliche Mitarbeiterin eines Jobcenters den Mut aufbringen, einmal Klartext zu reden.

Überhaupt, Frauen und ihre Hunde! Gegen diese innige Liebschaft wirken Romeo und Julia geradezu wie eine kalte Zweckgemeinschaft. So manche Dame vertraut sich nur noch ihrem vierbeinigen Frauenversteher an, bevor sie an das Mängelwesen Mann überhaupt noch einen Gedanken verschwendet. Oder um es mit den Worten des Protagonisten in Timur Vermes Satire „Er ist wieder da" auszudrücken: „Mein Blick streifte eine verrückte Frau, die am Rande jener Grünanlage einen Hund an der Leine führte und im Begriff war, dessen Hinterlassenschaft aufzuklauben." *Burkhard Voß*

Der Autor arbeitet als Arzt für Neurologie, Psychiatrie, Psychotherapie in Krefeld. 2017 erschien sein siebtes Buch „Albtraum Grenzenlosigkeit" (Solibro Verlag).

Wenn sich Bürger wehren

Einbrüche, Angriffe, sexuelle Übergriffe – für Notwehr gibt es heutzutage immer mehr schlimme Gründe

Entweder er oder ich, sein Leben gegen meines – in Notwehrsituationen ist es selbst für den redlichsten und friedlichsten Bürger geboten, Gewalt anzuwenden. Ob ihm am Ende trotzdem eine Verurteilung droht, ist allerdings oft eine Frage von Kleinigkeiten und Details.

Als in der Nacht zum 1. Dezember im hessischen Weilburg mehrere Männer versuchen, über ein Fenster in die Wohnung eines 23 Jahre alten Mannes einzudringen, ruft dieser zunächst die Polizei. Er begibt sich dann vor das Haus und stellt die Täter. Es kommt zu einer Auseinandersetzung. Der Wohnungsinhaber macht von einem mitgeführten Küchenmesser Gebrauch und sticht auf einen der Einbrecher ein. Wenige Stunden später erliegt der in einem Krankenhaus seinen Verletzungen.

Über die Hintergründe ist bislang nicht viel bekannt. Da die Täter zunächst in auffälliger Weise vor der im Souterrain liegenden Wohnung randaliert haben sollen, kann es sein, dass es sich nicht um einen versuchten Diebstahl handelte, sondern dass die jungen Männer einander kannten. Möglicherweise war es ein persönlich motivierter Streit. Dennoch wurde kein Antrag auf Haftbefehl gegen den Mieter gestellt. Er soll aus Notwehr gehandelt haben.

Auch wenn deutsche Behörden keine Statistiken zum berechtigten Einsatz physischer Gewalt in Notwehrfällen führen, so ergibt sich für den aufmerksamen Zeitgenossen gleichwohl der Eindruck, dass derartige Fälle in den letzten Jahren zugenommen haben. Dies kann darauf zurückzuführen sein, dass der Durchschnittsbürger in der Regel nur dann Gewalt anwendet, wenn er sich innerhalb seiner eigenen Räumlichkeiten einem rechtswidrigen Angriff ausgesetzt sieht. Tatsächlich ist die Zahl der Wohnungseinbrüche innerhalb des vergangenen Jahrzehnts drastisch gestiegen und ging erstmals im Jahr 2016 wieder zurück. In der Berichterstattung machen vor allem solche Fälle von Notwehr Schlagzeilen, bei denen Einbrecher durch ihre Opfer getötet werden.

Im April 2016 brach ein mit einem Messer bewaffneter Albaner im sauerländischen Affeln in das Einfamilienhaus eines Jägers ein. Dieser erschoss den Angreifer mit seiner Pistole. Im Jahr 2015 tötete ein 63-jähriger Hamburger wiederum einen Albaner, der gemeinsam mit einem Landsmann dessen Eingangstür eingetreten hatte und den Hauseigentümer mittels Pfefferspray überwältigen wollte.

Lobeshymnen des Richters auf einen getöteten Einbrecher

Beide Fälle dokumentieren dabei gut, wie schwer sich die deutsche Justiz damit tut, unbescholtenen Bürgern ihr Recht auf Notwehr zuzugestehen. Dies gilt insbesondere dann, wenn sich die Angegriffenen mittels einer Schusswaffe ihrer Haut erwehren. Erst nach monatelangen Ermittlungen wurden die gegen die beiden Hauseigentümer wegen Totschlages geführten Strafverfahren eingestellt. Im Hamburger Fall wurde gegen den Angegriffenen schließlich noch ein Bußgeld verhängt, da er für die eingesetzte Pistole über keine Waffenbesitzkarte verfügte. Auch gegen den Jäger wurde ein gesondertes Verfahren nach dem Waffenrecht angestrengt. Nach geltenden Vorschriften sind Waffen und Munition nämlich getrennt voneinander in einem Panzerschrank aufzubewahren, was dieser jedoch offensichtlich nicht getan hatte. Zu seinem Vorteil: Wird die Vorschrift befolgt, ist es im Falle eines Einbruches den Betroffenen praktisch unmöglich, noch rechtzeitig auf beides zuzugreifen, um sich zu wehren.



Auch das Opfer kann zurückschlagen – hoffentlich dann mit so nachdrücklichen Folgen, dass der Täter umgehend das Weite sucht Bild: action press

Wenig Nachsicht zeigten Gerichte und Strafverfolgungsbehörden bei einem Werkstattbesitzer aus Hannover. Als dieser im Juni 2015 bemerkte, dass vier ausländische Jugendliche im Begriff waren, in seine Geschäftsräume einzudringen, konnte der eingetragene Sportschütze aus den anliegenden Wohnräumen seine Pistole herbeischaffen. Nachdem er dann die Haustür von innen geöffnet hatte, tötete er einen der Einbrecher mit einem Schuss. Dennoch versagte ihm das Landgericht Hannover ein Handeln aus Notwehr. Er wurde zu drei Jahren Haft wegen Totschlages verurteilt.

Problematisch war hier, dass die Einbrecher nach dem Erscheinen des bewaffneten Geschäftsmannes sofort die Flucht ergriffen haben sollen. Nach deutschem Recht gilt ein Angriff daher dann nicht mehr als gegenwärtig. Auffallend waren jedoch die Elogen, die der Vorsitzende Richter auf den getöteten 18-jährigen moldawischen Einbrecher und seine drei bislang unbekannten Komplizen in der Urteilsbegründung verlas. Diese seien keineswegs als professionelle Diebesbande zu bezeichnen gewesen und sie hätten sich lediglich aufgrund falscher Vorstellungen in die Tatsituation hineinmanövriert. Woher diese äußerst wohlwollende Einschätzung resultiert, ließ der Richter offen.

Ein anderes Maß legt die Justiz an, wenn es um tatsächliche oder vermeintliche Notwehrhandlungen von Polizeibeamten geht. Obwohl auch hier häufig interne Ermittlungen angestrengt werden, kommt es kaum zu Verurteilungen. Allein bei den gewalttätigen Ausschreitungen um den G20-Gipfel im Sommer 2017 in Hamburg werden derzeit noch 95 Fälle von möglicher rechtswidriger Polizeigewalt untersucht. Tatsächlich zeigen einige der hier gemachten Videoaufnahmen Szenen, in denen mehrere Beamte auf am Boden liegende Demonstranten langanhaltend einschlagen. Hierbei dürfte es sich kaum mehr um Maßnahmen handeln, die vom Grundsatz der Verhältnismäßigkeit noch gedeckt sind.

Sicherlich ist es menschlich durchaus nachzuvollziehen, wenn einzelne Polizisten nach tagelangen Attacken von Kriminellen und bei einem erheblichen Schlafdefizit überreagieren, aber es stellt sich doch die Frage, warum an einen Beamten, der mehrere Jahre speziell für diese Situationen ausgebildet wurde, ein weniger strenger Maßstab angelegt wird als an einen Privatmann, der nachts im heimischen Schlafzimmer von einer albanischen Einbrecherbande überrascht wird. *Dirk Pelster*

Fünf Voraussetzungen müssen erfüllt sein

Wer in Notwehr handelt, macht sich selbst nicht strafbar, auch wenn er dabei Mittel einsetzt oder Maßnahmen ergreift, die ansonsten illegal sind. Dafür müssen nach deutschem Recht aber fünf Voraussetzungen erfüllt sein.

Erstens: Es muss ein gegenwärtiger und rechtswidriger Angriff auf ein Rechtsgut des Verteidigers oder eines Dritten (zum Beispiel Leben, Gesundheit, Eigentum) vorliegen.

Zweitens: Die Verteidigungshandlung muss verhältnismäßig sein, das heißt, es darf nur so viel Gewalt eingesetzt werden, wie zur Abwehr des Angriffes wirklich erforderlich und notwendig ist.

Drittens: Der Angegriffene darf die Notwehrsituation nicht provoziert haben, zum Beispiel indem er einen Täter zuvor solange beleidigt, bis dieser schließlich zuschlägt.

Viertens: Die Notwehrsituation muss als solche vom Verteidiger erkannt werden.

Fünftens: Der Verteidigungswille ist wichtig. Das heißt der Verteidiger darf Gewalt nur einsetzen, um ein Rechtsgut zu schützen, und nicht etwa, um damit persönliche Frustrationsgefühle abzubauen. *DP*

Das Ostpreußenblatt

Nr. 3 – 19. Januar 2018

MELDUNGEN

Kulturjahr 2018 wurde eröffnet

Deutsch-Eylau – Ende vergangenen Jahres wurde in Deutsch-Eylau das Kulturjahr 2017/2018 der Woiwodschaft Ermland-Masuren gefeiert. Zu diesem Anlass gab es eine Gala im Foyer des Kinotheaters in Deutsch-Eylau, an der Prominente aus Kultur und Wissenschaft sowie Kunstmäzene des südlichen Ostpreußens teilnahmen. Für 2017 hatte die Woiwodschaft umgerechnet zwölf Millionen Euro für die Kultur und den Schutz des nationalen Erbes bereitgestellt. Sie erhält dafür großzügige Unterstützung seitens der EU. So konnten 2017 wieder Menschen ausgezeichnet werden, die sich für die Kultur stark gemacht hatten. Einer von ihnen, Antoni Czyzyk aus Elbing, erhielt die Verdienstmedaille „Gloria Artis“. Czyzyk ist Direktor des Europäischen Begegnungszentrums „Swiatowid“. Seit 18 Jahren organisiert er ein internationales Tanzfestival, dank dessen Elbing als die Hauptstadt des Standardtanzes angesehen wird. *L. Ch.*

Polizei erhält Funkwagen

Braunsberg – Die Polizei im südlichen Ostpreußen erhält neue Funkwagen im Wert von rund 1,5 Millionen Euro. Zuerst wurden Braunsberg und Osterode mit drei sowie Bartenstein mit zwei Autos ausgestattet. 22 Fahrzeuge wurden von der Polizei-Hauptkommandantur finanziert und sieben von der Europäischen Union. Insgesamt wird die Polizeiflotte im südlichen Ostpreußen mit 67 Funkwagen verstärkt. *PAZ*

Eine geschichtsträchtige Reise

Allenstein stattet Straßenbahn- und Bushaltestellen mit alten Ansichten der Verkehrsmittel aus

Seit einiger Zeit wird in Allenstein ein Projekt mit dem Titel „Galerie des alten Allenstein“ umgesetzt. An den Straßenbahnhaltestellen wurden Plakate ausgehängt, auf denen historische Stadtansichten von vor 100 Jahren dargestellt werden.

Es handelt sich um etwa 40 Reproduktionen von alten Fotografien, die im Großformat in den Verglasungen mehrerer Haltestellenhäuschen präsentiert werden. Die Abbildungen von alten und häufig nicht mehr bestehenden Bauten wie Schulen, Bibliotheken, Mietshäusern, Bauwerken in der Altstadt oder Gerichtsgebäuden und Stadtinfrastrukturelementen sollen Einblicke geben, wie sich die städtische Landschaft im Laufe des letzten Jahrhunderts verändert hat.

Der Betrachter der Plakate erfährt zum Beispiel, dass die erste Straßenbahnlinie in Allenstein 1907 eingerichtet wurde. Eine andere Plakattafel gibt Auskunft darüber, wie das Bürgerhaus aussah, in dem 1887 der bekannte Architekt Erich Mendelsohn zur Welt gekommen ist. Die Bilder, die mit einer genauen Beschreibung der gezeigten Objekte versehen sind, erinnern auch an die damaligen deutschen Straßennamen. So erfährt man, dass die heutige Dabrowszczaków-Straße in der Vorkriegszeit Kaiserstraße hieß.

Die Idee mit bebilderten Haltestellen ist etwas Neuartiges, denn alle Bewohner, die mit öffentlichen Verkehrsmitteln fahren, erhalten beim Warten auf die Straßenbahn oder den Bus die Gelegenheit, sich in die Geschichte ihrer Stadt zu vertiefen. Ansonsten verschönern die Plakate die Umgebung. Ein gutes Beispiel dafür ist die riesige Mauer der Untersuchungshaftanstalt im Stadtzentrum. Da die Mauer mit allerlei Werbeplakaten überhängt und alles andere als schön war, hat das Projekt ausgerechnet an dieser Stelle seinen Anfang genommen. An der gewaltigen Umzäunung der Haftanstalt wurden nämlich drei ebenso große Plakatrahmen befestigt. Die hier aufgehängten Poster sind vergrößerte Kopien alter Postkarten und Fotos und stammen nicht selten aus Privatarchiven. Vor Kurzem hing dort ein Plakat, das den 1872 neu eröffneten Hauptbahnhof darstellte. Derzeit ist unter anderem die Abbildung von einer Straßenbahn vor dem Hintergrund der Altstadt vor dem Zweiten Weltkrieg zu sehen.



Vorkriegsansicht: Straßenbahn vor dem Hintergrund der Allensteiner Altstadt Bild: Marianna Nowicka

Bei dem Vorhaben, auf das alte Allenstein quasi in Form einer Haltestellenausstellung zurückzuschauen, wurde auf viel Dynamik geachtet. Kornelia Kurowska, Vorsitzende der Stiftung Borussia, die für die Durchführung des Projekts „Galerie des alten Allenstein“ zuständig war, ist der Meinung, dass man auf keinen Fall statisch bleiben sollte. Sie erzählte, bei der Auswahl der historischen Fotos habe sich gezeigt, dass auf einem Großteil von ihnen die Straßenbahnen verewigt worden seien. Bei der Suche nach Begleitveranstaltungen rund um die Ausstellung sei man auf die Idee gekommen, dass es sich lohne, an die Geschichte anzuknüpfen und noch einmal aus einer anderen Perspektive auf die Stadt zu schauen, und zwar aus den Fenstern der modernen Schienenfahrzeuge – so sei die Idee zu einer „Reise durch die Geschichte Allensteins mit der Straßenbahn“ entstanden.

Erste Fahrten fanden positives Echo

Folglich hatten die Organisatoren im Einvernehmen mit den städtischen Verkehrsbetrieben Straßenbahnfahrten mit einem Reiseführer geplant, der während der Fahrt etwas über die Geschichte Allensteins erzählt.

Die Aktion fand am zweiten Januarwochenende bereits zum zweiten Mal statt. An bestimmten Gebäuden vorbeifahrend konnten die Passagiere viel Interessantes erfahren. Der Reisebegleiter Jakub Rudnicki informierte gründlich über die Stadtentwicklung. Sein Augenmerk richtete er aber vor allem auf die Objekte, die auf den Plakaten an den Haltestellen zu bewundern sind.

Genau wie beim ersten Mal wurden vier Fahrten mit der Straßenbahnlinie Nr 1. veranstaltet. Um das Angebot zu nutzen und an der Fahrt teilnehmen zu können, benötigte man lediglich eine gültige Fahrkarte. Jeder Teilnehmer der zirka 20-minütigen Reise erhielt von den Organisatoren ein kleines Souvenir in Form einiger historischer Ansichtskarten.

Unter sowohl älteren als auch jüngeren Stadtbewohnern erfreut sich das Projekt bisher einer großen Popularität. Kein Wunder, da die Unternehmung aus den Mitteln der Stadtgemeinde Allenstein im Rahmen des Bürgerbudgets finanziert wird. Das bedeutet, dass das Projekt in der Phase der Ausschreibung das Interesse vieler Einwohner erweckte und sie für dessen Umsetzung gestimmt haben.

Alle warten und freuen sich nun auf weitere Angebote von Reisen durch die Geschichte Allensteins. *Dawid Kazanski*

Mehr Verbindungen

Neben Zug- auch innerostpreußische Flugverbindungen geplant

Obwohl seit 2016 der Kleine Grenzverkehr zwischen dem südlichen und nördlichen Ostpreußen wegen der europäischen Sanktionspolitik gegen Russland ausgesetzt ist, floriert der Grenzverkehr wieder.

Am 5. Januar wurde die neue Zugverbindung zwischen Königsberg und Gdingen getestet. Sie ist hauptsächlich wegen der diesjährigen Fußballweltmeisterschaft in Russland eingeführt worden, aber wenn das Interesse groß genug ist, könnte sie zur Dauereinrichtung werden. Die Bewohner des Königsberger Gebiets reisen gerne nach Danzig, um einzukaufen oder einfach nur aus touristischen Gründen. Wenn die Bahnverbindung dauerhaft besteht, könnten vielleicht auch Polen öfter nach Königsberg reisen.

Der erste Zug aus Gdingen nach Königsberg startete um 5.56 Uhr und erreichte Braunsberg um 8.08 Uhr, wo die Passagiere umsteigen mussten in die Königsberger Bahn, weil die Spurbreite der russischen Eisenbahn eine andere ist. Nach der Passkontrolle fuhr der Zug Richtung Königsberg ab und erreichte sein Ziel um 10.13 Uhr mitteleuropäischer Zeit (MEZ), nach russischer Zeit 11.13 Uhr.

Der erste Zug aus Königsberg startete dagegen um 8.17 Uhr (russischer Zeit) und kam um 8.45 Uhr MEZ in Braunsberg an. Nach dem Umsteigen ging es weiter über Elbing, Marienburg, Danzig, Zoppot bis nach Gdingen, wo der Zug um 12.29 Uhr eintraf. Der Rückzug nach Königsberg startete um 16.45 Uhr.

Die Fahrkarte aus Königsberg nach Braunsberg kostet umgerechnet zirka 1,40 Euro und von Braunsberg nach Danzig/Zoppot kostet die Fahrt noch einmal 6,60 Euro, nach Gdingen sind es sieben Euro.

Vor der kommenden Fußballweltmeisterschaft will Königsberg auch Verbindungen mit zwei Flughäfen aufnehmen. Einer davon ist Danzig und der andere Memel, deshalb werden zurzeit auch zwei neue Zugverbindungen in diese Richtungen getestet. In Königsberg werden im Juni vier Gruppenspiele stattfinden: Kroatien–Nigeria, Schweiz–Serbien, Spanien–Marokko sowie England–Belgien.

Im Juli 2016 hatte die polnische Regierung den Kleinen Grenzverkehr zwischen dem Königsberger Gebiet und den Woiwodschaften Pommern und Ermland–Masuren ausgesetzt. Als Grund dafür wurden die Sicherheitslücken angegeben. Im Endergebnis sank im Juli 2016 der Grenzverkehr an der polnisch-russischen Grenze um 34 Prozent, damit auch der Gesamtwert der Einkäufe von Russen in Polen.

Trotz der Schwierigkeiten beantragten Russen weiterhin polnische Visa. In der ersten Jahreshälfte 2017 überschritten 1,1 Millionen Russen die innerostpreußische Grenze, 5000 mehr als im Vorjahreszeitraum.

Obwohl die polnische Regierung nach Aussetzung des Kleinen Grenzverkehrs die Beziehungen mit dem Königsberger Gebiet nicht mehr pflegt, kommen russischen Touristen gerne nach Danzig oder ins südliche Ostpreußen. *Edyta Gladkowska*

Holzbrücke wie früher

Sanierung trägt zur Stadtverschönerung anlässlich der WM bei

An der Holzbrücke, welche die Altstädtische Langgasse mit der Lindenallee verbindet, wurde nach monatelanger Bauphase die Fahrbahn wieder für den Verkehr freigegeben. Seit Kurzem gibt es Neuerungen, die den Städtern gefallen dürften. Es wurden neue Stützen für die Straßenbahngleise eingebaut. Vor der Brückensanierung bestanden die Stützen nur aus zwei eisernen Säulen und einer Querstange über ihnen. Während der Bauarbeiten wurde dann entschieden, dass die Brücke ihr Vorkriegsaussehen erhalten sollte.

Die Stützen wurden nach Fotografien und Archivdaten rekonstruiert. Dennoch unterscheiden sich die neuen Stützen etwas von den alten, da sie mit moderner Technologie hergestellt wurden. Vor dem Krieg wurden alle Elemente der Konstruktion geschmiedet. Diesmal wurden einige Elemente im herkömmlichen Verfahren und durch Computerschnitte hergestellt.



Sanierte Brücke: Schnörkeliges Ambiente soll anlocken Bild: J.T.

Die „historischen“ Stützen sind nicht die einzige Neuerung an der Holzbrücke. Aus St. Petersburg wurden vier Laternen geliefert, die nun die Brücke schmücken. Obwohl in den Bauplänen eine moderne Beleuchtung vorgesehen war, beschloss man, die neuen Lampen den ursprünglichen anzupassen.

Ein durchsichtiges Fenster am Boden erlaubt zudem einen Blick auf den Zugmechanismus der Brücke, der sich in den Stützen befand. Die keilförmigen Stützen erfüllen gleich mehrere wichtige Funktionen: Sie bieten eine Aussichtsplattform für Fußgänger, in ihnen sitzen die technischen Einrichtungen für den Zugmechanismus, der auch das Treibeis zerschneidet, wenn es im Winter gebildet wird.

Die Holzbrücke dient nicht nur dazu, zur Ansicht des alten Königsbergs beizutragen, sondern sie stellt auch eine weitere Dekoration der Route dar, auf der Touristen und Fans während der WM dem Stadion folgen. *Jurij Tschernyschew*



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

es ist nur ein gebundenes Heft, kaum 50 Seiten dünn, aber die haben es in sich. Denn sie enthalten die Selbstbiographie einer außergewöhnlichen Frau, die ihr Leben selber in die Hand nehmen musste, um für sich und ihre Mutter ein lebenswertes Dasein zu schaffen. Nicht hier in Deutschland, sondern in Kanada, wo die Auswanderungswelle nach dem Zweiten Weltkrieg vor allem deutsche Männer erfasste. Dass aber eine junge Frau ohne berufliche Erfahrung, ohne Begleitung von Verwandten, ohne Betreuung durch eine Hilfsaktion und ohne finanzielles Polster allein den Sprung über den Großen Teich wagte, ist schon außergewöhnlich. **Ruth Kaufmann** aus Ontario hat es getan, und sich dort ein Leben so ganz nach ihren Vorstellungen aufgebaut, sodass die heute 95-Jährige voller Dankbarkeit auf die Jahre zurückblicken kann, die sie bisher in Kanada verbracht hat. Das macht das kleine Bändchen so liebenswert, weil man in diesem Rückblick auf ein erfülltes Leben die Ausgeglichenheit des Alters in jeder Zeile spürt. „Rückblick“ hat Ruth Kaufmann deshalb ihre Selbstbiographie betitelt, die sie uns mit der Bitte übersandte, sie unseren Lesern vorzustellen. Denn sie, die in Schlesien Geborene, ist seit Jahrzehnten treue Leserin unserer Zeitung und mit der Ostpreußischen Familie vertraut. Und wenn sie auch jede Ausgabe im deutschen Freundeskreis weitergibt, achtet sie immer darauf, dass sie die Zeitung wieder zurückbekommt. Da ist es leicht, ihre Bitte zu einer Vorstellung ihrer Biografie in unserer Kolumne zu erfüllen.

Und doch auch schwer, denn Ruth Kaufmann bringt auf jeder Seite eine solche Fülle von Eindrücken, dass es Mühe macht, die Wesentlichsten herauszustellen. Da ist ihre Kindheit in Görlitz, die von Mutterliebe geprägt ist. Die Verbindung mit der lebensfrohen Mutter ist sehr eng und wird von Bewunderung für diese Frau getragen, die sich nach der Scheidung aus eigener Kraft einen Beruf aufbaute: **Luise Kaufmann**, Miederfabrikation und Vertrieb. Für die Frauen, vor allem in den Berufen, die körperliche Kraft benötigten, waren stützende Mieder wichtig. Das Unternehmen florierte, da die künstlerisch veranlagte Frau die in Maßarbeit angefertigten Korsetts mit schmückendem Zubehör versah. Sie war auch sehr musikalisch und wollte sich in Gesang ausbilden lassen, musste aber für sich und ihre Tochter das tägliche Brot verdienen, so tröstete sie sich mit ihrer Mitwirkung als Chorsängerin im Stadttheater Görlitz. Ihre Tochter Ruth wollte nach der Mittelschule gerne auf eine höhere Schule wechseln, aber die Lehrerin riet der Mutter ab, die Tochter würde doch bald heiraten. Ruth Kaufmann blieb ledig. Bis heute!



Ruth Kaufmann Bild: Geede

Der erste Arbeitsplatz war für Ruth die Dunkelkammer eines Fotogeschäftes, die Kamera wurde auch im späteren Leben ihr ständiger Begleiter. Aber dann begann der Zweite Weltkrieg, die Männer wurden eingezogen, und Frauen nahmen ihre Plätze ein. Erstmalig auch bei Banken, und so wurde auch Ruth bei der Commerzbank Lauban eingestellt. Aber nicht lange, denn nun begann auch für Ruth und ihre Mutter die Odyssee der Vertreibung, die sie nach langer Irrfahrt nach Unterfranken führte, wo sie in der Nähe von Hammelburg bei einem Schäfer eine kleine Stube bezogen. Hier fand Luise Kaufmann ein altes Spinnrad und begann zu spinnen, bald konnte sie wieder ihrem Metier nachgehen. Ruth bekam in Hammelburg eine Stelle beim Ernährungsamt. Aber das waren vorübergehende Tätigkeiten, die entbehrungsreiche Gegenwart ließ keine Erwartungen auf ein besseres Leben zu, die Zukunft blieb ungewiss. Und irgendwann kam da der Gedanke an eine Auswanderung auf. Seit 1950 konnten Anträge gestellt werden, aber nicht für Reichsdeutsche. Weil diese Zeit eine der wichtigsten Schaltstellen im Leben der Ruth Kaufmann ist, lasse ich sie erzählen:

„Da schaltete sich Kanada ein. Der Vergleich zwischen dem weiten Land mit wenig Besiedlung und dem kleinen Deutschland mit seinen Millionen von Vertriebenen war überwältigend. Die Auswanderung nach Kanada sollte eine Milderung der Zustände bringen, aber auch von Nutzen für das eigene Land sein. Es wurde ein Jahr in einer festen Tätigkeit vorgeschrieben, somit waren Arbeit und Unterkunft gesichert. Danach konnte nach eigenem Wunsch gehandelt werden. Wir überlegten und kamen zu dem Entschluss, dass es auch was für uns wäre. Wir erhielten die betreffenden Formulare von der kanadischen Behörde. In der nächsten Zeit beschäftigte ich mich mit der englischen Sprache, das würde die Verständigung erleichtern. Meine Mutter hatte sich mit ihrem Beruf einen festen Boden geschaffen, leider hatte ich nicht ihre künstlerische Ader geerbt. So blieb ich bei der Buchführung. Für mich standen die Aussichten auf einen Arbeitsplatz nicht so gut. Wir bereiteten uns auf die große Veränderung vor und merkten erst jetzt, wieviel wir in den acht Jahren hier in Unterfranken geschaffen hatten, was lebenswert war. Ein Tischler fertigte uns eine künstlerisch bemalte Schiffstruhe für die Überfahrt an.“ Die Ruth alleine antreten musste, denn ihre Mutter erfüllte nicht die vorgeschriebenen Bedingungen für ältere Auswanderer: Sie hatte gerade die 50 überschritten und hätte in Kanada einen Bürgen benötigt. Ruth nahm sich vor, nach einem Jahr diese Bürgschaft zu übernehmen, wenn sie die eigenen Reisekosten bezahlt hatte. Aber es war doch noch eine spürbare Ungewissheit vorhanden, ob man auch alles richtigmache. Da kam der Bescheid, dass Ruth am 8. Juni 1953 mit Gepäck und Papieren in Bremerhaven zur Registrierung erwartet würde. Die Würfel waren gefallen!

Luise Kaufmann begleitete ihre Tochter nach Bremerhaven und nahm am 11. Juni von ihr Abschied, als Ruth an Bord des ehemaligen Truppentransporters „Skaubryn“ ging. Ein letztes Winken, ein Lächeln, nein, keine Tränen, es war ja nur ein Abschied für kurze Zeit. Die Überfahrt erfolgte ohne Zwischenfälle für Ruth, die sich am liebsten an Deck aufhielt, denn die meisten Passagiere wurden seekrank, und so ging Ruth am 22. Juni in Quebec an Land, wo die Auswanderer ihre Papiere erhielten. Auf Rat der Bearbeiter entschied sich Ruth für Ottawa, Ontario, in dem sie noch heute lebt. Es wäre viel über diese erste Zeit in Kanada zu erzählen und Ruth hat es auch getan, aber sie berichtet nicht nur über ihre neuen Tätigkeiten und Erlebnisse in dieser waldreichen Provinz, sie spricht auch von Fehlschlägen und Überlegungen, wieder nach Deutschland zurück zu kehren, die ihre Mutter mit ihr teilte. Doch diese folgte dann ihrer Tochter schneller als erwartet, denn sie hatte für die Reise gespart, die Bürgschaft in Kanada übernahm Mrs. B., Lehrerin und Familienmutter, in deren Haushalt in Ottawa Ruth seit der Einwanderung arbeitete, um den Jahreskontrakt erfüllen zu können.

Schon am 30. November 1953 landete Luise Kaufmann in Montreal, und so waren Mutter und Tochter wieder vereint, aber nicht zusammen wohnen, bis die Mutter Arbeit und Unterkunft in einem College gefunden hatte. Dort bekam auch die Tochter eine Bleibe, als sie ihr „Pflichtjahr“ erfüllt hatte, und fand Arbeit als Hilfsschwester in dem College. Aber eine eigene Wohnung bekamen sie erst, als ein hilfsbereiter Heizer ihnen ein kleines Apartment neben seinem Kohlenkeller vermittelte. Das nächste Heim war auch nicht viel größer, hatte aber Tageslicht, Luise richtete es wohnlich ein. Ruth hatte inzwischen Arbeit bei der Bank of Nova Scotia gefunden, und so lief das Leben nun im ruhigen Fahrwasser, wie sie in ihrem Lebensbericht schreibt: „Wir waren zufrieden mit dem, was wir aus eigener Kraft geschaffen hatten, mit kleinen Einkommen und ohne Schuldscheine.“ In freien Stunden wurde die Stadt Ottawa erkundet, und da stießen sie auch auf Heimatlich-Vertrautes: Gottesdienste in deutscher Sprache, herzliche Aufnahme im Kreis der deutschen Gemeinde, eine Bibliothek mit deutscher Literatur und sogar altgewohnte Lebensmittel wie Schwarzbrot und Sauerkraut, die das Eingewöhnen leichter machten. Und das wurde noch verstärkt, als die Kaufmanns beschlossen, ein kleines Haus zu kaufen, hundert Jahre alt und mit Hypotheken belastet, aber es wurde zu ihrer eigenen kleinen Welt, in der Mutter und Tochter sich geborgen fühlten. Vor allem Luise, die aus dem alten Haus ein Schmuckstück machte, von Blumen und Büschen umrankt, innen mit den schönen Handarbeiten geschmückt. Es waren glückliche Zeiten – bis zum Spätherbst 1975. Luise, die Tatkräftige, Ideenreiche, immer Fröhliche, wirkte müde, in sich gekehrt und verstarb nach kurzem Klinikaufenthalt am 24. November, die schlimmste Zäsur im Leben der Tochter, die erst nach einem Jahr ihre Tätigkeit als Buchhalterin wieder aufnehmen konnte. Für sie wurde nun das kleine Haus noch stärker zu ihrem Lebensmittelpunkt, aber es war ein Altbau und wurde gegen ihren Willen abgerissen. Ruth ließ ein neues kleines Haus bauen, in dem sie noch heute lebt. Vor zwei Jahren schrieb die heute 95-Jährige ihre Erinnerungen auf und bringt sie in die Jetztzeit ein:

„Heute blicke ich zurück. 30 Jahre in Deutschland – 60 Jahre in Kanada. Nur ein winziger Punkt in den Millionen von Menschenschicksalen. Technik, Gesundheit, Kultur haben eine enorme Veränderung erfahren. Vieles ist leichter erreichbar. Für jeden einzelnen Menschen ist aber geblieben die Freude, die Liebe, der Schmerz, die Trauer. Das trägt man in sich, das lässt sich nicht teilen, aber man kann Anteil nehmen an den Freuden und Leiden anderer. Das gibt uns Zufriedenheit“.

Eure

Ruth Geede



Die ostpreußische Familie



Bild: Pawlik

Wer weiß etwas? Wer kennt diesen lieben Menschen? Wer kann weiter helfen?

Das schwere Schicksal der Vertriebenen hat bei den Betroffenen und ihren Nachkommen unendlich viele Fragen aufgeworfen. Ruth Geede sucht in ihrer Rubrik „Die ostpreußische Familie“ nach den Antworten. Die Schriftstellerin und Journalistin wurde 1916 in Königsberg geboren. Seit 1979 ist sie die „Mutter“ der Ostpreußischen Familie. Ihre Kenntnis und ihre Lebenserfahrung halfen bereits vielen hundert Suchenden und Wissbegierigen weiter. Es geht um das Auffinden verschollener Familienmitglieder und Freunde, um Ahnenforschung oder wichtige Fragen zur ostpreußischen Heimat.

Anfragen an: Redaktion *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, redaktion@preussische-allgemeine.de

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Zwischentöne unerwünscht

Hat der schlesische Literat Wilhelm Szewczyk wegen seiner Mitgliedschaft in der Kommunistischen Partei als Vorbild ausgedient?

Ende Dezember protestierten mehrere hundert Kattowitzer gegen die Umbenennung des Wilhelm-Szewczyk-Platzes in Kattowitz in Maria-und-Lech-Kaczynski-Platz. „Wir stehen auf dem Szewczyk-Platz und nicht auf dem Platz der Kaczynskis, es ist unsere Stadt und es sind unsere Plätze und Straßen“, skandierten die Versammelten. „Die oberschlesische Geschichte ist nicht schwarz-weiß und genauso wenig schwarz-weiß ist die Geschichte Szewczyks“, hieß es in den Reden der Unzufriedenen, die sich auch gegen eine fehlende Diskussion zur Umbenennung auflehnten. Die Protestierenden forderten den Woiwoden auf, die Umbenennung rückgängig zu machen.

Das Präsidentenpaar Kaczynski war 2010 beim Flugzeugabsturz in Smolensk ums Leben gekommen. Die Umbenennung des Platzes erfolgt wegen der „Dekommunisierungskampagne“, in deren Zuge Straßen und öffentliche Plätze ihre bisherige Benennung verlieren müssen, wenn sie nach Kommunisten oder vermeintlichen Befürwortern anderer totalitärer Regime benannt sind. Wilhelm Szewczyk war Germanist, Literaturkritiker, Übersetzer, Schriftsteller, Lyriker und eben auch Mitglied der Kommunistischen Partei.

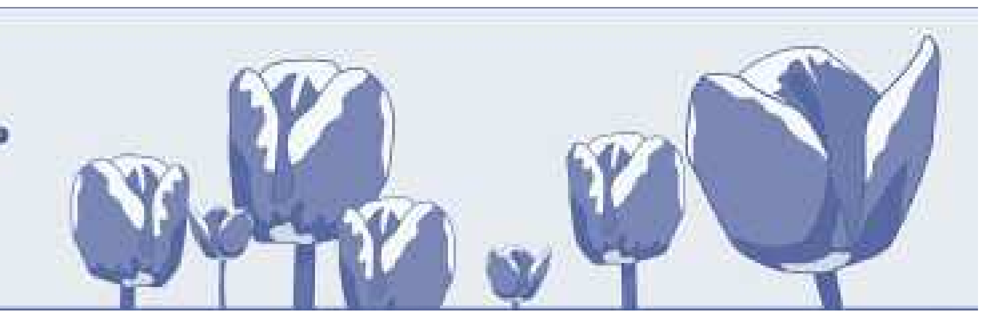
Der Kattowitzer Woiwode Jaroslaw Wieczorek begründete seinen Umbenennungs-Beschluss mit der Feststellung, Szewczyk habe durch sein „rotes Parteibuch“ das kommunistische System legitimiert. Außerdem holte sich Wieczorek Rückendeckung beim Kattowitzer Institut für Nationales Gedenken.

„Es geht nicht um eine ‚Dekommunisierung‘, sondern darum, wer bei uns die historische Politik ausübt. Die Regierung will ein Monopol darauf haben und wir sind damit nicht einverstanden, dass über unsere Gedenkkultur in Warschau entschieden wird“, sagte Jerzy Gorzelik von der Bewegung für die Autonomie Schlesiens (Ruch Autonomii Slaska) und Gegner der Umbenennungsaktion in einem Interview für die Zeitung „Rzeczpospolita“. Er moniert zudem die Rolle des Institutes für Nationales Gedenken, das zu einer Institution degradiert worden sei, die „in einem banalen Ja-Nein-Binärsystem“ Gutachten erstelle, in denen stehe, wer vom Sockel verschwinden solle. „Es stört Warschau nicht, dass nach Woiwode Michal Grazynski, einem chauvinistischem Vertreter der autokratischen ‚Sanacja‘ (Heilung; System unter Pilsudski), Straßen benannt sind, es stört sie aber ein Wilhelm Szewczyk, der nicht etwa, weil er Kommunist war, zum Patron des Platzes wurde, sondern als Literat. Wir protestieren dagegen, dass man eine Debatte zur Geschichte Oberschlesiens durch administrative Beschlüsse ersetzt“, so Gorzelik.

Unter den Demonstranten waren auch Universitätsdozenten wie Maciej Tramer, der Szewczyk zu den wichtigsten oberschlesischen Schriftstellern zählt. „Er hinterließ zahlreiche Bücher, Gedichte, Romane, Zeitungsartikel und Radiosendungen. Szewczyk war sehr charakteristisch. Nun schaut er auf uns von Oben herab und schämt sich für uns“, zitiert das TV-Portal tvn24 Tramer. Aus Sicht des Polonisten von der Schlesischen Universität Kattowitz hat Szewczyk seine Popularität und Autorität für sein Oberschlesien eingesetzt. Das Gedenken an Szewczyk sei eine „Sache des Anstandes“, so Tramer.

Der vor 26 Jahren verstorbene Szewczyk stammte aus bescheidenen Verhältnissen. Geboren 1916 in einem sogenannten „Familok“, also einem Bergarbeiter-Mietshaus in Czuchow bei Rybnik, wuchs Szewczyk in Rotenau auf. Nach Kattowitz zog er 1935 nach seinem Abitur. Bereits damals schrieb er Gedichte und Artikel für die polnische Zeitschrift „Kuznica“ (Schmiede). Bis 1939 war er Literatur-Redakteur beim polnischen Radio Kattowitz. Im Krieg wurde Szewczyk in die Wehrmacht einberufen und kämpfte in der Normandie und in Russland. Nach Kriegsende kehrte er nach Kattowitz zurück und arbeitete in der Abteilung für Information und Propaganda des Woiwodschaftsamtes. 1947 trat er der Kommunistischen Partei bei. Szewczyk war Abgeordneter im Parlament von 1957 bis 1980 mit einer Unterbrechung von 1965 bis 1969.

Die Rezeption Szewczyks mag kontrovers sein, viele seiner Werke weisen propagandistischen Charakter auf, aber wie sonst hätte er damals seine Geschichte der deutschen Literatur des 20. Jahrhunderts herausgeben oder Werke deutscher Literatur ins Polnische übersetzen können. Es ist ihm gelungen, die Liebe zur deutschen Sprache und Literatur seiner Tochter weiterzugeben. Grazyna Barbara Szewczyk, Chefin der germanistischen Fakultät der Universität Kattowitz, machte sich an der nach der politischen Wende neugegründeten Universität Oppeln für die Verbreitung schlesischer Literatur stark. Dank ihres Engagements sind viele fast vergessene deutsche Schriftsteller aus allen Teilen Schlesiens in den Literaturkanon der Germanistikstudenten aufgenommen worden. Als Betreuerin von Magistern und Doktoranten bildete sie eine Reihe von Kennern und Multiplikatoren der deutschen Literatur in Schlesien aus. Sie nahm ebenfalls am Protest gegen die Umbenennung des Szewczyk-Platzes teil. *Chris W. Wagner*



Wir gratulieren ...

ZUM 105. GEBURTSTAG

Korinth, Hildegard, geb. **Hagen**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 23. Januar

ZUM 100. GEBURTSTAG

Brosch, Bruno, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 21. Januar

ZUM 98. GEBURTSTAG

Schmidt, Magdalena, geb. **Stern**, aus Neidenburg, am 23. Januar

ZUM 97. GEBURTSTAG

Kositzki; Charlotte, geb. **Patz**, aus Friedrichsthal, Kreis Ortelsburg, am 23. Januar

ZUM 96. GEBURTSTAG

Burmeister, Anita, geb. **Alexy**, aus Rodental, Kreis Lötzen, am 21. Januar
Ruschinzik, Eva, geb. **Meinke**, aus Reinkental, Kreis Treuburg, am 19. Januar

ZUM 95. GEBURTSTAG

Bisges, Gertrud, geb. **Lasarzewski**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 20. Januar
Deimer, Ellinor, geb. **Schoen**, aus Lyck, Hindenburgstraße 65, am 24. Januar
Ehlert, Hans, aus Schönfeld, Kreis Sensburg, am 16. Januar
Lange, Margarete, geb. **Czaplinki**, aus Treuburg, am 20. Januar
Leiss, Irmgard, geb. **Liss**, aus Bartendorf, Kreis Lyck, am 20. Januar
Myska, Karl, aus Zeysen, Kreis Lyck, am 22. Januar
Nowak, Helene, geb. **Striewski**, aus Niedenau, Kreis Neidenburg, am 23. Januar
Weiss, Gertrud, geb. **Jablonski**, aus Lyck, Von-Ludendorffstraße 7, am 22. Januar

ZUM 94. GEBURTSTAG

Dickschas, Kurt, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 22. Januar
Dinse, Luise, aus Lyck, am 23. Januar
Guth, Elisabeth, geb. **Fröhlian**, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, am 20. Januar
Jurkschat, Rudolf, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 19. Januar
Kindler, Hildegard, geb. **Wilhelm**, aus Lablacken, Kreis Tilsit, am 23. Januar

ZUM 93. GEBURTSTAG

Barthel, Gertrud, geb. **Scheckenreuter**, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am 21. Januar
Berger, Gerhard, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 24. Januar
Brozoska, Hildegard, geb. **Salkowski**, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 23. Januar
Degenhardt, Klara, geb. **Hömke**, aus Germau, Kreis Fischhausen, am 24. Januar
Friebe, Ilse, geb. **Mehr**, aus Palmnicken, Kreis Fischhausen, am 25. Januar
Kleine, Elfriede, geb. **Kramberger**, aus Lyck, am 20. Januar
Klietz, Margarete, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 19. Januar
Kullik, Herbert, aus Gimmendorf, Kreis Neidenburg, am 25. Januar
Müller, Gertrud, geb. **Blask**, aus Keipern, Kreis Lyck, am 24. Januar
Paetzold, Hannelore, aus Hansbruch, Kreis Lyck, am 25. Januar
Peitsch, Helmut, aus Groß Sausgarten, Kreis Preußisch Eylau, am 24. Januar
Reiniger, Gerda, geb. **Linkner**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 25. Januar
Shinners, Ingeborg, geb. **Woweries**, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 25. Januar
Wedel, Erna, geb. **Rudat**, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, am 22. Januar

ZUM 92. GEBURTSTAG

Dicmanis, Lieselotte, geb. **Salloch**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 21. Januar
Dreipelcher, Dr. med. Horst, aus Lyck, am 19. Januar
Kühnel, Brunhilde, geb. **Renz**, aus Wehlau, am 19. Januar
Mäder, Gerda, geb. **Janzik**, aus Waiblingen, Kreis Lyck, am 20. Januar
Patz, Asser, aus Marienhof, Kreis Fischhausen, am 20. Januar
Rohde, Kurt, aus Vierbrücken, Kreis Lyck, am 19. Januar
Schaub, Elisabeth, geb. **Scharfschwerdt**, aus Lank, Kreis Heiligenbeil, am 19. Januar
Schoenfeld, Hildegard, geb. **Stullich**, aus Lötzen, am 26. Januar
Stoll, Willy, aus Wittingen, Kreis Lyck, am 20. Januar
Wallis, Brunhilde, geb. **Schweiger**, aus Schareiken, Kreis Treuburg, am 23. Januar
Wittmann, Erna, geb. **Schmidt**, aus Waltershöhe, Kreis Lyck, am 25. Januar
Würger, Helene, geb. **Besmehn**, aus Inse, Kreis Elchniederung, am 25. Januar

ZUM 91. GEBURTSTAG

Dembeck, Helmut, aus Roggen, Kreis Neidenburg, am 21. Januar
Gränitz, Liselotte, geb. **Aschmonat**, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 24. Januar
Grünberg, Dora, geb. **Kamann**, aus Mühlenkreuz, Kreis Elchniederung, am 24. Januar
Hagen, Elfriede, geb. **Langguth**, aus Struben Abbau, Kreis Neidenburg, am 25. Januar
Kurrek, Günter, aus Herzogshöhe, Kreis Treuburg, am 19. Januar
Meyer, Ruth, geb. **Gippner**, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 24. Januar
Röder, Margarete, geb. **Hoffmann**, aus Schreitlacken, Kreis Fischhausen, am 24. Januar
Schendel, Herbert, aus Groß Birkenfelde, Kreis Wehlau, am 25. Januar
Schmökel, Gerda, geb. **Wiener**, aus Haselgrund, Kreis Ebenrode, am 25. Januar
Voelkl, Elfriede, geb. **Slawski**, aus Lötzen, am 21. Januar
Walendy, Udo, aus Lyck, am 21. Januar
Wilhelm, Erika, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 40, am 24. Januar
Winter, Doris, geb. **Nebel**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 19. Januar

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bötcher, Elfriede, geb. **Helbing**, aus Liebstadt, Kreis Mohrungen, am 24. Januar
Engels, Margarete, geb. **Weiß**, aus Parnehnen, Kreis Wehlau, am 20. Januar
Knief, Liselotte, geb. **Woywod**, aus Neidenburg, am 21. Januar
Kohn, Heinz, aus Wehlau, am 22. Januar
Langhans, Lieselotte, geb. **Gollan**, aus Samplatten, Kreis Ortelsburg, am 231. Januar
Lorenzen, Elsa, geb. **Beroleit**, aus Deeden, Kreis Ebenrode, am 21. Januar
Lottner, Brigitte, geb. **Heidingsfeld**, aus Königsberg, am 23. Februar
Meisel, Luzia, geb. **Kallweit**, aus Hochdünen, Kreis Elchniederung, am 23. Januar
Schmidt, Helga, geb. **Pitsch**, aus Stadtfelde, Kreis Ebenrode, am 22. Januar
Schomann, Waltraut, geb. **Wermke**, aus Lyck, am 24. Januar
Zaenker, Erna, geb. **Peitsch**, aus Saberau, Kreis Neidenburg, am 19. Januar

ZUM 85. GEBURTSTAG

Badzong, Erich, aus Wilmsdorf, Kreis Neidenburg, am 25. Januar
Barnowski, Alfred, aus Lesgewangen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 23. Januar
Breuhammer, Margarete, geb. **Lange**, aus Wehlau, am 19. Januar
Czwella, Heinz, aus Klenzkau, Kreis Neidenburg, am 23. Januar
Hagemann, Irmgard, aus Karlshöhe, Kreis Neidenburg, am 20. Januar
Herrmann, Hildegard, geb. **Bartholomayzyk**, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 21. Januar
Kompa, Ernst, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 24. Januar
Kropp, Günter, aus Rauschendorf, Kreis Ebenrode, am 25. Januar
Kuschmierz, Ruth, geb. **Gollan**, aus Samplatten Kreis Ortelsburg, am 22. Januar
Lubowski, Irmgard, geb. **Kobielski**, aus Sarken, Kreis Lyck, am 21. Januar
Marquardt, Klaus, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 22. Januar
Niehage, Hildegard, geb. **Allenbacher**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 23. Januar
Tiedtke, Walter, aus Albrechtsdorf, Kreis Bartenstein, am 25. Januar
Tiedtke, Werner, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 24. Januar
Wagert, Ruth, geb. **Schröder**, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 21. Januar
Wenzel, Erna, geb. **Biallas**, aus Soffen, Kreis Lyck, am 21. Januar

ZUM 80. GEBURTSTAG

Aubele, Gerda, geb. **Kalnowski**, aus Schanzenort, Kreis Ebenrode, am 21. Januar
Behrendt, Hartmut, aus Lyck, am 19. Januar
Dentzin, Helga, geb. **Elsner**, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 19. Januar
Dombrowski, Werner, aus Skomanten, Kreis Lyck, am 19. Januar
Heinemann, Ruth, geb. **Galla**, aus Fröhlichshof, Kreis Ortelsburg, am 28. Januar
Hemmerling, Regine, geb. **Rodloff**, aus Lank, Kreis Heiligenbeil, am 22. Januar
Hoffmann, Erika, geb. **Dolinga**, aus Bergenau, Kreis Treuburg, am 22. Januar
Koehler, Roswitha, geb. **Kutzko**, aus Stradauen, Kreis Lyck, am 23. Januar
Korittke, Christel, geb. **Kobialka**, aus Herrendorf, Kreis Treuburg, am 25. Januar
Kruber, Irmgard, geb. **Donder**, aus Langheide, Kreis Lyck, am 24. Januar
Krüger, Erich, aus Lyck, am 19. Januar
Kuhnert, Dr. Adelheid, geb. **Jakubowski**, aus Wehlau, am 25. Januar
Lindt, Gisela, geb. **Brandt**, aus Lerchenborn, Kreis Ebenrode, am 24. Januar
Lunau, Günter, aus Prostken, Kreis Lyck, am 23. Januar
Neumann, Walter, aus Eichen, Kreis Wehlau, am 21. Januar
Nilson, Klaus, aus Königsberg, am 25. Januar
Nitschky, Gertraud, geb. **Lask**, aus Bärengrund und Ringen, Kreis Treuburg, am 24. Januar
Nowosadko, Gert P., aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 25. Januar
Przyswitt, Dieter Horst, aus Lyck, am 20. Januar
Sackel, Ursula, geb. **Szametat**, aus Lyck, am 21. Januar
Sander, Brunhilde, geb. **Grönert**, aus Dietrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 19. Januar
Scheidemantel, Rotraut, geb. **Goerke**, aus Weidlacken, Kreis Wehlau, am 24. Januar
Siemoneit, Walter, aus Lengfriede, Kreis Ebenrode, am 20. Januar
Slomianka, Dietmar, aus Lyck, am 21. Januar
Tillmann, Friedrich, aus Pelkeninken, Kreis Wehlau, am 22. Januar
Waldeny, Alexander, aus Treuburg, am 22. Januar
Wischnewski, Günter, aus Seefrieden, Kreis Lyck, am 25. Januar
Wöhlbier, Hildegard, geb. **Lingies**, aus Altenkirch, Kreis Tilsit-Ragnit, am 22. Januar

ZUM 75. GEBURTSTAG

Hennecken, Erika, geb. **Salecker**, aus Wilken, Kreis Ebenrode, am 25. Januar
Janowski, Wolfgang, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 20. Januar
Keuth, Margit, geb. **Beckmann**, aus Rheinswein, Kreis Ortelsburg, am 24. Januar
Pallat, Diethard, aus Aßlacken, Kreis Wehlau, am 24. Januar
Stallzus, Erhard-Jürgen, aus Altmühle, Kreis Elchniederung, am 22. Januar
Staschko, Klaus, aus Lötzen, am 22. Januar



Sadlowski, Heinz, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg und Heiligenbeil, Wiener Ring 13, und Ehefrau Ruth, geb. **Skorzik**, am 17. Januar

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

TERMINE DER LO

2018
17. bis 18. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Helmstedt
7. bis 8. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine in Sensburg
16. bis 18. April: Arbeitstagung der Landesfrauenvorsitzenden in Helmstedt
20. bis 22. April: Kulturseminar in Helmstedt
16. Juni: Ostpreußisches Sommerfest in Osterode (Ostpreußen)
14. bis 16. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
8. bis 14. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
20. Oktober: 9. Deutsch-Russisches Forum in Insterburg (geschlossener Teilnehmerkreis)
2. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden in Wuppertal
12. bis 15. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ELCH-NIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Barbara Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Flugreise nach Ostpreußen

Zu einer achttägigen Flugreise nach Ostpreußen lädt Dieter Wenskat ein. Vom Dienstag, 17. Juli bis zum Dienstag, 24. Juli geht es unter anderem nach Königsberg, Tilsit, Trakehnen, in die Elchniederung und auf die Kurische Nehrung. Hier das Programm im einzelnen (Programmänderungen vorbehalten):

1. Tag: Am Vormittag Linienflug mit LOT Polish Airlines wahlweise ab Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg oder München mit Umstieg in Warschau und gemeinsamem Weiterflug nach Königsberg, Ankunft gegen Mittag. Am Flughafen werden Sie von Ihrer Reiseleitung empfangen, anschließend Transfer zum Hotel. Nach dem Zimmerbezug im zentral zwischen Ober- und Schlossteich gelegenen Hotel Dohna unternehmen Sie eine Stadtrundfahrt durch Königsberg. Dabei besuchen Sie natürlich Sehenswürdigkeiten wie den wiedererrichteten Königsberger Dom, die Luisenkirche oder den früheren Hansa-Platz mit dem ehemaligen Nordbahnhof und die erhaltenen Stadttore und Befestigungsanlagen wie das restaurierte Königstor und den Litauer Wall. Abendessen und Übernachtung in Königsberg.

2. Tag: Am Vormittag besuchen Sie den Königsberger Dom und erleben ein Anspiel der Orgel zu einem kleinen Konzert. Das in Deutschland gefertigte Instrument gehört zu den größten im ganzen Ostseeraum und entfaltet im Kirchenschiff seine einzigartige Akustik. Anschließend werden Sie zu einem gemeinsamen Mittagessen erwartet, bevor Sie vom neuen Fischdorf am Pregel aus eine dreistündige Schiffsfahrt durch den Hafen und auf dem Königsberger Seekanal entlang Richtung Ostsee bis nach Pillau unternehmen. Die Hafenstadt hatte eine besondere Bedeutung für viele Ostpreußen. Im Winter 1945 mussten von hier aus Tausende Menschen ihre Heimat für immer verlassen. Heute gibt es in Pillau neben den historischen Bauten, Befestigungsanlagen und dem bekannten Leuchtturm eine große Kriegsgräbergedenkstätte, ein Ort der Besinnung und des Gedenkens an alle Opfer der vergangenen Kriege. Auf der Weiterreise durch das Samland besuchen Sie Palmnicken. Hier wird im Tagebau der für Ostpreußen typische Bernstein gewonnen. Beim Besuch der Aussichtsterrasse haben Sie einen guten Überblick. Abendessen und Übernachtung in Königsberg.

3. Tag: Weiterreise nach Osten vorbei ab Insterburg bis nach Gumbinnen. Nach einer kleinen Stadtführung durch die einst östlichste Regierungsbezirksstadt mit Besuch des Gumbinner Elches und der Salzburger Kirche führt Ihr heutiger Ausflug in eine einzigartige Landschaft im Südosten des nördlichen Ostpreußens. Sie besuchen Trakehnen mit der einst weltberühmten Gestütsanlage. Anschließend erreichen Sie die einzigartige Rominter Heide. Unberührte Natur, eine Urwaldlandschaft mit kleinen Bächen und Biberbauten. Am Rande dieses Waldmassivs betreibt die russische Familie Sajac im ehemaligen Forsthaus Warnen ein kleines Gästehaus, hier werden Sie zur Mittagseinkehr erwartet. Anschließend Weiterreise nach Tilsit, Abendessen und Übernachtung in Tilsit.

4. Tag: Am Vormittag Stadtrundfahrt in Tilsit. Zunächst Besuch

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 16





In diesen Januartagen gehen meine Gedanken
nach Ostpreußen, Januar 1945.

In dieser Zeit fand der Endkampf um Ostpreußen statt.
Die Soldaten der Wehrmacht standen mit dem Rücken zur Wand
auf verlorenem Posten. Ihr Ausharren bewirkte,
dass noch vielen Ostpreußen die Flucht gelang.
Stellvertretend für alle Wehrmachtseinheiten nenne ich hier das
Fallschirmpanzer-Grenadierregiment 3 HG, es war auch
die Einheit meines bei Gumbinnen gefallenen Vaters,
Obergefreiter Heinrich Dauskardt.

Ich gedenke ihres Leidens und Sterbens mit Schmerz und Trauer.

Ernst Wiechert hat ihnen ergreifende Worte gewidmet:

Ich knie heimlich zu dir nieder, und füll den Becher mit mit Sand,
ich sehe dich wohl niemals wieder, du armes, liebes, dunkles Land.
Doch einmal spannt sich wohl der Bogen von Tränenkrug
zu Tränenkrug, und nur das Herz wird einst gewogen,
das so viel Schmerzen um dich trug.

Bernd Dauskardt
Eichenweg 8, 21279 Hollenstedt

In memoriam

Fritz Karl Buschalsky

* 16. Januar 1918 † 21. Oktober 1973
Peterkehmen / Krs. Insterburg Bad Hersfeld

Vor 100 Jahren wurde er geboren, eine unbeschwerte Kindheit
und Jugend waren ihm in Ostpreußen vergönnt,
bis Krieg, Gefangenschaft und Vertreibung
sein Leben dramatisch veränderten.

Wie viele seiner Generation hatte er sich dieses Schicksal
nicht erwählt.

Wir denken an ihn in Liebe und Dankbarkeit.

Familie Buschalsky

Oldenburg und Berlin, im Januar 2018



In Trauer und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von

Achim Tutlies

* 31. Oktober 1926 † 24. Dezember 2017
in Reuß in Hamburg
Kreis Treuburg

Der Verstorbene war Begründer und langjähriger Schriftleiter
des „Treuburger Heimatbriefes“.

In Würdigung seiner hervorragenden Verdienste um Ostpreußen
verlieh die Landsmannschaft Ostpreußen Herrn Achim Tutlies im Jahre 2005
das Goldene Ehrenzeichen.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Bundesvorstand der Landsmannschaft Ostpreußen

Hans-Jörg Froese, Stellv. Sprecher – Stephan Grigat, Sprecher – Friedrich-Wilhelm Böld, Schatzmeister

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 15

im teilweise neu gestalteten Park Jakobsruh mit einem Spaziergang zum wiedererrichteten Königin-Luise-Denkmal. Anschließend geht es durch die alten Wohnviertel zum Schlossmühlenteich. Auch die Gedenkstätte am Waldfriedhof wird während der Rundfahrt besucht. Abschluss und Höhepunkt der Stadtführung ist jedoch ein gemeinsamer Spaziergang durch die Hohe Straße. An den überwiegend sehr schön restaurierten Jugendstilfassaden kann man die einstige Schönheit der Stadt an der Memel erahnen. Der Nachmittag bleibt zur freien Verfügung. Es besteht die Möglichkeit zu eigenen Unternehmungen und Erkundungsfahrten mit unserem erfahrenen Taxiservice. Übernachtung in Tilsit.

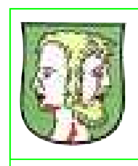
5. Tag: Rundfahrt mit Besichtigungsstopps durch die Elchniederung. Am Vormittag geht es in die Gebiete nördlich der Gilge mit Besuch von Sköpen, Kuckerneese, Herdenau, Karkeln, Inse und einem Stopp am Jagdschloss Pait. Am Nachmittag geht es durch den südlichen Teil der Elchniederung mit Besuch von Heinrichswalde, Gerhardsweide, Seckenburg, Groß Friedrichsdorf und Kreuzingen. Natürlich besteht auch an diesem Tag wieder die Möglichkeit zu eigenen Unternehmungen. Übernachtung in Tilsit.

6. Tag: Heute verlassen Sie Tilsit und reisen weiter durch Ostpreußen, diesmal nach Westen. Bei Labiau im früheren Dorf Waldwinkel besuchen Sie ein liebevoll eingerichtetes und mit vielen erhaltenen original Exponaten aus deutscher Zeit ausgestattetes Museum in der früheren deutschen Schule. Anschließend erleben Sie das Naturparadies Ostpreußen pur. Sie unternehmen einen Ausflug in das Große Moosbruch am Rande des Elchwaldes und besuchen bei Lauknen das Moosbruchhaus, ein mit deutschen Mitteln unterstütztes Naturschutz- und Begegnungszentrum. Hier ist dann auch der Tisch zu einem gemeinsamen Mittagessen gedeckt. Danach geht es weiter bis an die ostpreußische Ostseeküste, Abendessen und Übernachtung in Cranz.

7. Tag: Tagesausflug auf die Kurische Nehrung. Die zirka 100 Kilometer lange Landzunge trennt das Kurische Haff von der Ostsee. Ihre einzigartige Naturlandschaft ist durch die höchsten Wanderdünen Europas geprägt. Sie besuchen die Feldstation „Fringilla“ der Vogelwarte Rossitten, einst die erste ornithologische Beobachtungsstation der Welt. Bei einem geführten Spaziergang auf die Ephadüne bietet sich ein grandioser Ausblick auf das Haff, die Ostsee und die größte noch wandernde Sandfläche der Nehrung. In einer sehr schönen Hotelanlage direkt am Haffufer werden Sie zum Mittagessen erwartet. Bei schönem Wetter sollten Sie natürlich auch nicht einen Besuch am kilometerlangen feinsandigen Strand mit einem Bad in der Ostsee versäumen. Abendessen und Übernachtung in Cranz.

8. Tag: Am Vormittag Transfer zum nahe gelegenen Flughafen Königsberg. Von hier aus am gemeinsamer Flug mit LOT Polish Airlines nach Warschau und von Warschau aus Weiterflug in die jeweiligen Abreiseorte, Rückankunft je nach Flughafen gegen 19 Uhr.

Die Mindestteilnehmerzahl beträgt 20, maximal 25 Personen. Weitere Informationen: Partner-Reisen Grund-Touristik, Everner Straße 41, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 588940, Fax: (05132) 825585.



LYCK

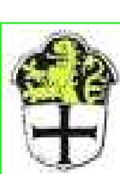
Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellvertr. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665. Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

Bad Pyrmont

Die Kreisgemeinschaft Lyck veranstaltet in der Zeit vom 30. April bis 2. Mai in der DRK-Landesschule in Bad Pyrmont ein interessantes Seminar unter dem Titel „Ostpreußen, Grenzen, Land und Leute, Behörden, Landsmannschaft“. Für das Seminar konnten anerkannte Referenten gewonnen werden. Es sprechen Dr. Manuel Ruoff von der Preußischen Allgemeinen Zeitung, der Historiker und Autor Dr. Andreas Kossert, Kreisältester Gerd Bandilla und Hubertus Hilgendorff, Kreisvertreter Rastenburg und Vorsitzender des Trägervereins Landesmuseum Lüneburg.

Den Teilnehmern werden die Reisekosten erstattet. Der Preis für die Unterkunft und Verpflegung beträgt pro Person 50 Euro.

Anmeldungen zu dem Seminar bei Gerd Bandilla, Telefon (02235) 77394, E-Mail: g-bandilla@t-online.de oder postalisch: St.-Agnes-Straße 6, 50374 Erftstadt. Anmeldungen werden bis zum 31. Januar 2018 erbeten.



PREUSSISCH EYLAU

Kreisvertreterin: Evelyn v. Borries, Tucherweg 80, 40724 Hilden, Telefon (02103) 64759, Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net. Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer-Heimatmuseum im Kreishaus Verden/Aller Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller, E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de, Internet: www.preussisch-eylau.de. Unser Büro in Verden ist nur noch unregelmäßig besetzt. Bitte wenden Sie sich direkt an die Kreisvertreterin Evelyn v. Borries, Telefon: (02103) 64759 oder Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net

Kreisblatt erschienen

Rechtzeitig vor den Feiertagen wurde die Herbst-Ausgabe, die Nummer 104, des Preußisch Eylauer Kreisblatts versandt. Unserem neuen Redakteur Frank Steinau ist es wieder gelungen, für jeden etwas zusammenzutragen. Das Heft bietet Wissenswertes und Unterhaltung,



bunt gemischt und reich bebildert. Sehr anschaulich ist zum Beispiel der Bericht des 84-jährigen Bernhard Hödtke über eine Reise in die Heimat, wobei Station für Station die Darstellung der „Reise“ im Jahr 1945 in umgekehrter Richtung eingeschoben ist. Auf diese Weise werden die heutige Lage, das persönliche Schicksal, geschichtlicher Rückblick und Landeskunde nachverfolgbar ineinander verwoben.

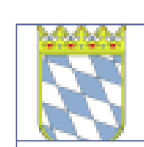
Das Preußisch-Eylauer-Kreisblatt erscheint zweimal im Jahr. Wer noch nicht auf der Versandliste steht, das Blatt jedoch gern beziehen möchte, weil er an Themen aus dem Kreis interessiert ist, leite diesen Wunsch und seine Adresse bitte der Kreisgemeinschaft (Anschrift siehe oben) zu. M. L.



Elchniederung: Reiseleiter Dieter Wenskat (l.) führt eine Reisegruppe durch das Große Moosbruch, einem der schönsten Naturparadiese Ostpreußens

Bild: Privat

Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen



BAYERN

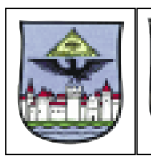
Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Nürnberg – Dienstag, 23. Januar, 15 Uhr, Haus der Heimat, Imbuschstraße 1, Nürnberg-Langwasser (Ende der U1 gegenüber): „Wir feiern Fasching“ (auch in normale Kleidung). Die Veranstaltung wird gegen 17 Uhr beendet sein.



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

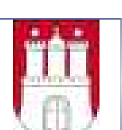




Tilsit-Ragnit, Tilsit-Stadt – Sonnabend, 27. Januar, Ratskeller Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 102, 10585 Berlin. Anfragen: Barbara Fischer, Telefon 6041054.



Rastenburg – Sonntag, 11. Februar, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin: Gemeinsames Treffen. Anfragen: Martina Sontag, Telefon (033232) 188826.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815.

KREISGRUPPEN



Insterburg, Sensburg – Die Heimatkreisgruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat (außer im Januar und im Juli) zum Singen und einem kulturellem Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

Hamburg-Harburg – Sonntag, 28. Januar, 11 Uhr, St.-Johannis-Kirche, Bremer-Straße 9: Ostpreußischer Heimatgottesdienst. Die Predigt hält Pastorin Sabine Kaiser-Reis. Im Anschluss lädt die Gemeinde zum Gespräch bei Tee, Kaffee und Gebäck ins Gemeindehaus ein. Die Kirche ist mit den S-Bahn-Linien S3, S31 (Haltestelle Hamburg-Rathaus) zu erreichen.

Bremen

Sonnabend, 10. Februar, 15 Uhr (Einlass ab 14.15 Uhr), Hotel Airport, Flughafenallee 26: Bremer West- und Ostpreußentag. Das Essen beginnt um zirka 17.30 Uhr mit dem traditionellen Pillkaller. Anschließend gibt es je nach Wahl Königsberger Fleck oder Königsberger Klopse. Die Veranstaltung soll wieder durch Einnahmen aus dem antiquarischen Bücherverkauf gesponsert werden. Es gelten daher folgende ermäßigte Preise: Eintritt und Königsberger Fleck kosten 10 Euro, Eintritt und Königsberger Klopse 15 Euro. Anmeldungen bei der Geschäftsstelle oder auf Anrufbeantworter. Auch der Speisewunsch muss genannt werden. Wir leiten Ihre Anmeldung an das Hotel weiter und verpflichten uns zur Zahlung Ihres bestellten Essens. Versäumen Sie daher bitte nicht Ihr Kommen.

HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Telefon (06151) 148788

Dillenburg – Mittwoch, 31. Januar: Monatsversammlung. Der Weltenbummler Wolfgang Post aus Herborn berichtet von einer seiner großen Reisen.

Kassel – Donnerstag, 1. Februar, 14,30 Uhr, AWO-Altenzentrum, Am Wehrturm 3: Jahreshauptversammlung mit Vorstandswahl. Anschließend hält Gerhard Landau den Vortrag „Aus dem ostpreußischen Walde – Forstmeister berichten“.

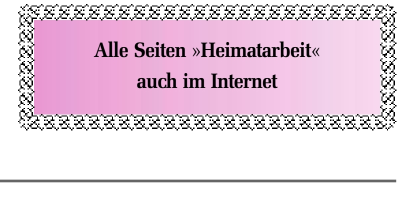
Wetzlar – Montag, 5. Februar, 13 Uhr, Restaurant „Grillstuben“, Stoppelberger Hohl 128: Treffen zum Thema „Ostpreußischer Humor“ mit Buchautor Joachim Albrecht. Alle Besucher sind eingeladen, selbst humoristische Beiträge zu bringen. Der Eintritt ist frei. Kontakt: Kuno Kutz, Telefon (06441) 770559.

Wiesbaden – Freitag, 19. Januar, 15.11 Uhr, Wappensaal, Haus der Heimat: Närrischer Nachmittag mit Kreppel-Kaffee. – Donnerstag, 25, Januar, 12 Uhr, Gaststätte „Haus Waldlust“, Ostpreußenstraße 46: Stammtisch. Serviert wird „Schmandhering“. Es kann auch nach der Speisekarte bestellt werden. Wegen der Platz- und Essendisposition bitte anmelden bis spätestens Freitag, 19. Januar bei Irmgard Steffen, Telefon (0611) 844938, ESWE-Busverbindung: Linie 16, Haltestelle Ostpreußenstraße.

– Neue Mitglieder –

Der Kreisverband Wiesbaden begrüßt: Brigitte Klemm aus Königsberg, Anneliese Wilhelm aus Eltville, Dora Budau aus Elbing, Renate Budau aus Wiesbaden.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18



Ein Apfel aus Jokehnen

Immer noch unter Dampf und voller Schaffenskraft: Arno Surminski – ein Porträt aus der Ferne und aus der Nähe

So kann man sich auch einem Schriftsteller nähern: Man reist erst einmal ein paar hundert Kilometer von ihm fort. Im vergangenen Herbst hat PAZ-Autor Peer Schmidt-Walther die ostpreußische Heimat von Arno Surminski erkundet. Danach hat er ihn und Frau Traute zwischen Weihnachten und Neujahr höchstpersönlich an seinem Wohnort in Hamburg-Barmbek aufgesucht. – Fernblicke, Rückblicke und Ausblicke auf einen bemerkenswerten Autor.

Umsteigen in Stettin. Weiterfahrt mit dem „Ostpreußen-Express“. Es geht über Danzig, Dirschau, Marienburg, Elbing, Allenstein, Korschen, Rastenburg nach Lötzen, dem heutigen Gizycko, am Löwentin-See. Mit quietschenden Bremsen hält der Zug mit Fahrtziel Bialystok an der weißrussischen Grenze vor dem alten deutschen Bahnhofsgebäude. Angekommen in Masuren, dem Land der 3000 Seen, nach neuneinhalb Stunden seit der Oder-Überquerung

Mein Fahrer Bartek, Leiter einer Reiseagentur, ist schon instruiert, wohin die Reise am nächsten Tag gehen soll. „Da bin selbst ich noch nicht gewesen“, sagt er kopfschüttelnd, als ich ihm meine Wunschroute zeige: von Lötzen Richtung Norden, bei Großgarten Abzweigung nach Steinort zwischen Mauersee und Dargainen See. Hier liegt das bekannte Schloss der gräflichen Familie von Lehndorff. Im Gegensatz zur Marina, in der zahlreiche Segelboote dümpeln, macht das Gebäude einen verwahrlosten Eindruck. Daran ändert auch nichts, dass eine Gruppe Dresdner Studenten hier werkelt.

Es geht weiter auf Drengfurth im Kreis Rastenburg zu. Damit beginnt die Spurensuche. In der Kirche wurde Arno Surminski getauft, am Rathaus sammelten sich 1945 die Trecks zur Flucht. Auf halbem Weg nach Barten hinter Marienthal taucht das grüne Ortsschild mit dem weißen Schriftzug Jeglawki auf. Jäglack hieß der Ort zu deutscher Zeit, Surminskis Geburtsort, dem er sein Buch „Jokehnen oder ein Dorf in Ostpreußen“ gewidmet hat. „Jokehnen klingt besser“, meint der 83-Jährige verschmitzt lächelnd.

Das Buch dient mir jetzt als Wegweiser durch die Vergangenheit. Aha, gleich rechts der ehemalige



Arno Surminski vor der Bücherwand im Wohnzimmer. Ein paar eigene neue Werke fürs Regal und für spannende Lesestunden will er selbst auch noch beisteuern

Bild: Schmidt-Walther

Volkmann'sche Krug, dann links die Schule von Lehrer Kloss, der Gedenkstein für die Gefallenen des ersten Weltkriegs am Heller, dem kleinen Teich. Bis sich der Blick weitet auf den großen Teich. Das Schloss der Familie Siegfried schließt sich links an. Inzwischen wieder vollständig renoviert und als Hotel geplant. Wir dürfen einen vom Verwalter geführten Rundgang unternehmen.

Hinter Jäglack ist die schönste Eichenallee

Von der Terrasse blickt man auf die andere Teichseite, wo auf einem kleinen Hügel das ehemalige Grundstück von Erna und Max Surminski liegt, Schneider- und Bürgermeister bis 1945. Wir fahren hinüber auf dem Weg, der nach Wolfshagen führt. Links das Haus, das einst Onkel Franz gehörte, rechts die Einfahrt zum ehemaligen Surminskischen Grundstück. Auf dem Fundament der dem Verfall ausgesetzten Hausreste wurde zwischen 2012 und 2015 ein Neubau errichtet. Der Besitzer, ein freundlicher Warschauer Geschäftsmann, gibt bereitwillig Auskunft. Auch ihn fasziniert immer wieder die Lage des Grundstücks mit Blick über den Teich auf Dorf und Schloss. Zum Abschied schenkt er uns Äpfel. Einen bekommt später Arno Surminski in Hamburg. Seine Freude ist groß. Er verspricht, die Kerne einzupflanzen. „Aber ob ich's noch erlebe, dass ein Bäumchen mal groß wird und Früchte trägt“, gibt er zu bedenken, „das sei dahin gestellt“.

Wir fahren noch ein Stück auf dem 45er-Fluchtweg Richtung Skandlack ins nördliche Ostpreußen zur Küste mit den rettenden Flüchtlings-Schiffen. Die Eichenallee hinter Jäglack – für Arno Surminski die schönste, die er kennt – nach Barten ist ein weiteres Muss. Über eine abenteuerliche Kopfsteinpflasterstraße steuern wir Wolfshagen an, erreichen Drengfurth, Angerburg und schließlich wieder Lötzen. Auf der anderen Seite des Sees, in Wilkassen, wartet schon das polnische Seen-Kreuzfahrtschiff Classic Lady, um zu seiner Reise über die masurischen Seen aufzubrechen, die mit Unterbrechungen über das Talter Gewässer, Nikolaiken, den Spirding- und Beldahnsee bis nach Piaski bei Niedersee führt.

Von all dem berichte ich dann einige Wochen später einem sehr agilen Ehepaar Surminski. Bei einem Spaziergang von ihrem gepflegten Altbau durch Barmbek zum Museum der Arbeit und am Osterbekkanal entlang kann ich mich davon überzeugen, wie flott die Beiden zu Fuß daherkommen. „Das ist Teil unseres gemeinsamen Fitnessprogramms“, sagt die gut trainierte Hamburgerin Traute, die – auch ernährungsmäßig – darauf achtet, dass es „ihrem Arno“ gut geht, „denn“, so er, „man sitzt ja doch viel zu lange am PC“.

In Wacken, dem Rock-Dorf am Nord-Ostsee-Kanal bei Hochdonn, da kann er sich austoben. Nicht bei Musik, Bier und Tanz, sondern auf dem eigenem Waldgrundstück mit Ferienhaus. „Da gibt es genügend Bäume, die ich fällen und zerkleinern kann“, sagt der Mann, der zwei Jahre lang in Kanada als Holzfäller gearbeitet und das in seinem Roman „Fremdes Land oder als die Freiheit noch zu haben war“ verarbeitet hat. „Der Wald erinnert mich immer an Ostpreußen“, freut sich die Surminski aufs Aktiv-Wochenende, wobei auch Radtouren in die Umgebung und an den Kanal unternommen werden. Für Abwechslung und Bewegung sorgen auch drei Kinder und acht Enkel.

In Planung ist ein historischer Roman

In seinem Arbeitszimmer stapeln sich Manuskripte und Bücher, die auch die Wohnzimmerwände fast komplett bedecken. Viel Historisches darunter, das er zum Recherchieren braucht. Ganz aktuell für sein „Lokführer-Buch“, an dem er zurzeit und noch eine Weile arbeitet. „Ein Eisenbahner aus dem Grenzbahnhof Prostken im südöstlichen Ostpreußen“, lässt er durchblicken, „den es zwischen den Weltkriegen bis nach Hamburg-Altona verschlägt – mit vielen schicksalhaften Erlebnissen“. Auch Arno Surminski hat Bahn-Erinnerungen. Der damalige Kreis Rastenburg war gut durch Kleinbahn-Strecken erschlossen. Sogar Jäglack unterhielt hinter dem Schloss einen behelfsmäßigen Bahnhof der Barten-Nordenburger-Kleinbahn. „Eisenbahn hat mich schon immer fasziniert“, gibt Surminski zu, der sich tief in die Thematik eingearbeitet hat durch Fachbücher über die Deutsche Reichsbahn und historische DVD-Filme. Das habe ihm sehr geholfen bei der sachlichen Bearbeitung dieses umfassenden Gebietes. Auf historischen Gleisen verkehrt bis heute der „Ostpreußen-Express“, mit dem ich auch durch den Heimat-Kreis von Arno Surminski gefahren bin.

Nach dem Mittagessen – Traute serviert einen leckeren Lachsauflauf, dazu ein Silvaner aus Franken und zum Nachtisch Zimstern-Eis – führt mich Arno in den Keller. Die Wände sind gepflastert mit 70 Aktenordnern. Lauter Leserbriefe, eingegangen seit 1974, und seine Antworten. Die hat er in einer enormen Fleißarbeit durchgeackert, ausgewählt und kommentiert. Daraus ist schließlich 2013 das Buch „Jokehnen oder die Stimmen der Anderen“ geworden. Jetzt überlegt er sogar, angesichts der Materialfülle noch ein zweites Buch daraus zu machen. Last but not least hat er ein historisches Buch am Wickel. „Aber dazu kann ich noch nichts Genaueres sagen“, meint er, „das ist erst eine Ideenskizze“.

Zur Person

Geboren wurde **Arno Surminski** 1934 als Sohn eines Schneidermeisters im ostpreußischen Jäglack fünf Kilometer westlich von Drengfurth. Dort verbrachte er auch seine Kindheit. Nach Kriegsende wurden seine Eltern in die Sowjetunion deportiert, er blieb allein zurück. Und kam in verschiedene Lager. 1947 gelangte er ins schleswig-holsteinische Trittau und wurde von einer sechsköpfigen Familie aufgenommen. Nach der Volksschule machte er von 1950 bis 1953 eine Lehre in einem Anwaltsbüro. 1957 bis 1960 lebte er als Holzfäller in Kanada, zog dann aber wieder zurück nach Deutschland. 1962 bis 1972 arbeitete er als Angestellter in der Rechtsabteilung einer Hamburger Versicherungsgesellschaft.

Seit 1972 ist er neben der schriftstellerischen Arbeit als freier Wirtschafts- und Versicherungsfachjournalist tätig. Bekannt wurde Surminski mit zahlreichen Erzählungen und Romanen, die meist von seiner ostpreußischen Heimat und dem Schicksal der Vertriebenen und Flüchtlinge handeln. Sein Erstling „Jokehnen oder wie lange fährt man von Ostpreußen nach Deutschland“ wurde 1987 als TV-Dreiteiler verfilmt.

Arno Surminski ist Mitglied der Freien Akademie der Künste Hamburg. Er lebt mit seiner Frau Traute in Hamburg und hat drei erwachsene Kinder.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 7684391. Bezirksgruppe Lüneburg: Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebstorf, Telefon (05822) 5465. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Braunschweig-Stadt – Am Mittwoch, 24. Januar, findet keine Monatsversammlung statt. Die nächste Zusammenkunft ist am 28. Februar.

Oldenburg – Die Landsmannschaft Ostpreußen und Westpreußen Oldenburg begann das Jahr mit dem Video-Film „Von Helgoland nach Königsberg bis 1945“, eine Reise entlang der Ostseeküste mit (fast nur) alten Filmaufnahmen. Wir gedachten auch unserer Verstorbenen des vergangenen Jahres und hörten den Jahresrückblick 2017. Beim nächsten Treffen am 8. Februar hören wir einen Vortrag von Eckart Hoffmann über seinen Vater Georg Hoffmann, den „Vogel-Hoffmann“ von Radio Bremen. Mitglieder und Freunde sind herzlich willkommen. *Gisela Borchers*



Osnabrück – Freitag, 19. Januar, 16.30 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe. – Dienstag, 6. Februar, 16.30 Uhr, Hotel Novum, Blumenhaller Weg 152: Kegeln.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Wilhelm Kreuer, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Düsseldorf – Donnerstag, 18. Januar, 18 Uhr, Gerhart-Hauptmann-Haus, Bismarckstraße 90, 40210 Düsseldorf: Offenes Singen mit Marion Cals. – Mittwoch, 7. Februar. 15 Uhr, Raum 311, Gerhart-Hauptmann-Haus: Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt.

Neuss – Dienstag, 23. Januar, 17 Uhr, Quirinus-Basilika am Markt: Ökumenischer Gottesdienst der Landsmannschaft Neuss. – Donnerstag, 25. Januar, 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Oberstraße 17: Tag der offenen Tür mit Kaffee und Kuchen. Es wird eine Lesung aus der Lektüre von Arno Surminski stattfinden.

Wesel – Sonnabend, 10. Februar, 15 Uhr, Heimatstube, Kaiserring 4: Jahreshauptversammlung. Verbindliche Anmeldungen bitte bis zum Mittwoch, 31. Januar, bei Paul Sobotta, Telefon (0281) 45657, oder Manfred Rohde, Telefon (02852) 4403. Geboten werden Kaffee, Kuchen und gemütliches Beisammensein.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Landesgruppe – Die Landsmannschaft Ost- und Westpreußen Landesgruppe Freistaat Sachsen lädt alle interessierten Ostpreußen zum Regionaltreffen am 9. Juni nach Leipzig ein. Das diesjährige Motto „Spurensuche“ verspricht interessante Vorträge und kulturelle Beiträge. Unterstützt wird die Veranstaltung von der Kreisgemeinschaft Wehlau und Labiau sowie vom „Kreis Samland Verein.“ Sie ist offen für alle ostpreußischen Kreisgemeinschaften. Veranstaltungsort ist der Saal des Kleingartenverein „Seilbahn“, Max-Liebermann-Straße 91, 04157 Leipzig. Einlass ist ab 9 Uhr, Beginn um 10 Uhr. Weitere Informationen bei Eberhard Grashoff, Robinienweg 6, 04158 Leipzig, Telefon (0341) 9010730, E-Mail: ebs.grashoff@web.de.

– Bericht –

Im Dezember führte der BdV-Kreisverband Leipzig im „Ratskeller“ seine traditionelle Abschlussveranstaltung durch, um gemeinsam mit den Mitgliedern Rückblick auf das Jahr 2017 zu halten. Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden Peter Wolf stimmte der Chor „Lied der Heimat“ fünf Lieder aus den Heimatgebieten als Auftakt an. Anschließend wurde mit einer Totenehrung der im Laufe des Jahres verstorbenen Heimatfreunde gedacht, bei der auch Gisela Wagner als Gründungsmitglied des Chores mit ehrenden Worten genannt wurde. Die Königsbergerin Gisela Weger, BdV Mitglied seit 1991, ist am 8. August von uns gegangen.

In seinem Rechenschaftsbericht hielt Peter Wolf Rückschau auf die Arbeit des Jahres, zu der auch die großen und kleinen Veranstaltungen zählten. Zu den Höhepunkten gehörte die Veranstaltung „Adel in Ostpreußen“ bei der aus Königsberg stammenden Familie von Below in Döben/Grimma. Die große Freude des alten Herrn von Below über die Lieder und Gedichte aus seiner ostpreußischen Heimat war für alle sehr berührend.

Des Weiteren sind zu erwähnen die Teilnahme am Chöretreffen in Reichenbach, die Teilnahme und Mitwirkung des Chores an der Gedenkveranstaltung „Flucht und Vertreibung“ im Dresdner Landtag, die Jahresauftaktveranstaltung mit dem Bundestagskandidaten Jens Lehmann. Auch die fünf Chorkonzerte im Angelikastift und die drei Konzerte mit der Familie Wegelin gehören zur Kulturarbeit der Kreisgruppe.

Eine Besichtigungsfahrt mit Volkssolidaritätsmitgliedern zu den Dornburger Schlössern im August und eine kleinere Fahrt nach Breslau im September fanden ein positives Echo bei den Teilnehmern. Regelmäßig werden nach wie vor der „Loabernachmittag“ der Schlesier, das Treffen der Pommerngruppe und der Frauenkreis der Ostpreußen monatlich durchgeführt. Zu verschiedenen Vorträgen im „Haus der Demokratie“ finden sich stets interessierte Zuhörer des Kreisverbandes ein.

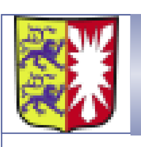
Die Chorproben mit der Chorleiterin Rosa Wegelin, die Vorbereitungen zu Veranstaltungen und Fahrten sind oft mit viel Arbeit verbunden, die von den Chormitgliedern, den Vorstandsmitgliedern und den ehrenamtlichen Helfern zuverlässig geleistet wurde, obwohl es nicht immer leicht fällt, denn das Lebensalter fordert seinen Tribut. Umso anerkennenswerter ist die ehrenamtliche Heimatarbeit, für die der Vorsitzende allen herzlich dankte, begleitet vom zustimmenden Beifall der Anwesenden.

Erfreulich ist, dass Peter Wolf vier neue Mitglieder gewinnen konnte, auch der Chor erhielt Zuwachs durch ein paar sangesfreudige Frauen. Ergänzend gab Peter Wolf noch einige Hinweise zu den Vorhaben im Jahr 2018 und wies besonders auf das 25-jährige Chorjubiläum hin, das am 17. März im Mediencampus gefeiert wird. Die Schatzmeisterin Edeltraud Ludwig informierte über die finanzielle Lage der Kreisgruppe und bat um pünktliche Beitragszahlung, denn das Geld wird für die Weiterarbeit benötigt.

Einen herzlichen Dank sprach Edeltraud Ludwig dem Sächsischen Ministerium des Innern und Herrn Dr. Baumann für die Förderung der Veranstaltungen aus, ohne die vieles nicht möglich wäre. Auch diese Veranstaltung wurde nach Paragraf 96 gefördert.

Der zweite Teil nach der Kaffeepause war dem Kulturprogramm vorbehalten, das in Anlehnung an ein Gedicht „Nun kommt für uns die schönste Zeit“ mit weihnachtlichen Liedern und Gedichten Vorfreude auf das schöne Fest weckte; man sah es an der Begeisterung der Zuhörer.

Die Chorleiterin Rosa Wegelin wurde unterstützt durch die Musiker Peter Wegelin (Akkordeon) und Peter Seidel (Gitarre). Irmgard Schäfer führte als Moderatorin durch das Programm, Inge Scharrer trug die Gedichte vor. Nach dem Schlusswort des Vorsitzenden mit den Wünschen für ein „Frohes Fest“ gab es noch viele Dankesworte von den Heimatfreunden für eine in jeder Beziehung gelungenen Veranstaltung. *Inge Scharrer*



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Burg auf Fehmarn – Beim letzten Monatstreff hielt der schleswig-holsteinische Landesvorsitzende Edmund Ferner einen sehr interessanten Lichtbildervortrag über seiner Reise 2017 als Entwicklungshelfer in China. Dieses Projekt (Baumhaus-Projekt) ist eine Einrichtung, die vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie von der Peter-Jochimsen-Stiftung finanziert und gefördert wird.

Baumhaus wurde 2007 von der deutsch-chinesischen Kauffrau Wei Qian und dem Hochschullehrer Peter Jochimsen gegründet. Sitz und Gründungsort ist Ekkernförde. Sinn des Projektes ist, dass Freiwillige chinesischen Studenten und chinesischen Lehrern beim Englischlernen helfen. In den 18 Tagen seines Aufenthaltes besuchte Edmund Ferner vier Einrichtungen in verschiedenen Städten wie zum Beispiel die China-Ozean-Uni Qingdao, die 1924 auf dem Gelände der Bismarck-Kaserne gegründet wurde. Die 20000 Studenten studieren vor allem Ozeanologie und Fischereiwissenschaft. Daneben gibt es auch die Fachbereiche Ingenieurwissenschaften, Wirtschaft, Landwirtschaft, Literatur, Sprache (auch Deutsch), Medizin, Pharmazie und Philosophie.

Bevor man zum Studium zugelassen wird, müssen sechs Jahre Grundschule absolviert werden, dann weitere drei Jahre Mittelschule und schließlich die ebenfalls dreijährige Obermittelschule.

China mit 1,3 Milliarden Einwohnern das bevölkerungsreichste Land der Erde. Mehr als 30 Bauwerke zählen zum Weltkulturerbe, im wahrsten Sinne des Wortes, ein Land der Superlative!

Flensburg – Freitag 9. Februar, 12. Uhr, AWO-Stadtteilcafe, Mathildenstraße 22: Gemeinsames Grünkohlessen, anschließend erster Teil, des Vortrages von Siegfried Hoefer zum Thema „Nordostpreußen – 1990 bis heute“.

Kiel – Sonntag, 21. Januar, 10 Uhr, Haus der Heimat: Preußentag. Auf dem Programm stehen folgende Vorträge: Aktuelle Streiflichter nach dem jüngstem Besuch in einigen Städten im nördlichen Ostpreußen: Gerdauen, Friedland, Königsberg, Cranz, Rauschen und Rossitten, dazu das Hermann-Brachert-Museum in Georgenswalde, alles mit Lichtbildern von Edmund Ferner. Peter Gerigk trägt vor über die ostdeutschen Nationalhymnen und -lieder mit Darbringung der Lieder.

Mölln – Mittwoch, 24. Januar, 15 Uhr, Quellenhof: Mitgliederversammlung. Nach der Begrüßung durch den Ersten Vorsitzenden zeigen wir einen Videofilm über Königsberg und den Nordosten von Ostpreußen. Anschließend gibt es unser Beeten-Bartsch-Essen.

Schönwalde am Bungsberg – Donnerstag, 18. und 25. Januar, je 14 Uhr, Klönstuv, Alte Feuerwehr: Seniorenbegegnung. – Sonnabend, 27. Januar, 15 Uhr, Cafe Ehlers, Oldenburger Straße 8, 23717 Kasseedorf: Arbeitstagung.

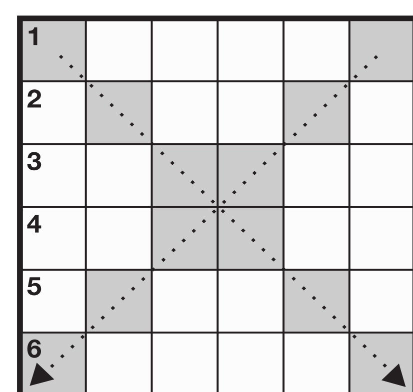
Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet

Sudoku

		8				1		
2	4						3	9
		1	5		7	4		
5				4				6
1			3		2			4
7				1				5
		7	4		6	2		
4	9						8	3
		6				5		

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel



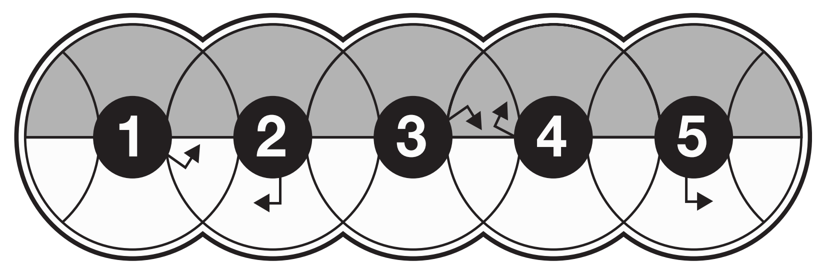
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Rundfunkbegriffe.

1 rein, frisch gewaschen
2 Bediener einer Feuerungsanlage
3 größte Stadt in Myanmar (Birma)
4 gestalten, formen
5 aus dem Weg gehen
6 Verkaufsschlager

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein anderes Wort für Tragödie.

1 spezifisches Karomuster schottischer Clans, 2 etwas Fließendes zum Stillstand bringen, 3 Almhirt, 4 Gliedertier, 5 einsam



So ist's richtig:

Diagonalrätsel: 1. sauber, 2. Heizer, 3. Rangun, 4. bilden, 5. meiden, 6. Renner – Sender, Regler

Kreiskette: 1. Tartan, 2. stauen, 3. Senner, 4. Spinne, 5. allein – Trauerspiel

Sudoku:

Abenteuer mit Emil Elch

Ganz neu: Kindergeburtstage im Kulturzentrum Ostpreußen

Wer schon immer mal seinen Geburtstag an einem besonderen Ort feiern wollte, kann dies ab sofort im Kulturzentrum Ostpreußen in bayerischen Ellingen tun. Zusammen mit den Mitarbeitern und dem Maskottchen Emil Elch geht das Geburtstagskind mit seinen Freunden auf eine spannende Reise. Es müssen aufregende Ritterprüfungen absolviert und verborgene Kartenteile gefunden werden. An einer festlich gedeckten Tafel wird anschließend zusammen mit den Freunden und der Familie gefeiert. Die Kinder finden heraus, welche tollen Eigenschaften Bernstein besitzt und welche

Mit Ritterprüfungen und Schatzkarten

Tiere in Ostpreußen leben. Außerdem lernen sie die ostpreußischen Regionen und ihre Besonderheiten kennen.

Dazu gibt es kostenlose Softgetränke. Speisen müssen selbst mitgebracht werden. Das ungewöhnliche und aufregende Geburtstagserlebnis ist für Kinder ab vier Jahren geeignet. Vier verschiedene Abenteuer können gemeinsam mit Emil Elch erlebt werden. Berechnet wird ein Grundpreis von 45 Euro bis fünf Teilnehmern. Für jedes weitere Kind sind sieben Euro zu zahlen.

Weitere Informationen: Daniela Lione und Marco Wachtel, Kulturzentrum Ostpreußen, Schloßstraße 9, 91792 Ellingen, Telefon (09141) 86440, E-Mail: volontariat@kulturzentrum-ostpreussen.de. *PAZ*

3000 Kilometer Westpreußen

Eine Dia-Reportage im Ostpreußischen Landesmuseum

Nach Danzig, Thorn, Kulm und vielen anderen Orten Westpreußens führt die malerische Tour – zumindest für Augen und Ohren. Eine Dia-Reportage im Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg nimmt die Besucher am Mittwoch, 24. Januar, mit ins einstige Kernland des Deutschordensstaates. Der Vortrag ist das Ergebnis einer langen Reise: Knapp 3000 Kilometer ist Magdalena Oxfort, die Kulturreferentin des Westpreußischen Landesmuseums, mit dem Journalisten Roland Marske durch Westpreußen gereist und hat dabei dessen Zauber und die Schönheit eingefangen: Von der mit Seen durchsetzten Kaschubischen Schweiz, in der die Zeit stehen geblieben zu sein scheint, über die vom Deutschen Orden gegründeten und von Backsteingotik geprägten Städte an der Weichsel, wie Thorn oder Graudenz. Natürlich führt die Reise auch zur Marienburg: Das UNESCO-Weltkulturerbe gilt als eine der größten Backsteinfestungen der Welt.

Der multimediale Beitrag soll dem Betrachter aber nicht nur die landschaftliche und architektonische Impressionen zeigen, sondern auch die wechselvolle Geschichte und die Gegenwart näher bringen. Vertreter von Städten und Bezirken erklären in verschiedenen Kommentaren aus ihrer Sicht die heutigen Entwicklungsperspektiven der Region.

Die Veranstaltung beginnt um 18.30 Uhr. Der Eintritt kostet vier Euro. Weitere Informationen: Ostpreußischen Landesmuseum, Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 759950, Internet: www.ostpreussisches-landesmuseum.de, E-Mail: info@ol-lg.de.



Foto: Kulturreferat für Westpreußen

Strahlendes Weiß, schimmerndes Lila und sonniges Lächeln: Frau in kaschubischer Tracht

Buch für viele Haushalte

Eine Ortschronik hilft den Kulturraum Ostpreußen zu verstehen

Die Autorinnen haben keineswegs zu viel versprochen. Die Chronik des kleinen ostpreußischen Örtchens Jodeglienen – 1938 wurde es in Moosheim unbenannt – nahe der litauischen Grenze steht nicht nur exemplarisch für zahllose Orte in Ostpreußen, sie bietet auch Einblicke in „die ganze Weltgeschichte". Daher gehört sie in möglichst viele Haushalte, auch um den Generationen nach uns die Bedeutung des Kulturraumes Ostpreußen bewusst zu machen.

Das Buch ist in zwei große Teile gegliedert, wobei der zweite sich mit dem Schicksal von 24 Jodeglliener Familien bis 1944 befasst. Kaum ein Leser wird jemals von ihnen gehört haben, aber ihr Schicksal ist uns allen

Uns allen vertraute Schicksale

sehr vertraut und wir finden uns in ihnen wieder. Dies könnte Ansporn sein, diesem guten Beispiel Folge zu leisten und auch zur Feder zu greifen.

Aber ebenso interessant und lehrreich ist der erste fast 90 Seiten umfassende Teil über „Jodeglienen und die deutsche Geschichte". 1937 wurde in einem Flachmoor beim Nachbardorf Abschruten eine „Lanzenspitze aus gespaltenen Röhrenknochen" gefunden, deren Alter auf etwa 11 000 vor Christus datiert wurde. Zu dieser Zeit war das skandinavische Eis soweit zurückgewichen, dass die ersten Jäger sich ins Baltikum vorwagten. Doch besiedelt wurde diese Wildnis erst gegen Ende des 16. Jahrhunderts zu Ende der Ordenszeit (1231 bis 1525) nach dem Frieden am Meldensee vom 8. Mai 1422 mit den Prußen vom Stamm der Nadrauer und Schalauer. 1516 wurde die Streusiedlung Schloßberg gegründet und 1545 in „Pilkaln" (Pillkallen) umbenannt.

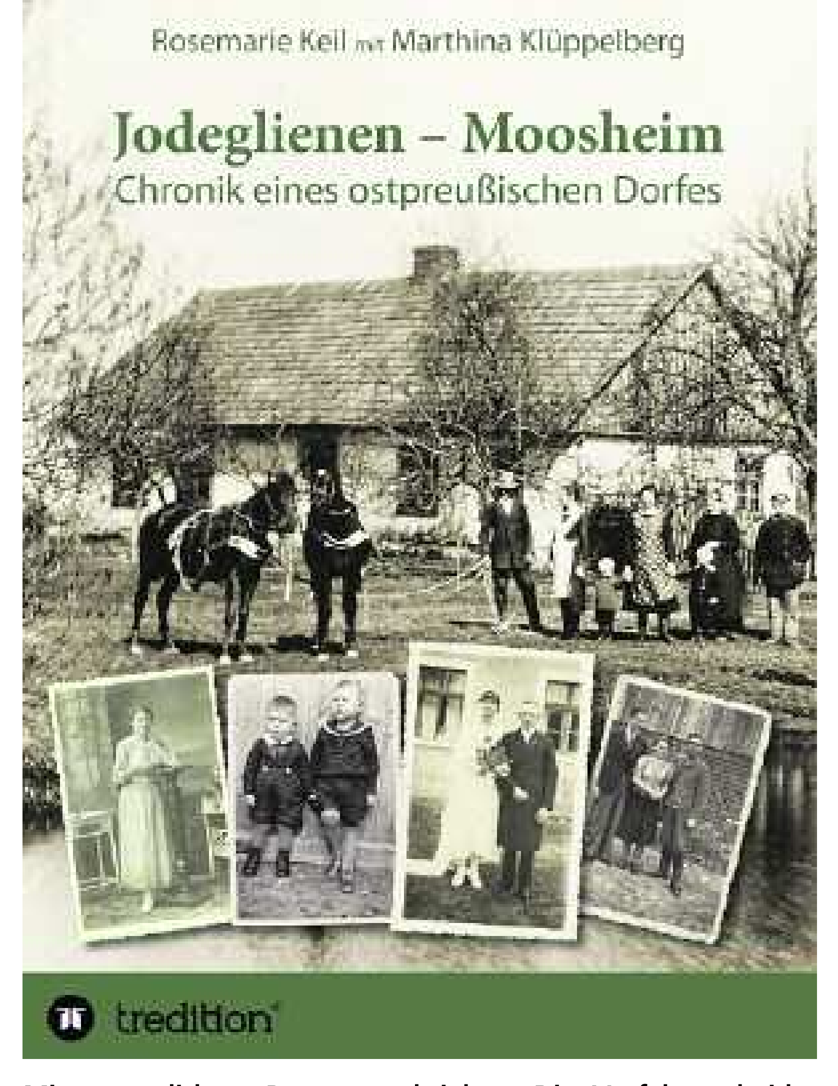
Das Dorf Jodeglienen wurde erstmals 1559 erwähnt. Es war dann 1713 König Friedrich Wilhelm I., der sich der Wiederbesiedlung des durch Krieg und Pest entvölkerten Landes annahm. Er holte Glaubensflüchtlinge aus Hessen-Nassau, dem Siegerland, der Pfalz, aus Halberstadt und Magdeburg. Den größten Anteil bildeten 1732 die Salzburger. 1739 hatte das Bauerndorf 57 deutsche und sechs litauische Bewohner. Die weitere Geschichte

Heute nur noch ein Truppenübungsplatz

ist eng mit der deutschen Geschichte verbunden und zeigt auf, wie fortschrittlich die Geschichte Ostpreußens ist, das erst 1871 Teil des Deutschen Reiches wurde. 1856 entstand eine Chaussee quer durch den Kreis Pillkallen, beiderseits mit Bäumen bepflanzt als Musterbeispiel für die „typisch ostpreußischen Alleen". 1892 wurde Pillkallen an das Eisenbahnnetz angeschlossen. Zu Beginn des Ersten Weltkrieges hatte der Kreis besonders stark unter den Russeneinfällen zu leiden. Erst im Februar 1915 konnte die russische Armee von den genialen Heerführern Hindenburg und Ludendorff endgültig besiegt und aus Ostpreußen vertrieben werden.

Mit der Flucht 1944/1945 und dem Befehl Stalins vom 11. Oktober 1947 zur Deportation aller noch im „Königsberger Gebiet" sich befindenden Deutschen endet die 700-jährige deutsche Geschichte. Diese Erinnerung zu wahren und das kulturelle Erbe zu pflegen, ist unsere Verpflichtung. Die kleine Chronik hilft dabei! Doch wer Jodeglienen besichtigen möchte, der findet nichts mehr, nur einen Truppenübungsplatz. *Wolfgang Thüne*

Rosemarie Keil, Marthina Klüppelberg: „Jodeglienen – Moosheim – Chronik eines ostpreußischen Dorfes", Verlag Tredition, Hamburg 2017, broschiert, 356 Seiten, 17,99 Euro



Mit persönlichem Bezug geschrieben: Die Vorfahren beider Autorinnen stammen aus Jodeglienen

Bild: Verlag Tredition

Einheitsreligion

Zu: Nichts von Luther gelernt (Nr. 1)

Leider muss man dem Autor beipflichten: Wenn zum Beispiel während der Predigten in evangelischen Kirchen der „Islam- und Judenhasser Martin Luther“ – ohne dem historischen Hintergrund Rechnung zu tragen – verteufelt wird, dann fragt man sich: Weshalb überhaupt ein „Luther-Jahr“?

Wenn in Predigten massive Ausfälle gegen die AfD, allgemeine Lobpreisungen der sogenannten Flüchtlinge, die sich nach neuesten Erkenntnissen in Deutschland wenig christlich aufführen, vorgenommen werden, wenn deutsche Kirchenführer beider Konfessionen das Kreuz feige vor dem Islam verbergen, wenn man sich dem „Mainstream“, Judentum, Islam und anderen Religionsgemeinschaften anbiedert, dann hat sich die Kirche tatsächlich zur „Beliebigkeit“ entwickelt, beziehungsweise ist gar zur „Einheitsreligion“ verkommen, wobei andere Religionen gerade diesen Einheitsbrei mit der Berechtigung ihrer Selbstständigkeit strikt ablehnen.

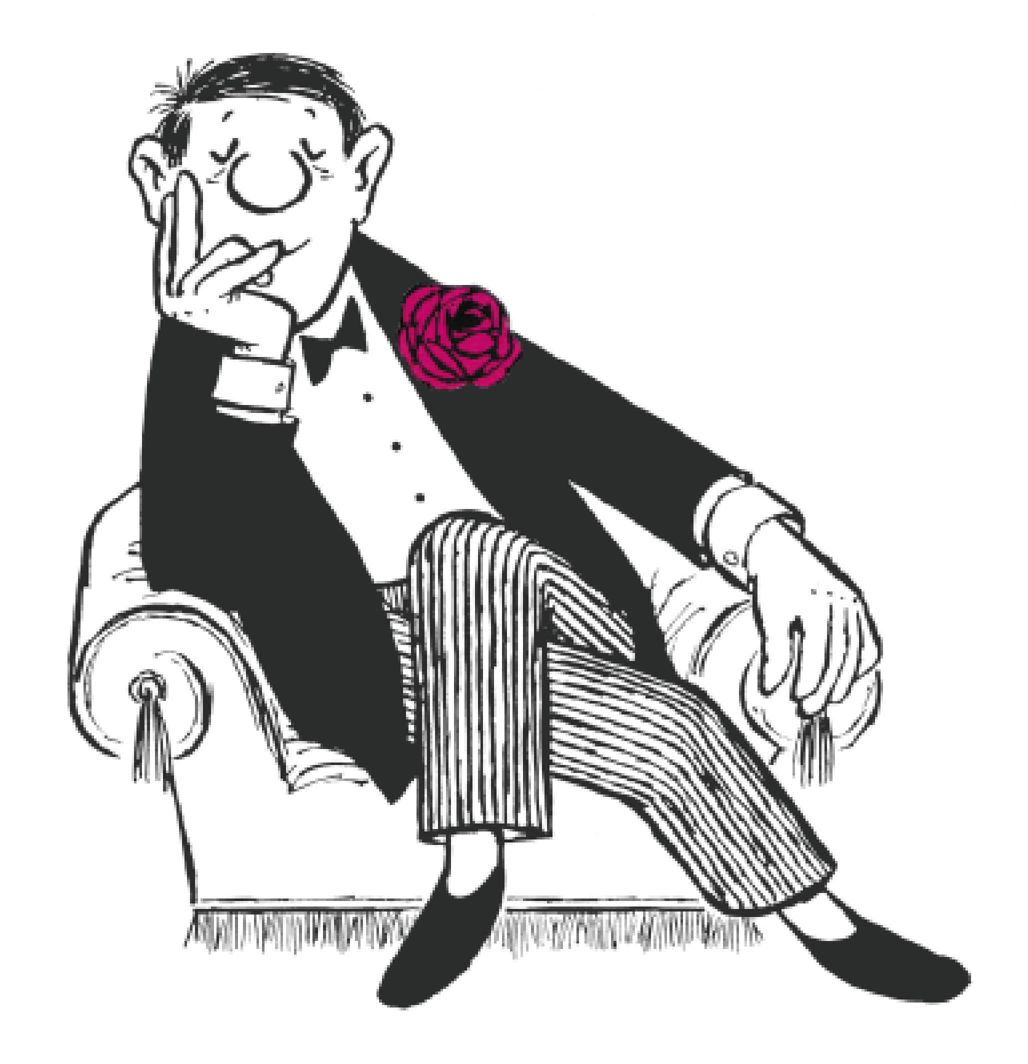
Wie soll der gläubige Christ damit umgehen, wenn er nicht auch jenem „Zeitgeist“ hinterherhetzen will? Denn: Immer, wenn die Kirche diesem nachjagt, entfernt sie sich von den Gläubigen. Das hatte Jacob Böhme, der Görlitzer Schuhmacher, Mystiker und Philosoph, schon vor 400 Jahren erkannt. **Manfred Kristen, Freital**

Ein Stresemann ist aus der Mode, aber nicht verboten

Zu: Säulenheiliger der Republik (Nr. 1)

Zur Zeit von Gustav Stresemann war es üblich, dass Vertreter von Parteien, Wirtschaft und Politik bei außergewöhnlichen Veranstaltungen im schwarzen Cut und Zylinder zusammenkamen. Erlaubt waren kein Frack und kein Smoking. Stresemann durchbrach den Brauch und führte nur für tagsüber zum schwarzen Rock eine grau-schwarz gesteifte Hose ein. So wurde der Anzug „Stresemann“ bekannt.

Man kann ein Kopftuch und ein Braunhemd verbieten, aber einen Stresemann zu tragen, das kann wohl nicht verboten werden. Das Gedankengut und die Weitsicht von Stresemann lassen sich ja auch nicht verhindern. Seine Politik führte Deutschland acht Jahre nach dem Ersten Weltkrieg in die Völkergemeinschaft zurück. Gemeinsam mit dem französischen Außenminister Aristide Briand plante er die Aussöhnung und erhielt dafür zusammen mit Briand im Jahr 1926 den Friedensnobelpreis. Wer dann glaubt, einen Stresemann könne man wie einen Ernst Moritz Arndt oder wie einen Albert Leo Schlageter als Nazi anpöbeln, der wird eine große Welle der Empörung auslösen und sich für alle Zeit lächerlich machen. **Ernst Reiner Langenfeld, Wuppertal**



Es trägt der Mann den Stresemann, mit dem er dann gut sitzen kann: Wer in den im Diogenes Verlag erschienenen Loriot-Büchern liest, findet viele Comicmännchen, die in der typischen Stresemann-Anzugjacke und gestreifter Hose gekleidet sind. Ihr modisches Vorbild war der frühere Reichskanzler und Außenminister der Weimarer Republik, Gustav Stresemann, der dazu noch Weste und Krawatte trug

Bild: Diogenes Verlag

Ethnozid-Täter

Zu: Völkermord (Nr. 49)

Die Völkermord-Artikel lassen Fragen offen, manches ist auch missverständlich oder falsch. Erstens: Schon dem Wortsinn nach ist ein Mord, also auch Völkermord, immer illegal. Was der Autor wohl sagen will: Früher war Völkermord als politisches Mittel legitim. Er wurde als politisches Elementarereignis betrachtet.

Weiter: Hat nun die Regierung Adenauer die Vertreibung der Sudeten- und Ostdeutschen als Völkermord eingestuft oder nicht? Der Autor verwendet diesbezüglich den Konjunktiv. Drittens ist es richtig, dass Frankreich nach dem Rückerwerb von Elsass-Lothringen 1919 sich bemüht hatte, das Gebiet von den Elsässern und den Deutschlothringern zu säubern. Dafür sind die ungefähr 150 000 Ausgewiesenen, wozu auch viele nach 1871 aus dem Deutschen Reich Zugezogene gehörten, zu wenige. Die Deutschsprachigen stellen auch heute noch die Mehrheit im Elsass dar.

Grenzwertig ist sicher das Verhalten der polnischen Regierungen ab 1919, die zahlreichen Repressionen gegen die deutsche Minderheit, die deswegen durch Auswanderung binnen 20 Jahren um die Hälfte abnahm. Das kann man als Ethnozid, leider fehlt der Begriff im Artikel, werten.

Ethnozid ist der kulturelle Völkermord, hier durch Zwangspolonisierung per Schulpolitik, Enteignung, Ausweisung. Ein noch besseres Beispiel ist der wechselseitige griechisch-türkische Bevölkerungsaustausch 1922, der de facto Vertreibung auf staatsvertraglicher Grundlage ist.

Wenn man ehrlich ist, muss man auch die Zwangschristianisierung der ostpreußischen Urbevölkerung, der Prußen, als Ethnozid bezeichnen. Auf ostpreußischem Boden haben also gleich zwei Völkermorde stattgefunden. Das Widerlichste ist aber, wenn Völkermord oder Vertreibungen als gerechte Strafe, als historisch unvermeidlich dargestellt oder sonst wie beschönigt werden.

Die *PAZ* will Klartext reden, also tun Sie es! **Rudolf Krafftzick, Rhens**

»Der Merkelismus liegt in Trümmern«

Zu: Druck auf Merkel wächst (Nr. 49)

Die Zeit, die seit den Bundestagswahlen verstrichen ist, ohne dass eine neue Regierung gebildet werden konnte, hat auch ihr Gutes: Die Sicht ist klarer geworden.

Nach den Wahlen war ein großer Teil der Deutschen schockiert: Sieben Parteien sind nun in sechs Fraktionen im neuen Bundestag vertreten. Der Zweitstimmenanteil der CDU hat um 7,3 Prozent auf nur noch 26,8 Prozent abgenommen. Die CDU hat, bezogen auf den Stimmenanteil von 2013, etwas mehr Stimmen verloren als die SPD und deutlich mehr als die CSU. Fazit: Bei einer deutlich höheren Wahlbeteiligung als 2013 (76,2 Prozent zu 71,5 Prozent) haben gut zwei Drittel, nämlich 67 Prozent aller Wähler gegen Bundeskanzlerin Merkel gestimmt. Und unter diesen Umständen prägt Frau Merkel den Spruch: „Ich sehe nicht, was wir anders machen sollten.“ Nach dem desaströsen CDU-Wahlergebnis war dies der zweite Nagel – bildlich gesprochen.

Den Sinn der Jamaika-Verhandlungen hat Christian Lindner völlig richtig beurteilt. Frau Merkel hätte in einer solchen Koalition gerne die Grüne Katrin Göring-Eckardt mit eingespannt. Die FDP wäre als fünftes Rad nur für die Sicherstellung der Kanzlermehrheit dabei gewesen. Das Platzen dieser unehrlichen Angelegenheit war der dritte Nagel.

Zurzeit wird die SPD von den Merkel-Getreuen bearbeitet und geknetet: Die Bundestagsabgeordneten seien von den Bürgern gewählt worden, um eine Regierung zu bilden. Frau Merkel sieht Schnittstellen mit der SPD; Frau Merkel ist zu Kompromissen bereit; Frau Merkel zollt den Sozialdemokraten Respekt.

Nun, Fakt ist: Die Wähler haben einer bestimmten Partei eine oder beide Stimmen gegeben in der Erwartung, dass ihre Partei einen möglichst großen Einfluss im Bundestag haben werde, sodass Deutschland sich ihrer Vorstellung gemäß entwickelt. Das kann, aber muss nicht in einer Koalition mit der Merkel-CDU geschehen. Bekniet wird die SPD jetzt durch die Merkel-Entourage auch mit der Forderung, dass aus „Verantwortung für das Land“ die SPD mit der Merkel-CDU zum dritten Mal eine GroKo bilden müsse.

„Verantwortung für das Land“: Nun, da manifestiert sich nach und nach – und so komme ich an den Anfang meiner Betrachtungen zurück – in den Medien ein kritisches Nachfragen. Wer ist verantwortlich für die ungelösten Probleme im Land? Wer ist aus welchem Grund verantwortlich dafür, dass das alte bundesrepublikanische System durch das heutige Sechs-Parteien-System zerstört worden ist – ein Comeback ist zwar nicht ausgeschlossen, aber sehr unwahrscheinlich? Resultat: Der neue Begriff „Merkelismus“ wird geprägt – „der Merkelismus liegt in Trümmern“.

Die CDU-Granden verlangen, dass es im Interesse Deutschlands mit Frau Merkel eine stabile Regierung geben muss. Jedoch, wenn deutsche Tageszeitungen den Ausdruck „stabile Regierung Merkel“ in Anführungs- und Schlusszeichen setzen – „stabile Regierung Merkel“ –, so spricht das Bände.

Wer stabile Regierungs-Verhältnisse verlangt – zum Wohlergehen Deutschlands, zum Wohlergehen der EU, zum Wohlergehen Europas – der erwartet, dass Merkel einsehen kann/will, dass es ohne sie besser weitergehen wird als mit ihr als „lame duck“ (lahme Ente). **Jürg Walter Meyer, Leimen**

Leserbriefe an: *PAZ*-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Grüne Sondierungswoche

Bulgarien als Partnerland, Bio als Dauertrend und breitgetrampelte Pferdeäpfel – Die Grüne Woche kommt herbeigaloppiert

Die Tafel ist wieder reichlich gedeckt: 1660 Aussteller aus 66 Ländern präsentieren mehr als 100 000 Produkte in 26 Hallen. Zehn Tage öffnet die weltweit bedeutendste Ausstellung für Landwirtschaft, Ernährung und Gartenbau ihre Pforten unter dem Funkturm, die 83. Internationale Grüne Woche lädt vom 19. bis 28. Januar Besucher und Fachwelt auf das Berliner Messegelände ein.

Frischer Rosenduft verströmt in den Messehallen unter dem Funkturm das „Aroma der Sonne“. Das berühmte Rosenöl, gewonnen aus Duftrosen 200 Kilometer östlich von Sofia, wird versprüht und symbolisiert mit den tausenden von roten, gelben und orangefarbenen Rosen das diesjährige Partnerland der Grünen Woche: Bulgarien. Wie einst aus Rosenblüten Öl gewonnen wurde, wird beim traditionellen Pflückritual mit altem Kochgeschirr zelebriert. Leckeres Gartengemüse wie die großen rosafarbenen Tomaten, cremiger Joghurt, guter Wein aus Aroniabeeren – mehr als drei Dutzend Aussteller laden zu einer kulinarischen Entdeckungstour in die Bulgarien-Halle ein.

Ob Fleischspezialitäten und Gemüsepasten aus der traditionellen Küche, Molkerei- und Obstprodukte, in denen das Aroma der Sonne steckt – auf der Grünen Woche stehen alle Leckereien zur Verkostung bereit, dazu sollen die Lebensart und Handwerkskunst der Bulgaren sowie die bulgarische Folklore nahegebracht werden. Und da die ökologische Landwirtschaft im osteuropäischen Sonnenland hoch angesehen ist, haben viele der angebotenen Produkte Bio-Standard.

Bio steht auch hierzulande unverändert hoch im Kurs, jeder zehnte Hof wirtschaftet mittlerweile ökologisch, der Absatz an Bio-Produkten steigt stetig. Auf der Berliner Verbraucherausstellung präsentiert sich die Branche unter dem Motto „Bio – mehr Platz für Leben“.

Sogenannte Nachhaltigkeit, nachwachsende Rohstoffe, Klimaschutz und Ressourcenschonung gewinnen immer mehr an Bedeutung, und für die Zukunft der tierischen Erzeugung steht ein internationales Forum für Nahrung und Agrikultur. Hier sollen Antworten gefunden werden auf wichtige Fragen, wie eine nachhaltige Landwirtschaft den Hunger in der Welt bekämpfen und die globale Ernährung sichern kann. Das Bundesentwicklungsministerium zeigt am Beispiel Kakao, dass eine Welt ohne Hunger möglich ist.

Faire Preise sollen sicherstellen, dass Menschen nicht hungern, Kinder nicht arbeiten, Wälder nicht abgeholzt werden. Das von der Bundesregierung ins Leben gerufene Forum „Nachhaltiger Kakao“ hat sich ein großes Ziel gesetzt: 100 Prozent fairer Kakao in Deutschlands Supermärkten. Wie das geht, erfahren die Besucher am Stand des Ministeriums für Ernährung und Landwirtschaft. Bewusstsein schaffen – auch das steht hinter der Grünen Woche. Zum Nachdenken soll sie anregen, regionales Einkaufen fördern und globale Zusammenhänge sichtbar machen.



Bild: Hippologica

U-Bahn-Pferdetransport zur Grünen Woche: Ein Kaltblut wirbt für das dortige Reitsportereignis

Das persönliche Gestalten, Schmecken und Spüren spielt dabei eine große Rolle. Es gibt Mitmachaktionen beim „Multitalent Holz“, und der Besucher erlebt, wie der Wald Kopf, Herz und Körper bewegt. Multimediale Einblicke in die Moderne Landwirtschaft geben 50 Aussteller auf dem Erlebnis-Bauernhof – zum Staunen, Schmecken und Fühlen. Erlebnisstationen vermitteln authentische Einblicke, wie Tiere gehalten, Pflanzen produziert und innovative Technologien eingesetzt werden. Ein Stall erwacht hier plötzlich zum Leben und ein dreifarbiger Farbfächer ermöglicht es den Besuchern, zwischen den Perspektiven Landwirt, Verbraucher und Industrie/Handel hin- und herzuwechseln. Neue Einblicke sollen gegeben, Denkanstöße vermittelt und ein Dialog zwischen Landwirten und Verbrauchern gefördert werden.

Erlebnishungrige Messebesucher kommen in Halle 12 auf ihre Kosten: Sogenanntes Street Food, der zeitgemäße Schnellimbiss, wird in einer Halle voller Lebensmittelaster angeboten. Man kann wählen zwischen der asiatischen Burgervariante Baos, frischen Burritos, köstlichen Raclettes, Eisjoghurts oder türkischem Mara-Eis und anderen Knabbereien aller Art aus aller Welt.

Traditionen werden gepflegt, Innovationen geschaffen, sagt die Messeleitung. „Die Mischung macht's!“ so Lars Jaeger, seit elf Jahren Projektleiter der Grünen Woche. Seit dem Premierenjahr 1926 präsentierten sich rund 88 000 Aussteller aus 129 Ländern den insgesamt 32,9 Millionen Fach- und Privatbesuchern. „Erstmals dabei ist Katar, und ausgerechnet der Wüstenstaat präsentiert das Thema Wasser. Wir sind gespannt!“, sagt Jaeger.

Die größte Herausforderung für die Macher? „Politische Problemstellungen, die wir nicht beeinflussen können. 2016 sagten unerwartet die Russen ab und wir mussten 2700 Quadratmeter Fläche neu bestücken.“ Dieses Jahr ist Russland wieder dabei, denn die Landwirtschaft des größten Flächenstaates der Erde hat sich zu einer der erfolgreichsten Branchen der nationalen Wirtschaft entwickelt.

Sportlich wird es in der Tierhalle 25 zugehen, wo Pferdefreunde auf ihre Kosten kommen. Die Hippologica hat zeitlich umgesattelt, das größte Hallenreitsportereignis Berlins ist nun Teil der Grünen Woche und startet am 25. Januar in vier Pferdesportdisziplinen: Spring- und Dressurreiten, Voltigieren und Fahrsport. Eine fünftägige Veranstaltung für die ganze Familie. Und auch das ist neu: Die Besucher kommen in den Genuss eines rasanten Polo-Turniers.

Sicherheitsbedenken wie vor einem Jahr gibt es in diesem Jahr keine. Im Falle eines Falles wird die Messeleitung in enger Zusammenarbeit mit dem Landes- und Bundeskriminalamt beschließen, welche Maßnahmen zu ergreifen sind. Die morgendliche Lagebesprechung der Sicherheitskräfte gehört zum täglichen Ritual während der Messe. „Die erhöhte Polizeipräsenz im Januar 2017 wurde von Ausstellern und Besuchern positiv aufgenommen, und keiner ist verärgert über vermehrte Taschenkontrollen – die gehören in unsere Zeit“, sagt Jaeger, „schließlich ist es eine Großveranstaltung, zu der täglich rund 40 000 Besucher auf das Gelände kommen.“

Hippologica hat zeitlich umgesattelt

Projektleiter Jaeger freut sich jedenfalls auf den Trubel: „Kein Jahr gleicht dem anderen, langweilig wird es nie!“ So wurde einer der größten Publikumsmagneten, die duftende Blumenhalle, völlig neu konzipiert. Wie die gesamte Grüne Woche ein Genuss für alle Sinne. *Susan Bäthge*

Geöffnet ist die Messe vom 19. bis 28. Januar täglich von 10 bis 18 Uhr, am „Langen Freitag“ (26. Januar) von 10 bis 20 Uhr. Die Tageskarten kosten 15 Euro, Kinder unter sechs Jahren haben freien Eintritt. Infos im Internet: www.gruenewoche.de

Siehe auch Seite 5

Schwärme überall

Unterwasserwelt im Ruhrgebiet – »Sea Life«

Keine Sorge, der weiße Hai taucht nicht auf. Dafür tummeln sich kleinere Haiarten nebst vielen anderen Meeresbewohnern mitten im Ruhrpott. Um die Fischschwärme im „Sea Life“ von Oberhausen zu erleben, schwärmen Menschenmassen insbesondere an Wochenenden zu dem in der Nähe des Einkaufstempels „CentrO“ gelegenen Riesenaquarium. Wer lange Wartezeiten vermeiden will, sollte sich im Vorverkauf Expresskarten besorgen, mit denen man an separaten Eingängen beschleunigten Eintritt erhält.

Wer es nach drinnen geschafft hat, kann die ganze Welt des maritimen Lebens am und unter Wasser bestaunen. Oder sind es Otter, Schildkröten, Seepferdchen, Oktopusse, Haie, Seesterne oder Rochen, welche umgekehrt von ihrem gläsernen Zwinger die Menschen bestaunen? Man weiß es nicht. Rund 5000 Meeresbewohner gibt es hier. Sie leben in mehr als 50 speziell angelegten Becken auf einer Ausstellungsfläche von rund 4000 Quadratmetern. Nach eigenen Angaben bietet „Sea Life“ Deutschlands größte Aufzucht von Haien.

Ganz im Sinne eines Freizeitparks, der in einem Gebäude untergebracht ist, gibt es hier nicht ein Aquarium neben dem anderen. Der Besucher bewegt sich über weite Strecken in einem beleuchteten Tunnel- und Röhrensystem fort. Hier gibt es zwar auch Aquarien und Fischbecken, Informationstafeln und visuelle Medien. Ein Raum für Vorträge, Fütterungen und Vorführungen während der Öffnungszeiten gehört genauso zur Ausstellung wie Landschaften, die die natürlichen Lebensbedingungen der Tiere zeigen.

Exotische Attraktionen sucht man hier vergebens. Flusspferde? Wasservögel? Krokodile? Wale? Seeschlangen? Kapazitäts- und haltungsbedingt sind sie hier nicht vertreten; wer sie sehen möchte, wird schon in einen anderen Zoo gehen müssen.


Bild: Sea Life

Staunend vorm Aquarium

Ein Gang führt schlauchartig durch ein riesiges Becken. Vom Fußweg abgesehen ist der Besucher hier auf allen Seiten von Fisch und Wasser umgeben.

Gastronomie und Souvenirladen runden das Angebot ab. Gute zwei Stunden kann man sich in der Wasserlandschaft aufhalten, ohne sich zu langweilen. Wer davon nicht genug hat, kann sich zum Einkaufsbummel ins „CentrO“ treiben lassen. *A. Rüdig/tws*

Ein richtiger Schatz

Frauen sparen, Männer verjubeln Geld

Der Mann bringt das Geld rein, die Frau gibt es mit vollen Händen aus – dieses Vorurteil ist längst überholt. Wie eine aktuelle Forsa-Umfrage im Auftrag von RaboDirect Deutschland zeigt, sind die meisten Deutschen davon überzeugt, dass Frauen mittlerweile entweder genauso gut haushalten können wie Männer oder sogar besser. Unter den insgesamt rund 1200 Befragten – davon genauso viele Frauen wie Männer – sind 32 Prozent der Ansicht, dass Frauen im Umgang mit Geld umsichtiger sind als Männer.

Dagegen sprechen lediglich 19 Prozent den Männern ein besseres Händchen bei finanziellen Angelegenheiten zu. Für 47 Prozent gibt es keine geschlechtsspezifischen Unterschiede in dieser Frage.

Frauen trauen sich also insgesamt mehr zu. Mag es daran liegen, dass in vielen Familien die Frauen mittlerweile den besseren Job haben als der Ehemann und nun selbst penibel darauf achten, dass ihr mühsam verdientes Geld vom Mann nicht für Bier, Autozeitschriften oder – schlimmer noch – von ihm als Schmuck für die eigene Gattin verpulvert wird?

Jedenfalls denken sowohl Frauen als auch Männer überdurchschnittlich häufig, dass jeweils ihr eigenes Geschlecht besser als das andere wirtschaften kann, doch Frauen trauen sich selbst dabei mehr zu: 38 Prozent der weiblichen Befragten meinen, dass Frauen in Geldbelangen die Nase vorn haben, während nur zehn Prozent diese Position den Männern zubilligen. Unter den Männern wiederum sind mit 28 Prozent deutlich weniger von sich überzeugt, und 25 Prozent der Männer – also fast genauso viele – geben zu, dass Frauen besser als sie mit Geld umgehen können. Auch darin, finanzielle Rücklagen zu bilden, sind Frauen den Männern voraus: So sagen 36 Prozent der Befragten, dass Frauen sparsamer sind als Männer. Deutlich weniger, 26 Prozent, sehen die Männer hier in Führung.

Wenn es allerdings darum geht, wer am meisten Kompetenz beim Thema Finanzen besitzt, hat nach wie vor der Mann die Nase vorn.

Aber kein Vertrauen in Schatzmeisterinnen

Fast die Hälfte der Befragten schreibt dem männlichen Geschlecht vergleichsweise mehr Ahnung zu. Lediglich acht Prozent glauben, dass Frauen sich darin besser auskennen. Noch deutlicher wird der Unterschied bei der Einschätzung des Interesses an Finanzthemen: 60 Prozent meinen, dass Männer sich mehr dafür interessieren. Dem stimmen auch 56 Prozent der Frauen zu.

Wenn es dabei bleibt, dann kann es noch eine Weile dauern, bis im Bundesfinanzministerium die Quotenregelung eingeführt wird. Egal, wie die Sondierungen in Berlin laufen: Der nächste Kassenwart wird doch wieder ein Mann sein, wetten? *H. Tews*

Guten Appetit

Preußens Esskultur im Kulturerbejahr

Seit 1983 steht in der EU jedes Jahr unter einem bestimmten Motto. Da ging es um Modethemen wie Umwelt (1987), gegen Rassismus (1997) oder für Chancengleichheit (2007). Nur in den vergangenen beiden Jahren konnte man sich auf kein gemeinsames Motto entschließen. 2018 aber ist es wieder so weit, dass man einen gemeinsamen Nenner gefunden hat: Man begeht das Europäische Jahr des Kulturerbes.



Tischkultur: Pieter Forbes Stillleben mit Henkelkrug und Früchten Bild: SPSG/Wolfgang Pfauder

Unter dem Motto „Sharing Heritage“ (gemeinsames Erbe) machen Museen, Vereine und Privatpersonen das kulturelle Erbe Europas erlebbar und laden zum Teilen und Mitmachen ein. Auch die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG) ist dabei stark engagiert. In diesem Themenjahr wird der Fokus auf die Esskultur und kulinarische Traditionen an Europäischen Höfen gelegt. Sie sind essenzieller Bestandteil unseres Kulturerbes und stehen zugleich für Alltag, Miteinander und Brückenbau zwischen Kulturen.

Mit „A Place at the Royal Table“ beziehungsweise „Zu Tisch!“ erwartet die Besucher ein abwechslungsreiches Veranstaltungsprogramm zum Thema Esskultur in den preußischen Schlössern und Gärten. Höhepunkt wird das gemeinsame Picknick im Park Sanssouci am 23. Juni sein. Auf der Wiese zu Füßen der Terrassenanlage des Orangerieschlosses stehen 270 Meter weiß gedeckte Tische bereit, auf der jeder mitgebrachte Köstlichkeiten servieren kann.

Schon am 28. Januar wird im Schloss Paretz die Frage geklärt: Wie wurden bereits vor Jahrhunderten an europäischen Fürstenhöfen vorzügliche Eisspeisen und eisgekühlte Getränke zubereitet?

Erfolgreich angelaufen ist bereits die Reihe „Exoten im Winterschlaf“. Hier können sich Besucher alle zwei Wochen sonnabends um 13 Uhr bei einer Führung durch die eindrucksvolle Pflanzenhalle des Orangerieschlosses von der Schönheit – und der Nützlichkeit – der exotischen Gewächse überzeugen.

In den Römischen Bädern im Park Sanssouci findet vom 5. bis 27. Mai die Ausstellung „Tischlein deck dich“ statt. Hier zeigt die SPSG Gedecke besonderer Persönlichkeiten aus der Geschichte der preußischen Schlösser – wie Königin Luise und Wilhelm Pieck. Mehr Informationen im Internet unter: www.spsg.de/zutisch *tws*

Dreimal Marx – Dreimal Weichspüler

Mit dem Godesberger Programm des Jahres 1959 entfernte sich die SPD von Karl Marx, dem „großen Führer“ von einst. Der Weg in den Kommunismus verlief wenige Jahrzehnte später im Sande. Der Mann, der die Berliner Mauer öffnete, Günter Schabowski, schrieb dem Autor dieser Rezension: „Nicht erst mit Stalin, sondern mit dem Freundespaar aus Trier und Wuppertal beginnen Misere und Höllensturz der ‚wissenschaftlichen‘ Weltverbesserung.“

Trotz dieser Niederlagen erscheinen nach wie vor Marxbiografien. Sie sind für jeden, der für politische Fragen aufgeschlossen ist, eine Herausforderung. Warum hat sich die SPD von ihrem Marx getrennt? Losgesagt hat sie sich nicht, vielmehr ihn sang- und klanglos fallen lassen. Wer die Antwort sucht, muss sich ins Archiv der SPD vertiefen. Dann erfährt er: Das Expertengremium der SPD hatte gefährliche Gemeinsamkeiten mit einem anderen, einem berüchtigten Deutschen ausgemacht: einem Hasser der slawischen Völker, einem Antisemiten, einem Vorkämpfer des Totalitarismus.

Mitten im Herzen der Bundeshauptstadt, nahe dem Alexanderplatz, thront, aus Erz gegossen, Karl Marx. Errichtet hat das Monument der totalitäre SED-Staat. Kann der Staat des Grundgesetzes diesen Kult fortsetzen, ohne sich an der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu versündigen? Dass die beiden Folianten tiefe Einblicke in das Leben von Marx und seiner Umwelt vermitteln, versteht sich bei ihrem Umfang fast von selbst. Aber liefern sie auch das Material, das zur Beantwortung der aufgeworfenen Fragen dient?

Wenn wir mit dieser Erwartung das Buch von Stedman Jones zur Hand nehmen, werden wir enttäuscht. „Das Manifest gilt bis heute zu Recht als Karls eindrücklichster Text“, schreibt Stedman Jones. Doch wo bleibt der Vorwurf an die Adresse von Marx gerichtet, damit zu einem Weltbrand aufgefordert zu haben? Da heißt es am Ende: „Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen. Sie erklären offen, dass ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung.“ Als da sind neben anderem der Staat, die Ehe, die Familie, die Rechtsordnung. Geht es krasser?

Freispruch für einen Revolutionär

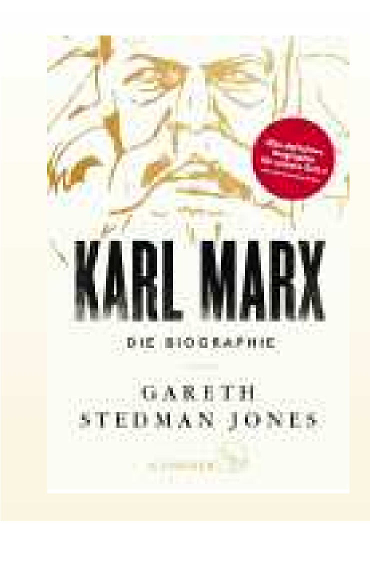
Über „Das Kapital“ schreibt Stedman Jones: „Der außerordentliche Faktenreichtum, die Verbindung von Statistiken, amtlichen Berichten und Schilderungen ... bleibt beeindruckend.“ Doch bluttriefende Gewalt beschließt das so harmlos beginnende Werk: „Die Gewalt ist der Geburtshelfer jeder alten Gesellschaft, die mit einer neuen schwanger geht.“ Dass schon der junge Marx als „Vernichter“ wahrgenommen wurde, gehört das nicht in die Biografie des „gottlosen Selbstgottes“?

„Karl Marx, der revolutionäre Querkopf und Vordenker des 19. Jahrhunderts, ist wieder da.“ So heißt es im Klappentext zu Jürgen Neffes Buch. Auch sein Werk bietet viel Bekanntes und noch mehr Kurioses, kurzweilig aufbereitet, durchaus nicht hagiografisch. Oder doch mitunter? So wenn Neffe die „Schauergeschichte ‚Das Kapital‘“ mit den Worten beginnt: „Der 11. September 1867 ... markiert einen Meilenstein in der Geschichte des abendländischen Denkens.“ Was hatte sich ereignet? Marx’ Hauptwerk war erschienen, das bis heute kaum jemand gelesen hat.

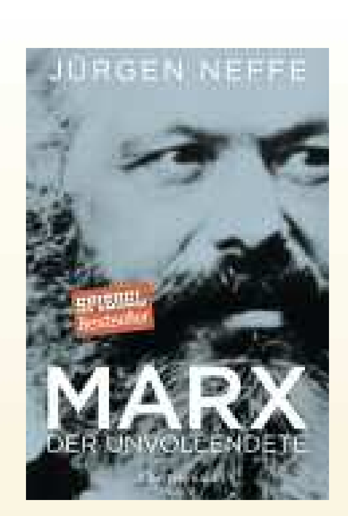
Jene apokalyptischen Passagen, die die Revolutionäre im Vollzug ihrer welthistorischen Mission von jeder Sünde freisprechen – „dem Revolutionär ist jedes Mittel recht!“ –, bleiben ohne angemessene Bewertung gerade mit Blick auf die „bluttriefende“ Vergangenheit, die damals noch Zukunft war. Gibt es deshalb einen Dispens?

Schier unvergleichlich mit den erwähnten Werken ist Thomas Steinfelds „Herr der Gespenster“. Schon der Klappentext belehrt, Steinfeld habe „Marx noch einmal gelesen und einen Intellektuellen gefunden, der selbst dort, wo er offensichtlich irrt, klüger ist als viele seiner Kritiker. Eine Weltanschauung wird man bei ihm nicht mehr suchen, dafür findet man bestechende Analysen zur Gewalt.“ Sind wir damit schon bei dem Stichwort angelangt, das, in Vollzug gesetzt, die Welt heimgesucht hat, dem Terror? Nein, es geht bei Steinfeld nicht um die Gewalt gegen Personen, Kollektive, ganze Völker, sondern um die Gewalt, die das Geld auf den Menschen ausübt, von dem Marx aber nie genug bekommen konnte. Steinfelds Werk ist keine Biografie, sondern eine Sammlung geistreich-witziger Essays mit Anleihen bei Marx, die unterhalten, aber nicht belehren können.

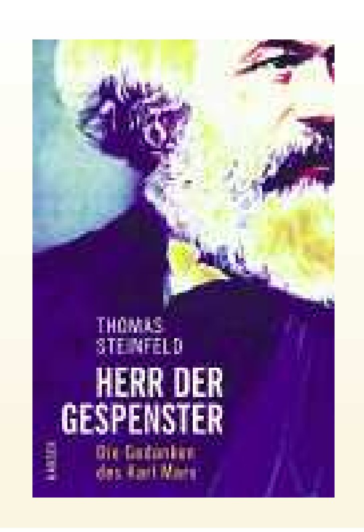
Konrad Löw



***Gareth Stedman Jones „Karl Marx. Die Biographie“,** S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main 2017, gebunden, 896 Seiten, 32 Euro*



***Jürgen Neffe „Marx. Der unvollendete“,** Bertelsmann Verlag, München 2017, gebunden, 656 Seiten, 28 Euro*

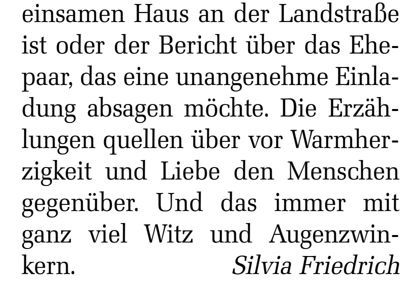


***Thomas Steinfeld „Herr der Gespenster. Die Gedanken des Karl Marx“,** Hanser Verlag, München 2017, gebunden, 288 Seiten, 24 Euro*

Ganz viel Glück

Der in Deutschland wenigen bekannte österreichische Kabarettist und Schauspieler Thomas Stipsits hat ein Buch über das Glück geschrieben. Das nämlich hat seiner Ansicht nach einen Vogel. 26 Geschichten sind es, die alle mit „Ungefähr zur selben Zeit ...“ beginnen. Meisterhaft schaut Stipsits in die Seelen seiner Mitmenschen, um zu erhellen, was sonst im Alltag verborgen bliebe. Wie in seinen Kabarettprogrammen wird sich jeder wiedererkennen. Ob es die seltsame Begegnung des Christian mit der unheimlichen Frau im einsamen Haus an der Landstraße ist oder der Bericht über das Ehepaar, das eine unangenehme Einladung absagen möchte. Die Erzählungen quellen über vor Warmherzigkeit und Liebe den Menschen gegenüber. Und das immer mit ganz viel Witz und Augenzwinkern.

Silvia Friedrich





***Thomas Stipsits: „Das Glück hat einen Vogel“,** Ueberreuter Verlag, Wien 2017, gebunden, 160 Seiten, 19,95 Euro*

Ansichten einer überzeugten Sozialistin

„Aus Überzeugung die eigene Meinung zu verleugnen, das könnte ich gar nicht.“ Die Linken-Politikerin Sahra Wagenknecht eckt in ihrer eigenen Partei immer öfter an. In „Couragiert gegen den Strom“ legt sie in einem langen Interview mit dem Journalisten Florian Rötzer ihre politischen Ziele dar. Vieles von dem, was die charismatische Politikerin sagt, klingt vernünftig, wobei deutlich zutage tritt, dass sie die Kunst der Rhetorik gut beherrscht. So etwa, wenn die pessimistische Umkehrung des Mephisto-Zitats aus Goethes Faust „Ich bin die Kraft, die stets das Böse will und stets das Gute schafft,“ die Diskreditierung der Gutmenschen veranschaulichen soll.

Wagenknecht versteht sich als überzeugte Sozialistin, obwohl sie in der DDR nicht studieren durfte, weil sie als politisch zweifelhaft galt. Sie hatte sich nicht an Aktionen der FDJ beteiligt. Stattdessen las sie Hegel und Marx. Noch kurz vor der „Wende“ trat sie in die SED ein, weil sie gewollt habe, dass die DDR nicht verschwinde, sondern sich den sozialistische Iedealen nähere. Erst nach der „Wende“ konnte sie Philosophie studieren.

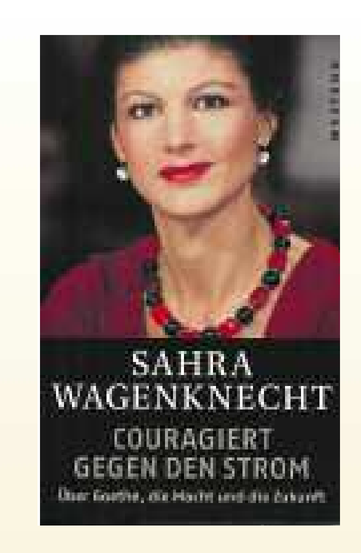
Im Gespräch mit Rötzer nimmt Wagenknecht zu verschiedenen Politikfeldern Stellung. Sie fordert mehr Geld für Bildung, weil die Schulen in Deutschland Kindern nicht einmal elementare Fähigkeiten wie Lesen, Schreiben und Rechnen beibrächten. Genderismus, also ob man Studenten oder Studierende sagt, hält sie nicht für Gleichberechtigung, und eine Frauenquote in Aufsichtsräten löse nur das Problem weniger Frauen. Eine reale Gleichstellung von Mann und Frau könne nur durch mehr Kitaplätze oder die Rückkehrmöglichkeit von Teil- in Vollzeit erreicht werden.

Wagenknecht spart nicht mit Kritik an Kanzlerin Merkel, etwa bezüglich der Außenpolitik: „Es ist fahrlässig, dass Angela Merkel eine derartige Verschlechterung in den deutsch-russischen Beziehungen zugelassen hat.“

Die Stationierung deutscher Soldaten in Afghanistan ist ihr egenso ein Dorn im Auge wie die Asylpolitik. Für ihren Ausspruch über begrenzte Aufnahmekapazitäten wurde die Linke scharf kritisiert. Sie führt die Asylkrise auf Merkels Versagen zurück.

Mag man auch viele Ansichten und Schlussfolgerungen Wagenknechts nicht teilen, so ist das Buch eine intressante und unterhaltsame Lektüre.

Manuela Rosenthal-Kappi



***Sahra Wagenknecht: „Couragiert gegen den Strom. Über Goethe, die Macht und die Zukunft“,** Westend Verlag, Frankfurt am Main 2017, broschiert, 222 Seiten, 18 Euro*

Analyse eines Andersdenkenden – Fragen zu Nation und Immigration

Das Buch „Flucht und Schuld – Zur Architektonik und Tiefenstruktur der Willkommenskultur“ ist keine leichte Lektüre, sondern gräbt tief, und das erfordert hohe Konzentration, die sich allerdings lohnt. Was steckt hinter der Reaktion der Politik auf die „Flüchtlingskrise“ des Jahres 2015 und hinter der so verzerrten Darstellung der Ereignisse durch die Massenmedien? Wilfried Grießer geht Fragen nach, die in Deutschland politisch nicht korrekt sind und daher einer Antwort harren. Wie kommt es, dass so viele vorgeblich „kritische Geister“ den Nationalstaat aufzugeben bereit sind und die Massenzuwanderung überwiegend unqualifizierter junger wehrfähiger Männer, die keine Konventionsflüchtlinge sind, aus dem arabisch-nordafrikanischen Raum frenetisch bejubelten? Um dem nachzuspüren, begibt sich die Studie über das Feld der Zeitgeschichte hinaus tief in die Gefilde der Theologie, von Schuld, Sühne und Sexualität.

Das Buch ist methodisch klar gegliedert in vier Gedankenkreise. Es beginnt mit einer umfassenden Situationsanalyse und wechselt dann in den Bereich „Der Mensch und dessen Bildung“. Im dritten Gedankenkreis geht es um „Theologie und Politik“. Schließlich konzentrieren sich die Gedanken um Nation und Immigration. Es geht um Themen wie Rückkehr zum Nationalstaat, Europa als Nation, Multikulturalität und Interkulturalität, Verschmelzung und Auflösung aller Kulturen, um Ethnopluralismus, Islamismus, Transkulturalität, Leitkultur wie die Aufforderung „Auf nach Deutschland!“ Es endet mit einem Epilog, der Frage nach Flucht und Schuld wie „Wohngemeinschaft EU?“

Eine Textprobe zur Frage der Bildung und Qualifikation der Einwandernden: „Der Glaube an die ‚Bildung‘ scheint grenzenlos. Mangelnde Sprachkenntnisse, importierte ethnisch-religiöse Konflikte, Vorurteile, Extremismen – immer ist ‚Bildung‘ die Antwort, die alle Probleme löst. ‚Wir schaffen das‘, weil wir alle bilden. ... Ausbildung wird in den Rang der ‚Bildung‘ erhoben, und Bildung hierdurch nur unbestimmter. Sie wird zum Modewort, zur Zierde von Politikern, die mediengerecht Bildungsreformen verkünden. Ob der Staplerfahrer auch Arbeit findet, ist sekundär. Hauptsache wir bilden ihn. ... Der Mensch ist gut und gleich! Wir haben nicht nach Qualifikationen zu fragen, wenn ‚Schutzsuchende‘ ins Land kommen, nicht nach deren politischer und kultureller Sozialisation, nicht nach deren Zahl und auch nicht nach der Geschwindigkeit des Zuzugs.“



***Wilfried Griesser: „Flucht und Schuld – Zur Architektonik und Tiefenstruktur der ‚Willkommenskultur‘ – Refugees Welcome!“,** Ares Verlag, Graz 2017, 160 Seiten, 16,95 Euro*

Es seien Menschen, die kommen, und was sei schon die Zahl und die Qualifikation gegen den Menschen? Einen Grenzzaun niederzutreten sei nicht länger ein krimineller Akt einer Sachbeschädigung, sondern nachgerade ein Menschenrecht, worin der Mensch sich als Mensch manifestiere. Und wiederum: „Schlicht, weil ich Mensch bin, habe ich, in Deutschland angelangt, das Recht auf ein Haus, auf ein Auto, auf kostenlose Gesundheits- und sonstige soziale Versorgung.“

Welcome-Kultur genau betrachtet

Nach dieser Theorie sei der Mensch kein Vernunft- und Geistwesen, sondern er werde ein Stück „Materie“, nicht Bürger eines Staates, sondern ohne jeglichen Inhalt, der ihn tragen würde. Der einzelne Mensch werde austauschbar und überall hin verpflanzbar. Der individualisierte und atomisierte Mensch werde zu einem „Bündel von Kompetenzen“. Wenn der Mensch nur Mensch ist und der Mensch alles zähle, zähle er am Ende nichts. Wer um der Gleichheit aller Menschen willen in ihrem Menschsein die völlige Gleichheit auch aller Kulturen, Religionen, sexuellen Orientierungen und so weiter behaupte, der ignoriere die Dualität des mit Verstand ausgestatteten Menschen, Leib und Geist in einem zu sein.

Ein inhaltsreiches und gescheites Buch, das in die Hände aller „Bildungsbürger“ gehört, aber mehr noch aller „Politiker“, und zwar auf allen Ebenen, von der Kommune bis zum Bund. Sie alle haben per Eid geschworen, „dem Wohle des deutschen Volkes“ zu dienen und von ihm Schaden abzuwehren.

Wolfgang Thüne



Christian Tilitzki
Alltag in Ostpreußen 1940–1945
Die geheimen Lageberichte der Königsberger Justiz
56 S/W-Abb. 324 Seiten
Nr. P 1083 Gebunden 14,95 €

Die Königsberger Gerichtslageberichte gestatten für die Zeit von 1940–1945 Einblick in eine vielschichtige Lebenswelt, wie sie bislang aus der isolierten Perspektive von Trauer und Sehnsucht nicht wahrgenommen werden konnte. Die Behördenchefs der Justiz waren angewiesen, die Reaktion der Bevölkerung auf außenpolitische und militärische Ereignisse zu beobachten und zweimonatlich darüber einen Bericht zu verfassen. 53 Berichte von Gerichtspräsidenten, Oberstaats- und Generalstaatsanwälten und weiterer hochgestellter juristischer Amtsträger sind in diesem Werk versammelt und geben ein beeindruckendes Bild der Stimmungen in dieser Zeit.



Helmut Lindenblatt
Pommern 1945
Eines der letzten Kapitel in der Geschichte vom Untergang des Dritten Reiches
105 S/W-Abb. 404 Seiten
Nr. P 3010 Gebunden 14,95 €

Das Buch dokumentiert in einer einzigartigen Darstellung das letzte Jahr des 2. Weltkriegs in Pommern. Der Autor, Helmut Lindenblatt, hat über Jahre eine aufwändige Recherche unternommen, zahllose Korrespondenzen geführt, Fluchtberichte gesichtet, Archive durchstöbert und mit Zeitzeugen gesprochen. Daraus ist eine Dokumentation entstanden, die die schreckliche Chronologie des Krieges und den Untergang des Dritten Reiches festhält. Militärische und zivile Aspekte wurden gleichrangig miteinander verbunden und durch die ungewöhnliche Vielzahl der ausgewerteten Unterlagen gibt dieses Buch einen umfassenden Einblick in ein Stück Zeitgeschichte.

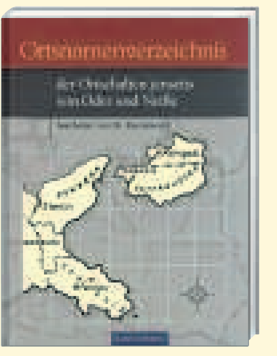


Ella Brümmer (280 Seiten)
Ein Leben – Zwei Seiten
Glanz und Schicksalsjahre einer Gutsbesitzerin aus Ostpreußen
Ella Ströhmer wurde 1882 am Bärtingsee in Ostpreußen geboren und erlebte hier eine wundervolle Kindheit. Als junge Frau von neunzehn Jahren heiratete sie den Gutsbesitzer Hans Brümmer, wurde Gutsherrin und Mutter von zwei Töchtern. Als ihr Mann im Ersten Weltkrieg eingezogen wurde, musste sie das Gut alleine leiten, was sie mit viel Liebe, Umsicht und Geschick bewerkstelligte. Die Zeit nach dem Ende des Krieges waren geprägt vom Wiederaufbau und wirtschaftlichen Schwierigkeiten und die Sorge um ihren Mann, der krank von der Front heimgekehrt war. Dann kam der Zweite Weltkrieg. Sie hatte die alleinige Verantwortung für das Gut und alle Mitarbeiter. Vor der herannahenden russischen Front begann die Flucht. Die Kraft nicht zu Verzweifeln, schöpfte Ella Brümmer aus ihrem tiefen Gottvertrauen und ihrer Liebe zur Heimat, der sie bis zu ihrem Tod verbunden war.
Nr. P A0778 Gebunden 22,00 €



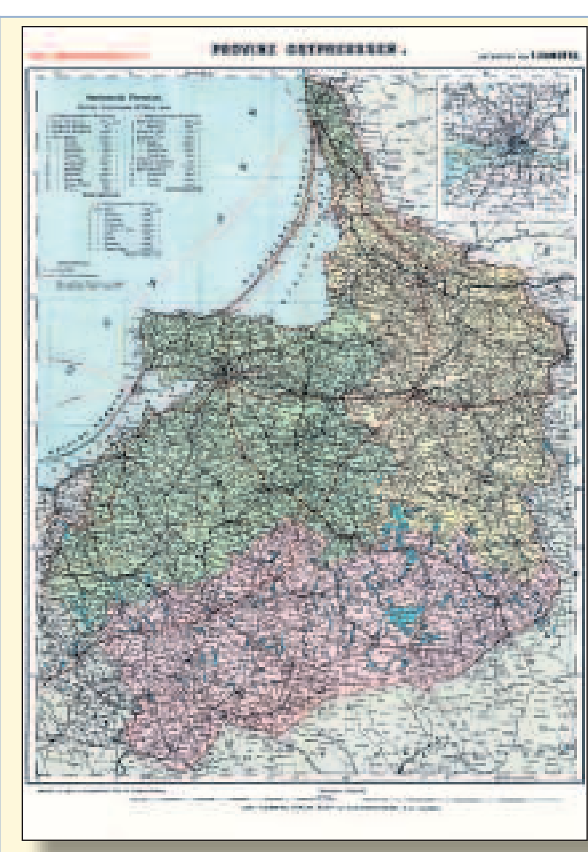
Heinz Buchholz
Iwan, das Panjepferd
Eine Kindheit zwischen Krieg und Frieden
256 Seiten/Taschenbuch
Nr. P A0091 8,95 €

Als Frauen, Kinder und Greise im Jahr 1944 vor der heranstürmenden Roten Armee fliehen, die mordend und plündernd in Ostpreußen einfällt, befindet sich in einem der Flüchtlingstrecks ein dreizehn Jahre alter Junge, Heinz Buchholz. Zusammen mit seinem Panjepferd Iwan meistert er die chaotischen Ereignisse. Dabei erweist sich der Vierbeiner nicht nur als Lebensretter in tödlichen Gefahren, sondern ist zugleich ein treuer Gefährte, dem das verstörte Kind seine Erinnerungen an eine heile Welt – eine Kindheit in Ostpreußen, als noch Frieden herrschte – anvertrauen kann. Die große Flucht aus Ostpreußen – eine geschichtliche Katastrophe.



Ortsnamenverzeichnis der Ortschaften jenseits von Oder und Neiße
Format 17 x 24 cm. Gebunden mit farbigem Überzug. 232 S.
Nr. P 5008 16,95 €

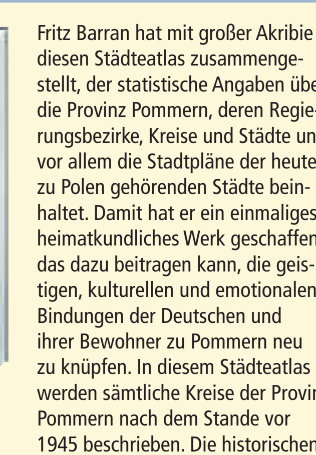
Alle Namen der Ortschaften jenseits der Flüsse Oder und Neiße sind sowohl in deutscher, polnischer und russischer Sprache aufgeführt.
Das Buch besteht aus zwei Abteilungen – deutsch-fremdsprachig/fremdsprachig-deutsch – was das Auffinden der einzelnen Namen erleichtert. Bearbeitet wurde die ursprüngliche Sammlung noch einmal von Mag. Jur. M. Kaemmerer, staatlich geprüfte Dolmetscherin der polnischen Sprache. Vorangestellt sind Übersichtskarten der einzelnen Provinzen mit ihren Kreisen. Das wichtige Nachschlagewerk wird bereits zum vierten Mal aufgelegt.



Historische Karte: Provinz Ostpreussen 1910 (Gefaltet)
Reprint Karte Provinz Ostpreussen. Grenz-und flächenkolorierte Karte. Carl Flemmings Generalkarten No. 3. Carl Flemming Verlag Glogau, Buch- u. Kunstdruckerei, ohne Jahr (ca. 1910). Maßstab 1:475 000. Außenformat (Breite x Höhe) 65 cm x 95 cm – Darstellungsgröße (Breite x Höhe) 63,7 x 87,7 cm. Farbenprächtiger Nachdruck der Originalkarte. Mit statistischer Übersicht aller Regierungsbezirke der Provinz Ostpreussen im oberen, linken Bereich und einer Extra-Karte von Königsberg und seiner Umgebung im oberen, rechten Bereich, im Maßstab 1:150 000.
Nr. P A1105 Gebunden 19,80 €

Fritz R. Baran
Ostpreußen Städte-Atlas
Historische Karten und Stadtpläne ostpreußischer Städte von Allenburg bis Zinten
224 Seiten/Gebunden
Nr. P 1050 24,95 €

Fritz Barran hat mit großer Akribie diesen Städteatlas zusammengestellt, der statistische Angaben über die Provinz Ostpreußen, deren Regierungsbezirke, Kreise und Städte und vor allem die Stadtpläne beinhaltet. Damit hat er ein einmaliges heimatkundliches Werk geschaffen, das dazu beitragen kann, die geistigen, kulturellen und emotionalen Bindungen der Deutschen zu Ostpreußen neu zu knüpfen. In diesem Städteatlas werden sämtliche Städte und Kreise der Provinz Ostpreußen nach dem Stande von 1937 beschrieben, also auch mit den fünf Kreisen des Regierungsbezirks Westpreußen. Die Stadtpläne laden ein zu einem Spaziergang durch historische Gassen und Straßen.



Fritz R. Baran
Pommern Städte-Atlas
Historische Karten und Stadtpläne pommerscher Städte von Altdamm bis Zanow
208 Seiten/Gebunden
Nr. P 3019 24,95 €

Fritz Barran hat mit großer Akribie diesen Städteatlas zusammengestellt, der statistische Angaben über die Provinz Pommern, deren Regierungsbezirke, Kreise und Städte und vor allem die Stadtpläne der heute zu Polen gehörenden Städte beinhaltet. Damit hat er ein einmaliges heimatkundliches Werk geschaffen, das dazu beitragen kann, die geistigen, kulturellen und emotionalen Bindungen der Deutschen und ihrer Bewohner zu Pommern neu zu knüpfen. In diesem Städteatlas werden sämtliche Kreise der Provinz Pommern nach dem Stande vor 1945 beschrieben. Die historischen Stadtpläne laden ein zu einem Spaziergang durch die historischen Straßen und Gassen, der heute zu Polen gehörenden Städte.

Zogen einst fünf wilde Schwäne
24 Lieder aus Ostpreußen. Ännchen von Tharau, Es dunkelt schon die Heide, Zogen einst fünf wilde Schwäne, Land der dunklen Wälder, Abends treten Elche ..., Freiheit die ich meine u.v.m.
Laufzeit 55 Minuten
Nr. P 5875 CD 12,90 €

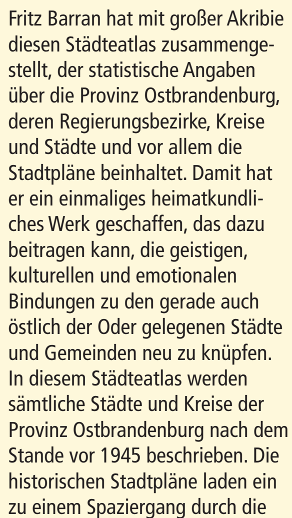
Flaggenpin mit Elchschaufel (ca. 20 mm)
Nr. P 9950 2,50 €



Flaggenpin mit Wappen von Ostpreußen (ca. 20 mm)
Nr. P 9951 2,50 €



Leselupe mit Licht
(ohne Batterie)
Hauptlinse mit 2-facher u. kleine Linse mit 6-facher Vergrößerung
Nr. P A0445 11,95 €



Fritz R. Barran
Ostbrandenburg Städte-Atlas
Historische Karten und Stadtpläne ostbrandenburgischer Städte von Arnswalde bis Züllichau
144 Seiten/Gebunden
Nr. P 3022 19,95 €

Fritz Barran hat mit großer Akribie diesen Städteatlas zusammengestellt, der statistische Angaben über die Provinz Ostbrandenburg, deren Regierungsbezirke, Kreise und Städte und vor allem die Stadtpläne beinhaltet. Damit hat er ein einmaliges heimatkundliches Werk geschaffen, das dazu beitragen kann, die geistigen, kulturellen und emotionalen Bindungen zu den gerade auch östlich der Oder gelegenen Städte und Gemeinden neu zu knüpfen. In diesem Städteatlas werden sämtliche Städte und Kreise der Provinz Ostbrandenburg nach dem Stande vor 1945 beschrieben. Die historischen Stadtpläne laden ein zu einem Spaziergang durch die historischen Straßen und Gassen.

Fritz R. Baran
Schlesien Städte-Atlas
Historische Karten und Stadtpläne schlesischer Städte von Auras bis Zülz
360 Seiten/Gebunden
Nr. P 4021 29,95 €

Fritz Barran hat mit großer Akribie diesen Städteatlas zusammengestellt, der statistische Angaben über die Provinz Schlesien, deren Regierungsbezirke, Kreise und Städte und vor allem die Stadtpläne beinhaltet. Damit hat er ein einmaliges heimatkundliches Werk geschaffen, das dazu beitragen kann, die geistigen, kulturellen und emotionalen Bindungen der Deutschen zu Schlesien neu zu knüpfen. In diesem Städteatlas werden sämtliche Städte östlich der Oder gelegene Städte und Kreise der Provinz Schlesien vor 1945 beschrieben. Die historischen Stadtpläne laden ein zu einem Spaziergang durch die heute zu Polen und der Tschechischen Republik gehörenden Städte.



Volkmar Kühn (Großformat 24 x 30 cm)
Deutsche Fallschirmjäger im Zweiten Weltkrieg
Grüne Teufel im Sprungeinsatz und Erdkampf 1935–1945
Das Absetzten einer Armee aus der Luft war ein Novum in der Kriegsgeschichte. Namen wie Eben Emael, Rotterdam, Norwegen, Kreta, El Alamein, Tunis, Sizilien, Normandie, Bretagne, und nicht zu vergessen, Monte Cassino, der Einsatz der „Brandenburger"-Fallschirmjäger in Jugoslawien oder die Ardennenoffensive sind mit der Geschichte der deutschen Fallschirmjäger eng verbunden. In der Gluthitze Afrikas standen deutsche Fallschirmjäger ebenso im Einsatz wie in den Eiswüsten Russlands. In Wort und Bild erzählt Volkmar Kühn die Geschichte der deutschen Fallschirmtruppe von ihren Anfängen im Jahr 1935 bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges 1945. Dieses Werk bezeugt den Opfergang dieser Elitetruppe anhand von Kriegstagebüchern der Verbände, Tagebüchern von deren Führern und Hunderte von Berichten von Fallschirmjägern aller Dienstgrade – vom Fallschirmschützen bis zum Oberbefehlshaber der deutschen Fallschirmtruppe. In den Kapiteln spiegeln sich die oft kampfentscheidenden Taten tapferer Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften wider. Packende Kampfberichte und über 370 Fotos und Lagekarten machen dieses Werk zu einem Standardwerk über die deutsche Fallschirmtruppe. 320 Seiten
Nr. P 540077 Gebunden mit farbigem Überzug 24,95 €



Franz Kurowski und Gottfried Tornau (Großformat 24 x 30 cm)
Sturmgeschütze - „Die Panzer der Infanterie"
Die dramatische Geschichte einer Waffengattung 1939–1945
Zu den erfolgreichsten Waffen des deutschen Heeres von 1939 bis 1945 zählten die deutschen Sturmgeschütze. An den Schwerpunkten des Kampfes zur unmittelbaren Unterstützung der Infanterie eingesetzt, wurden sie zum gefährlichen Gegner feindlicher Panzerverbände. Feuerkraft und Beweglichkeit in Verbindung mit geringer Fahrzeughöhe und starker Frontpanzerung waren die wesentlichen Merkmale dieser Waffe, die beim Gegner besonders gefürchtet waren. In Wort und Bild haben die beiden Autoren Franz Kurowski und Gottfried Tornau in mühevoller Kleinarbeit diese einmalige Dokumentation geschaffen, die ein umfassendes Bild von der Wirkung und dem Einsatz der Sturmartillerie vermittelt und von den Männern berichtet, die diese Waffe zum Erfolg geführt haben. Packende Kampfschilderungen basierend auf den Kriegstagebüchern der Verbände sowie Kampfberichte von Angehörigen der Sturmgeschützwaffe sowie über 420 Fotos und Lagekarten machen dieses Werk zu einem Standardwerk über die Sturmartillerie. Die Bild- und Textdokumentation der Träger des Ritterkreuzes des Eisernen Kreuzes und höherer Stufen dieser Waffengattung rundet dieses Werk ab. 400 Seiten
Nr. P 540078 Gebunden mit farbigem Überzug 24,95 €



Kalender Dresden in alten Ansichten 2018
Spiralbindung. Format 29 x 32 cm.
Nr. P A1173 Kalender 14,90 €



Kalender Halle/Saale in alten Ansichten 2018
Spiralbindung. Format 29 x 32 cm.
Nr. P A1174 Kalender 14,90 €



Kalender Leipzig in alten Ansichten 2018
Spiralbindung. Format 29 x 32 cm.
Nr. P A1175 Kalender 14,90 €



Kalender Pommern in alten Ansichten 2018
Spiralbindung. Format 29 x 32 cm.
Nr. P A1171 Kalender 14,90 €

RAUTENBERG
BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname Name
Straße/Nr. Telefon
PLZ/Ort
Datum Unterschrift

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

Muslime nicht missionieren?

Bad Neuenahr – Die Landessynode der Evangelischen Kirche im Rheinland hat in Bad Neuenahr beschlossen, Moslems nicht mehr zum christlichen Glauben zu bekehren, da sie ebenfalls an den einen Gott gebunden seien. Aus den Reihen anderer evangelischer Kirchen wurde dies scharf kritisiert: Dialog sei richtig, nach christlichem Verständnis gebe es aber keinen anderen Weg zum Heil als durch den Gott, der sich in seinem Sohn Jesus Christus „abschließend und ausschließlich“ offenbart habe. *Idea/H.H.*

CDU-Politiker attackiert Palmer

Rottenburg – Der Bürgermeister des württembergischen Rottenburg, Stephan Neher (CDU), hat dem Bürgermeister des benachbarten Tübingen, Boris Palmer (Grüne), „Rassismus“ vorgeworfen. Palmer hat mehrfach vor den Schattenseiten ungezügelter Einwanderung gewarnt, Neher gilt dagegen als entschiedener Unterstützer der Willkommenspolitik von Kanzlerin Angela Merkel. Palmer wirft er vor, AfD-Positionen zu vertreten. *H.H.*

ZUR PERSON

Kein Kind von Traurigkeit

Die Aussichten sind gut, dass der 73-jährige **Miloš Zeman** in der Ende nächster Woche abgehaltenen Stichwahl gegen den gemäßigten Politiker Jirí Drahoš sein Amt verteidigt und für weitere fünf Jahre Präsident der Tschechischen Republik bleibt.

Zeman ist kein Kind von Traurigkeit. Er weiß, mit markigen und nationalistischen Sprüchen auszuteilen. Als er von 1998 bis 2002 Ministerpräsident war, sorgte er mit dem Spruch, die Sudentendeutschen seien „die fünfte Kolonne Hitlers“ für einen Eklat. Als Folge sagte der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder einen geplanten Besuch in Prag ab.

In jüngster Zeit fällt er mit kritischen Äußerungen zur Asylpolitik der Europäischen Union auf, die auch sexistische Verbalattacken nicht ausschließen. Auf die Gefahr, dass die Frauen ihrer Schönheit beraubt werde, „weil sie von Burkas verhüllt werden“, witzelte er im Nachsatz: „Mir fallen dafür einige Frauen ein, für die das eine Verbesserung wäre.“



Zeman ist darin geübt, sich mit den Mächtigen anzulegen. Weil er beim Prager Frühling auf der Seite der Demonstranten stand, wurde er aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen und durfte nicht studieren. Er schlug sich als Leiter eines Fitness-Studios durch, ehe er nach der Samtenen Revolution von 1989 über das Bürgerforum und später die sozialdemokratische Partei die Polit-Leiter erklomm.

Zeman ist bekannt dafür, dass er gerne tiefer ins Glas blickt. Daher rühren seine gesundheitlichen Probleme, die er, sollte der Liebling der Landbevölkerung gegen den urbanen Drahoš gewinnen, für die nächsten fünf Jahre in den Griff bekommen muss. *H. Tews*



Widerstände

Da geht sie hin

Wie die SPD zielsicher in den Tod marschiert, wem Martin Schulz nie begegnet ist, und wem doch etwas weggenommen wird / Der satirische Wochenrückblick mit Hans Heckel

Mögen sie sich in anderen Fragen auch noch so sehr zanken, zumindest darin sind sich die Anhänger aller Religionen einig: Nämlich in der Überzeugung, dass der Tod nicht das Ende bedeutet, sondern lediglich den Übergang des Menschen in eine andere Existenzform. Und nicht nur eine andere, sondern nicht selten sogar eine bessere! Die Rede geht von der Erlösung von aller ird'schen Mühsal.

Wer das weiß, kann die Emsigkeit nachvollziehen, mit welcher sich die SPD ihr eigenes Grab schaufelt. Anderthalb Jahrhunderte Ringen und Kämpfen sind ja auch mehr als genug, da sehnt man sich nach Ruhe.

Um ganz sicher zu gehen, dass es auch klappt, haben sich die Sozialdemokraten gleich drei Todesfallen auf den Weg montiert. Dieses Wochenende zündet die erste, wenn die 600 Delegierten über den Beginn richtiger Koalitionsverhandlungen abstimmen.

Kommt die SPD-Führung da noch heil heraus, fliegt ihr nach den Verhandlungen mit der Union die Mitgliederbefragung um die Ohren. Übersteht sie selbst das, darf sich die älteste deutsche Partei in der letzten aller Grokos ganz langsam an Muttis Busen ersticken lassen. Dann ist endgültig Stille.

Wer wohl alles zur Beerdigung kommt? Die Liste der Trauernden wird von Woche zu Woche kürzer. Laut jüngster Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Insa wollen nur noch 18,5 Prozent der Deutschen SPD wählen.

Um ein genauso schlechtes SPD-Ergebnis bei freien Reichs- oder Bundestagswahlen mit echter Chancengleichheit für alle Parteien aufzustöbern, sind wir tief in die Stollen der Geschichte hinabgestiegen und fanden – nichts. Nur bis 1890, zur Zeit der Sozialistengesetze, welche die Entfaltungsfreiheit der Sozialdemokraten arg begrenzten, schnitten sie noch schlechter ab. Und dann noch ein einziges Mal im März 1933, als der Kanzler Hitler hieß, der bereits an seiner Diktatur werkelte.

18,5 Prozent: Es ist nicht lange her, da machten wir bei schlechten SPD-Resultaten noch laue Witze darüber, dass die Sozis wohl an ihrem eigenen „Projekt 18“ laborierten. Lachen konnten wir darüber nur, weil so ein Ergebnis völlig abseitig erschien. Klang bloß lustig wegen der Anspielung auf die versemmelte 18-Prozent-Kampagne der FDP.

Aber wo sind sie denn alle hin, die früheren SPD-Wähler? Warum mögen sie den Laden nicht mehr? Nun ja, eines der großen Themen der Partei ist die Forderung, dass es keine Obergrenze bei der Zahl der hereinströmenden Asylsucher geben darf. Kaum, dass eine solche Grenze in den Sondierungen mit der Union beschlossen ward, machte sich SPD-Chef Martin Schulz daran, den Beschluss zu zerreden.

Nach einer weiteren Insa-Umfrage sprechen sich aber zwei Drittel der SPD-Anhänger für die Obergrenze aus. Dieser Missklang dürfte den Weg der Partei ins Jenseits weiter verkürzen.

> Wie man die Lage der Partei auch dreht und wendet, überall kommt Katastrophe heraus

Vielleicht hat es sich am Ende doch nicht gelohnt, die doofen Arbeiter, die schrulligen Handwerker und pinseligen kleinen Angestellten nach und nach aus der SPD zu mobben, um sie durch viel feinere Schichten der Gesellschaft zu ersetzen. Martin Schulz legt zwar immer großen Wert darauf, intensiven Kontakt zu den „Bürgerinnen und Bürgern im Land“ zu pflegen. Wen aber meint er damit? Sucht die jemand für ihn aus, damit keine dabei sind, die hässliche Fragen stellen?

Leider war der Verfasser dieser Zeilen auf keiner dieser Bürgerbegegnungen, dafür aber auf einer ähnlichen Veranstaltung einer anderen großen Volkspartei. Dort durfte man „kritische Fragen“ an den Politiker stellen, das heißt: „Stellen“ ist vielleicht ein bisschen viel gesagt. Wir durften unsere Fragen während der Veranstaltung auf einen Zettel schreiben. Die Veranstaltungsregie wählte aus den eingereichten Fragen diejenigen aus, welche der Politiker beantworten sollte.

Meine war nicht dabei. In so einem Filtersystem bleibt nämlich alles hängen, was die Partei als nicht hilfreich erachtet. Offenbar ist auf diese geniale Weise auch bei der SPD sichergestellt worden, dass Schulz und Co. nie erfahren haben, was ihre Anhängerschaft zum Thema Obergrenze zu sagen hätte, wenn man sie denn zu Wort kommen ließe.

Nun ist das Thema Obergrenze ja nicht alles. Martin Schulz spricht sowieso viel lieber über „Europa“, da kennt er sich aus. Zudem kann er dabei herrlich salbungsvoll herumschwafeln – „70 Jahre Frieden“, die „Lehren aus der Geschichte“ und so. Da gucken dann immer alle ganz andächtig und der Kleinkram spielt keine Rolle mehr.

Oder doch? Gerade hat das EU-Parlament einen Kleinkram vorgeschlagen, aus dem etwas ziemlich Großes erwachsen könnte, wenn er jemals umgesetzt werden sollte. Laut dem Vorschlag sollen Asylsucher künftig weder nach dem Dublin-Abkommen in dem ersten EU-Land bleiben, das sie betreten haben, noch sollen die Leute später einigermaßen gleichmäßig auf die Mitgliedstaaten verteilt werden (was ja ohnehin nie geklappt hat).

Nein, künftig sollen die Asylsucher dorthin gehen dürfen, wo schon ihre Angehörigen leben. Nach Merkels großer „Welcome“-Aktion wäre das hauptsächlich wieder Deutschland. Unions-Innenexperten fürchten, dass die bloße Behauptung einer Familienverbindung reichen könnte, um die Einreise zu erlangen.

Pikanterweise sollen laut „Spiegel“ auch SPD- und Unions-Abgeordnete im EU-Parlament dem Vorschlag zugestimmt haben, was zumindest bei der CSU für einige Aufregung sorgt. Dort hofft man nun, dass der EU-Rat das Vorhaben blockiert.

Die Regie der nächsten Bürgerbegegnungen mit Martin Schulz muss unbedingt sicherstellen, dass Fragen zu diesem heiklen Komplex erstickt werden. Am geschicktesten macht man das, indem man die Aufmerksamkeit auf ein Larifari-Thema ohne Tretminen lenkt, die deutsch-französische Freundschaft zum Beispiel.

Aber sind da wirklich keine Tretminen? Das war mal, ist leider auch vorbei. Frankreichs Präsident Emmanuel Macron fährt schon seit Monaten seine langen Finger aus, um mittels neuer EU- und Euro-Töpfe ans Geld der Deutschen zu gelangen. Die deutschen Sozialdemokraten gehen ihm dabei willig zur Hand und unterstützen die Pariser Begehrlichkeiten. Wie sie das den deutschen Steuerzahlern wohl schmackhaft machen wollen? In der Werkzeugkiste liegt noch die gute alte Parole aus dem Willkommens-Sommer: „Niemandem wird etwas weggenommen!“ Könnten wir anlässlich der Forderungen aus Paris neu auflegen: Die Franzosen, Italiener etc. bekommen zwar mehr Geld von uns, trotzdem haben wir – Simsalabim! – dadurch keinen Cent weniger.

Das haben die Leute angesichts der Milliardenkosten durch die Asylflut ja auch geglaubt. Die Reformen im Mathematikunterricht haben sichtlich Früchte getragen.

Gut, aber wenn die Menschen keine Wohnung mehr finden, merken sie das auch, ohne rechnen zu können. Markus Gruhn, Vorstand des Ringes Deutscher Makler (RDM) Berlin-Brandenburg, hat Alarm geschlagen: „Die Flüchtlingskrise hat nicht vieles, sondern alles verändert und verschärft die Wohnungskrise.“

Niemandem wird etwas weggenommen? Ein verzweifelter Wohnungssucher könnte bei diesem Satz muffig werden, wenn er die Parole mit dem Alarmruf vom RDM zusammenschraubt. Und wir wollen gar nicht wissen, wie viele dort in den Schlangen vor den letzten freien Wohnungen eigentlich klassische SPD-Wähler wären und waren.

Wie immer wir die Lage der SPD auch drehen und wenden mögen, überall kommt nur noch Katastrophe heraus. Wir müssen uns auf ein baldiges Hinscheiden der „alten Tante“ gefasst machen. Sahra Wagenknecht sollte sich mit ihrem Traum von der „linken Sammlungsbewegung“ beeilen. Es könnten schon bald Scharen heimatloser Sammlerobjekte durch Deutschland irren.

MEINUNGEN

***Harald Martenstein** prangert im „Tagesspiegel“ (14. Januar) an, wie unterschiedlich **sexuelle Gewalt gegen Frauen** je nach mutmaßlichem Täter diskutiert wird und spricht von **„zweierlei Maß“**:*

„In der ‚Me too‘-Debatte ist zu Recht von den kulturellen Faktoren die Rede, die Missbrauch begünstigen: Chefetagen voller Männer, Kumpanei, machtlose, verängstigte Frauen. Bei der Gewalt von muslimischen Migranten ist dagegen jeder Fall ein Einzelfall. Die Taten haben höchstens am Rande mit Prägungen zu tun. Und die Statistik ist sowieso rassistisch.“

***Dirk Schümer** attestiert dem Multikulturalismus in der „Welt“ (12. Januar) **Rassismus gegen das Eigene**:*

„Bleibt der Verdacht, dass sich in unserer Gesellschaft ein pathologischer Selbsthass breitmacht, den der britische Denker Theodore Dalrymple als verdrängten Kern allen Multikulturalismus beschreibt: ‚Diejenigen, die kulturelle Unterschiede am lautesten feiern, sind selber nicht willens, irgendeinen eigenen kulturellen Wert zu verteidigen.‘ Unsere Zivilisation mit ihren humanistischen Grundpfeilern zu verachten und sie einfach so preiszugeben ist aber nichts anderes als Rassismus mit umgekehrtem Vorzeichen.“

***Peter Grimm** fällt auf seinem Blog „Sichtplatz.de“ (12. Januar) ein vernichtendes **Urteil** über die sich anbahnende weitere **Groko**:*

„Es wird also nun an einer Koalition der ängstlichen Abgewählten gebastelt. Die Punkte, auf die sie sich geeinigt haben, verdecken nicht einmal notdürftig, dass es ein ‚Weiter so wie bisher‘-Programm ist. Nicht nur inhaltlich, auch personell schafft es die mutmaßlich künftige Regierung nicht einmal, den Anschein eines Neuanfangs, einer Veränderung zu erwecken.“

*In der Jubiläumsausgabe zu 25 Jahren „Focus“ (13. Januar) erklärt Magazin-Gründer **Helmut Markwort**, warum viele **Medien oft wie gleichgeschaltet** wirken:*

„So entstehen in Fernsehen und Presse die oft gleichartigen Tendenzen, die viele beklagen. Sie sind nicht von geheimnisvollen Mächten ferngesteuert und gelenkt. Sie wachsen aus der Sehnsucht nach Bequemlichkeit, dem Gefühl, dazuzugehören und nicht als Außenseiter aufzufallen. Der Beifall der Konkurrenz scheint manchmal wichtiger als die Zustimmung der Leser.“

***Christoph Schwennicke** freut sich im „Cicero“ (15. Januar) auf den **SPD-Parteitag**:*

„Das, was beim SPD-Parteitag an Nervenkitzel in der Luft liegt, kann sogar mit dem Abfahrtsklassiker, dem Streif in Kitzbühel, konkurrieren, der am nächsten Tag aufs Fernsehsofa lockt. Vor dieser höllisch steilen Piste am Hahnenkamm haben sogar die verwegensten Fahrer ungefähr so viel Bammel wie Martin Schulz vor seinem Parteitag. Zu Recht.“

***Jakob Augstein** prophezeit der **SPD** auf „Spiegel online (15. Januar) den **Untergang**:*

„Genossen, macht euch nichts vor: Der Erfolg dieser Koalition wird das Ende der SPD sein.“